



Landtag von Baden-Württemberg

48. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 24. Oktober 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 9:00 Uhr

Schluss: 13:05 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2693	Abg. Ernst Kopp SPD	2716
Glückwünsche zum Geburtstag des Staatssekretärs Dr. Frank Mentrup	2702	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	2717
1. Aktuelle Debatte – Fünf Jahre Landesmesse – eine Erfolgsgeschichte! – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP.	2693	Beschluss	2718
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	2693	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesre- gierung – Gesetz zur Änderung des Landesjus- tizkostengesetzes und des Polizeigesetzes – Drucksache 15/2451.	2718
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	2694, 2699	Beschluss	2718
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	2695, 2700	5. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Ant- wort der Landesregierung – Situation der Bun- desfernstraßen in Baden-Württemberg – Drucksache 15/1504.	2718
Abg. Claus Schmiedel SPD	2696, 2701	Abg. Hans-Martin Haller SPD	2718, 2729
Minister Dr. Nils Schmid	2697	Abg. Winfried Mack CDU	2720
Abg. Leopold Grimm FDP/DVP	2698	Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE	2722, 2730
2. Aktuelle Debatte – Auf dem richtigen Weg – der Ausbau der Betreuungslätze für unsere Kleinkinder. – beantragt von der Fraktion der SPD	2702	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	2723
Abg. Christoph Bayer SPD	2702, 2711	Minister Winfried Hermann	2724
Abg. Tobias Wald CDU	2703, 2711	6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschus- ses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. September 2012 – Bericht über aktuelle europapolitische The- men – Drucksachen 15/2305, 15/2478	2730
Abg. Sandra Boser GRÜNE	2705, 2712	Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU	2730
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	2706	Abg. Josef Frey GRÜNE	2731
Staatssekretär Dr. Frank Mentrup	2707	Abg. Rita Haller-Haid SPD	2732
3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesre- gierung – Gesetz zur Schaffung einer grundge- setzkonformen Rechtsgrundlage für den Voll- zug der Sicherungsverwahrung in Baden- Württemberg – Drucksache 15/2450.	2712	Abg. Leopold Grimm FDP/DVP	2733
Minister Rainer Stickelberger	2712	Minister Peter Friedrich	2734
Abg. Karl Zimmermann CDU	2714	Beschluss	2736
Abg. Jürgen Filius GRÜNE	2715	Nächste Sitzung	2736

Protokoll

über die 48. Sitzung vom 24. Oktober 2012

Beginn: 9:00 Uhr

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 48. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Stächele erteilt.

Krankgemeldet ist Herr Abg. Schwehr.

Das Geburtstagskind des heutigen Tages ist noch nicht hier. Wir warten daher mit unseren Glückwünschen, bis es kommt.

Im **E i n g a n g**, liebe Kolleginnen und Kollegen, befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 15. Oktober 2012 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen – Artikel 1 Landesgesetz zur Förderung von Wohnraum und Stabilisierung von Quartierstrukturen (Landeswohnraumförderungsgesetz – LWoFG). Sie wird Ihnen als Drucksache 15/2492 zugehen. Ich schlage vor, die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/2492, an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Fünf Jahre Landesmesse – eine Erfolgsgeschichte! – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Die Redezeit der Regierung wird darauf nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Zeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen einer Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erhält Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Landesmesse auf den Fildern hat in diesen Tagen das Jubiläum ihres fünfjährigen Bestehens gefeiert. Dabei haben alle Beteiligten und – so kann man fast sagen – alle politischen Lager durch die Bank feststellen können, dass diese fünf Jahre eine Erfolgsgeschichte sind.

Ein Land wie Baden-Württemberg braucht eine schlagkräftige Landesmesse. Ein Land wie Baden-Württemberg braucht auch eine verkehrstechnisch gut angebundene Landesmesse. Das ist der Fall, was die Anbindung über die A 8 angeht, das ist der Fall, was die Anbindung an den Flughafen angeht, und wir sind ganz sicher, dass die Realisierung des Projekts Stuttgart 21 dazu führen wird, dass die Landesmesse auch noch besser an den Schienenverkehr angebunden wird. Auch das ist ein gutes Argument für dieses Projekt, meine Damen und Herren.

Im Jahr 2012 – das zeigt, dass die Landesmesse auch wirtschaftlich ein Erfolg ist – werden dort etwa 119 Millionen € umgesetzt. Dabei ist ein Gewinn nach Steuern von etwa 7 Millionen € zu erwarten.

Es ist wichtig, dass die Wirtschaft unseres Landes die Chance hat, ihre Leistungskraft auf einer solchen Landesmesse zu präsentieren, und es ist auch wichtig, dass die Wirtschaft die Chance hat, dieses Schaufenster für sich selbst zu nutzen.

Wir begrüßen auch die Internationalisierung dieser Messe. Wir begrüßen ausdrücklich das Kooperationsabkommen von Nanjing. Wir halten es für gut und richtig, den chinesischen Markt noch besser zu erschließen. Damit kann sich diese Landesmesse weiter internationalisieren, und es ist sicher auch eine positive Rückkopplung auf die Stadt Stuttgart und auf das Land Baden-Württemberg insgesamt zu erwarten.

Im Outbound-Bereich weiter positiv zu erwähnen sind die Entwicklungen in Richtung Russland und auch Türkei.

Meine Damen und Herren, nach fünf Jahren kann man feststellen, dass die große Skepsis, die am Anfang vorhanden gewesen ist, unberechtigt war. Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie waren am Anfang wie immer dagegen. Aber auch Sie haben feststellen müssen, dass diese Landesmesse eine Erfolgsgeschichte ist: eine Punktlandung in der Finanzierung und heute ein allgemein anerkannter positiver Standortfaktor.

Nach fünf Jahren stellt sich aber die Frage, wie es jetzt mit unserer Landesmesse weitergeht. 107 Messetage in diesem Jahr – der Rechnungshof war vielleicht an der einen oder anderen Stelle der Meinung, es könnten noch etwas mehr Tage pro Jahr sein. Die Messeleitung hält dem entgegen, dass man auch die Auf- und Abbautage hinzuzurechnen hat. Im Übrigen ist sicher auch darauf hinzuweisen, dass es auf unserer Landesmesse eine ganze Reihe von weiteren Veranstaltungen gibt, sodass man mit Sicherheit davon ausgehen kann, dass die Landesmesse gut belegt ist.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Wir verzeichnen eine gestiegene Nachfrage bei den Spitzenmessen. Zu nennen wären die AMB, die CMT und auch die R+T. Für die Großmessen – das ist, glaube ich, am heutigen Tag das Entscheidende – könnte noch bedeutend mehr Fläche verkauft werden. Das heißt, wir müssen uns die Frage stellen: Wie geht es weiter mit der Landesmesse? Welche Entwicklungschancen gibt es, und welche Entwicklungschancen sollten zeitnah realisiert werden?

Es gibt nun bekanntermaßen den offensichtlichen Wunsch der Messeleitung nach ein bis zwei neuen Hallen – ich betone: auf eigenem Grund und ohne weiteren Landschaftsverbrauch. Insofern relativieren sich sicherlich die aus ökologischen Gründen gegen diesen Wunsch vorgebrachten Argumente. Im Übrigen sind die Messeleitung und die Messengesellschaft bereit, dies mit eigenen Mitteln zu finanzieren. Die Gesellschafter, das Land und die Stadt Stuttgart, würden also nicht in Anspruch genommen.

Unsere Frage ist jetzt, wie sich einer dieser beiden Gesellschafter – der andere hat sich ja schon positiv geäußert oder hat das zumindest angedeutet –, nämlich das Land Baden-Württemberg, zu diesen Wünschen der Messeleitung verhält. Wie steht der Gesellschafter Land zu diesem Wunsch? Wie steht die Landesregierung zu diesem Wunsch? Wie stehen die Regierungsfractionen zu diesem Wunsch? Das würden wir gern wissen. Wie stehen sie zu dem Wunsch, zu den derzeit etwa 105 000 m² zusätzlich 25 000 bis 35 000 m² zu erschließen? Wir wären Ihnen dankbar, meine Damen und Herren, wenn Sie am heutigen Tag Ihre Position dazu erläutern könnten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Löffler.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Guter Mann!)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir uns heute fragen, welche Entwicklung die Landesmesse in den letzten fünf Jahren vollzogen hat und welche Entwicklung sie in Zukunft nehmen soll, fällt die Antwort je nach Standpunkt unterschiedlich aus. Wer unsere Landesmesse als wirtschaftspolitisches Infrastrukturprojekt, als Instrument der Wirtschaftsförderung für den Mittelstand sieht und die gesamtökonomischen Effekte betrachtet – ich meine, das ist die richtige Betrachtungsweise –, wird eine positive Bilanz ziehen, und das aus guten Gründen. Wer die Landesmesse als reines Renditeobjekt betrachtet, wird eher kritische Töne anschlagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Unsere Landesmesse ist Schaufenster und Brückenkopf unserer Wirtschaft für den heimischen und den internationalen Markt. Wenn wir in der wirtschaftsstärksten Region in Europa den Anspruch haben, die Arbeits- und Lebensqualität zu halten und zu verbessern, reicht es nicht, dass unsere Produkte im Keller liegen, sondern dann müssen wir sie auf einer großen Bühne präsentieren. Noch sind die Auftragsbücher voll, die Ertragslage ist zufriedenstellend. Aber schon jetzt zeigen sich die Gefahren auf dem Radarschirm: Verschuldungskrise in Europa, konjunkturelle Überhitzung in Fernost,

explodierende Rohstoffpreise und Anstieg der Inflation. Hier kann die Messe helfen.

Gute Wirtschaftspolitik zeigt sich auch in Umwegrenditeeffekten. Handel, Gastronomie, Hotelgewerbe und Dienstleistungen erlebten einen Aufschwung. Selbst in dem verschlafenen Provinzstädtchen Tübingen

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

schmücken sich heute die einstigen Messegegner mit dem Prädikat „Messestadt“.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Aber auch betriebswirtschaftlich hat sich die Messe erfolgreich entwickelt. Der Umsatz hat sich seit Beginn vor fünf Jahren nahezu verdoppelt. Vergleicht man die deutschen Messestandorte, liegt unsere Messe bei der Auslastung an der Spitze. Bei der CMT, der AMB, der Messe für Rollladen und Tore, der Retro Classic, der Intergastra sowie bei einigen Gastveranstaltungen sind die Wachstumsgrenzen längst erreicht. Die Wartelisten werden länger. Auch bei den Kongressveranstaltungen und Firmenevents kann die Messe längst nicht mehr alle Nachfragerwünsche bedienen.

Der Rechnungshof rügt, dass die Pacht an die Projektgesellschaft nur Zins und Tilgung deckt und die Abschreibungen nicht finanziert. Das ist richtig, aber das ist das von den Gesellschaftern gewählte Modell. Bei anderen Messestandorten in Deutschland werden von den Gesellschaftern über Kapitalerhöhungen zusätzliche Mittel für das operative Geschäft bereitgestellt.

Mit einer Messe strebt man nicht nach betriebswirtschaftlicher Rendite, sondern sorgt dafür, dass die Umwegrentabilität wächst und neue Absatzmärkte für innovative Produkte erschlossen werden. Das geschieht bei uns sehr erfolgreich, wie auch die Auslandsaktivitäten der Messe in der Türkei, in Russland und in China gezeigt haben. Unser Mittelstand profitiert davon. Wachstum und Arbeitsplätze bleiben im Steigflug.

Ich schätze die Arbeit des Rechnungshofs. Aber in der Denkschrift 2012 war der Prüfgriffel ziemlich spitz. Richtig ist die Kritik des Rechnungshofs, es werde langsam Zeit, dass eine abschließende Finanzabrechnung für den Messebau vorgelegt wird. Das sehen wir auch so. Aber schon jetzt ist abzusehen, dass die Kostensteigerung unter 15 Millionen € liegen wird. Das sind weniger als 2 % der Gesamtkosten, und das ist schon fast eine Punktlandung. Wowereit hätte die Sektkorken knallen lassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Weiter rügt der Rechnungshof, es gebe zu viele Parkplätze, das Brückenparkhaus sei zu aufwendig gestaltet, die Ausstattung sei zu üppig, die Tagungsräume seien zu groß, es seien zu viele mobile Geländerbügel beschafft worden und die Auslastung könnte durch ein noch effizienteres Raummanagement verbessert werden. Vielleicht ist das nicht ganz unberechtigt; dennoch habe ich den Eindruck, bei der Denkschrift war der „Entenklemmer“ Schriftführer.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

(Dr. Reinhard Löffler)

Schon im Jahr 2008 war die Messe Klassenbeste in Sachen Auslastung, und heute ist es wieder so. Der Rechnungshof übersah, dass bei Messeveranstaltungen auch Auf- und Abbauzeiten im Preis der Messen enthalten sind und hinzugerechnet werden müssen.

Die CDU-Fraktion dankt den beiden Geschäftsführern Ulrich Kromer von Baerle und Roland Bleinroth, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die letzten fünf Jahre. Sie haben einen tollen Job gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wie geht es weiter? Der Rechnungshof formuliert es denkbar knapp: „Messeerweiterung nicht plausibel“. Das aber ist nicht die Entscheidung des Rechnungshofs, sondern die Entscheidung der Gesellschafter Stadt und Land.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir könnten uns seitens der CDU-Fraktion durchaus vorstellen, dass sich die Messe auf dem bestehenden Anwesen baulich erweitert. Wir wollen den Lebensraum des Filderspitzkrauts nicht weiter einschränken,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

aber Wachstum auf bestehendem Gelände ist kein Tabuthema. Noch liegen uns keine Konzepte und Pläne der Geschäftsführung vor; wir wissen auch nicht, was die Landesregierung vorhat. Noch können wir keine Abwägung von Risiken und Chancen treffen, auch was die anderen Messen im Land betrifft, die Messen in Karlsruhe und Friedrichshafen. Aber wir werden eine Messeerweiterung ergebnisoffen diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lindlohr das Wort.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fünf Jahre nach dem Umzug der Messe auf die Filder und deren Erweiterung ist es sicherlich Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Wir stellen selbstverständlich fest, dass die Messe dort auf ihrem Standort auf den Fildern errichtet ist, dort steht, mit öffentlichen Geldern errichtet ist und dass sie sich im Kern gut entwickelt.

Welche Ziele kann man mit einer Landesmessegesellschaft verfolgen, und welche sollten wir verfolgen? Wirtschaftspolitisch verfolgen wir das Ziel, dass für unsere Unternehmen eine zusätzliche Vermarktungsmöglichkeit für ihre guten Produkte geschaffen wird. In diesem Zusammenhang hat der Kollege Löffler bereits die Funktionen des Schaufensters und des Brückenkopfs genannt. Als Gesellschafter soll das Land das Ziel haben, dass die Messe mit einem langfristig durchdachten Geschäftsmodell schwarze Zahlen schreibt.

Der Rechnungshof hat nun eine Art Zwischenbilanz bezüglich der Kosten der Messe gezogen. Es ist eine leichte Kostenüberschreitung festzustellen. Im Verhältnis zum immens großen Investitionsvolumen macht das in Prozent nicht viel aus, aber in absoluten Beträgen ausgedrückt sind es doch ein

paar Millionen. Es sind 816 Millionen € statt 805 Millionen €. Hinzu kommen einige Kosten, die außerhalb des Budgets getragen worden sind. Der Rechnungshof rechnet hierbei mit 18 Millionen €.

Das Land trägt also zurzeit mehr zur Finanzierung des Projekts bei, als ursprünglich vereinbart war. Um diese Beteiligung kommen wir jetzt nicht mehr herum. Diesen Anteil tragen wir insoweit mit.

Es ist anzumerken, dass der Beitrag der Wirtschaft – dessen geplante Höhe wir jahrelang als unrealistisch bezeichnet und kritisiert haben – beinahe erwartungsgemäß nicht in vollem Umfang erbracht worden ist. Bisher ist erst ein Beitrag von 27 Millionen € geleistet worden, mindestens ein Drittel davon von Unternehmen, die dem Land maßgeblich gehören.

Wir freuen uns über die Bemühungen der Geschäftsführung, die Suche nach neuen Sponsoren über die Vermarktung von Hallennamen voranzutreiben. Es ist aber nun einmal schwierig, zu sagen: „Liebe Wirtschaft, wir errichten euch eine Infrastruktur, und ohne die Erhebung einer Umlage hoffen wir auf einen Beitrag der Wirtschaft.“ Das war sicherlich ein nicht realistischer Baustein des ursprünglichen Konzepts, wie wir es jetzt anhand der Zwischenbilanz feststellen müssen.

Auf dem Messegelände finden Fachmessen statt, die gut gedeihen und die sehr gut zu unserem Wirtschaftsstandort passen. Dies gilt für die AMB als Messe für Metallbearbeitung, die für die baden-württembergischen Hersteller von Zerspansungsmaschinen und für andere wichtig ist. Dies gilt für die Motek, einst angeworben als Messe für Automation. Diese passt sehr gut zu unserem Wirtschaftsstandort. Auch im Bereich der Finanzdienstleistungen hat die Messe durchaus ein gutes und modernes Angebot, z. B. die Invest.

Allerdings gibt es bei uns nur wenige Messen, die zu den Themen Energiewende und „Ökologische Modernisierung der Wirtschaft“ passen. Die Messe hat sich auf den Weg gemacht, neue Themen zu entwickeln. Trotzdem gibt es aktuell keine Intersolar und keine Windkraftmesse bei uns. Die Messe sucht aber neue Lücken. Es ist gut, dass mit der Battery+Storage ein Konzept entwickelt worden ist, um an der Schnittstelle zwischen dem Automobilstandort und dem wichtigen Thema der Energiespeicherung, die für die Energiewende erforderlich ist, weiterzukommen.

Auch die Consense, eine Messe, die sich dem Thema „Nachhaltiges Bauen“ widmet, ist gut angelaufen. Wir wünschen der Messeleitung, dass sie mit neuen Themen ein gutes Wachstumskonzept schaffen kann.

Eigene Messen zu entwickeln ist ein sehr wichtiges betriebswirtschaftliches Konzept. Wenn man eigene Messen entwickelt, läuft man viel weniger Gefahr, dass die Messen abgeworben werden oder dass Konkurrenzmesse veranstaltet werden. Mehr eigene Konzepte zu entwickeln, statt nur auf dem bestehenden Messemarkt mit den anderen Messen zu konkurrieren, ist ein wichtiger Schritt, um die Messe in eine gute Zukunft zu führen.

Zum geplanten Ausbau liegen uns keine Daten vor, wie es Herr Kollege Löffler schon gesagt hat. Der Wunsch der Messegeschäftsführung ist schon mehrere Jahre alt. Ich habe einmal nachgelesen, wie sich die Gesellschafter im Jahr 2008 da-

(Andrea Lindlohr)

zu geäußert haben. Damals hat sich die Stadt Stuttgart noch ablehnend dazu verhalten. Inzwischen hat sich die Messe weiterentwickelt. Welches Geschäftsmodell aber einer Messeerweiterung zugrunde liegen soll, das können wir jetzt noch nicht wissen. Wenn entsprechende Daten, ein Geschäftsmodell sowie ein Businessplan vorliegen, werden wir diese prüfen.

Für uns ist aber ganz entscheidend, dass wir eine Landesmesse wollen, die den Unternehmen im Land tatsächlich zusätzliche Vermarktungsmöglichkeiten schafft, die also einen konkreten wirtschaftspolitischen Mehrwert mit sich bringt, ohne aber den Landeshaushalt und damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler noch einmal zu belasten.

Mit diesem Konzept unterstützen wir die Messe aktiv, und daran arbeiten wir mit.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich meiner Vordrönerin zustimmen, die sagte: „Wir stellen fest: Die Messe steht.“

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Trotz der Widerstände!)

– Das war noch nicht so wild. – Sie steht am richtigen Platz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch richtig!)

Sie sieht übrigens auch gut aus,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch richtig! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

und sie ist erfolgreich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch richtig!)

Das haben alle gesagt. Insofern muss ich da nicht auf die Details eingehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie könnten sie vielleicht noch einmal wiederholen!)

Die Messe hat jetzt – so sehen wir das auch – das Format, ein angemessener Platz für die Industrie der Region, des Landes und der ganzen Republik zu sein.

Der kritische Punkt – darum geht es heute; ich nehme an, dass Sie deshalb dieses Thema für die Aktuelle Debatte beantragt

haben – ist der seitens der Geschäftsführung geäußerte Wunsch, die Messe zu vergrößern, und die Bitte um Zustimmung.

Es ist noch nicht so lange her, Herr Rülke, dass ein Geschäftsführer einer anderen Gesellschaft, die gleich daneben angesiedelt ist, bei dem Sprecher unserer Fraktion für große Verkehrsprojekte und mir war und uns ein Schaubild mit einer ansteigenden Kurve gezeigt hat. Er hat gesagt: „So geht es weiter. Deshalb brauchen wir jetzt unbedingt eine zweite Start- und Landebahn.“ In der Zwischenzeit war er wieder bei uns und hat gesagt: „Das ist überhaupt kein Thema mehr.“ Wir sollen das vergessen. „Das ist Schnee von gestern.“

Deshalb werden wir eines nicht machen, nämlich das, was Sie erwarten. Wir werden heute nicht sagen: „Jubel, Jubel, jetzt geht es weiter, weil sich der Geschäftsführer öffentlich äußert.“ Das gab es, wie gesagt, schon einmal. Vielmehr werden wir genau das machen, was auch CDU und Grüne gesagt haben: „Wir warten auf belastbare Konzepte. Dann schauen wir uns diese an, wir prüfen sie.“ Wir sagen heute weder „No go!“ noch „Go!“. Da muss mehr auf den Tisch als ein Interview.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Amtssprache ist noch immer Deutsch! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Unruhe)

Wenn Sie auf der Basis eines Interviews sagen: „Jetzt muss man sich da sofort positionieren“, dann ist das ein bisschen voreilig; das kann einen einholen.

Deshalb beobachten wir die Messe mit Freude und erwarten, dass sie sich entlang der Themen, mit denen sich die Welt beschäftigt – nicht nur wir –, weiterentwickelt, dass sie sich weiter internationalisiert und dass sie ihr Geschäftsmodell weiterentwickelt. Danach erwarten wir, dass ein betriebswirtschaftlich tragfähiges Konzept vorgelegt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Denn die Grundlage, auf der wir damals zugestimmt hatten, war: „Okay, nirgendwo auf der Welt bauen sich Messen aus sich heraus, sondern sie bauen mit öffentlicher Unterstützung.“ Aber dann müssen sie fliegen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Jetzt wollen wir einmal sehen, ob das Baby fliegt, auch mit weiteren Investitionen. Dafür gibt es die Regierung, dafür gibt es den Aufsichtsrat, dafür gibt es die entsprechenden Gremien und am Ende auch den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft, der sich dann mit einem belastbaren Konzept beschäftigt. Auf solch ein Konzept warten wir. Bis dahin sagen wir freundlich: „Schafft weiter gut. Positioniert die Messe weiterhin erfolgreich.“

Zu gegebener Zeit werden wir uns dann – wie haben Sie gesagt, Herr Löffler? – ergebnisoffen, ohne Vorfestlegung mit den Fakten beschäftigen, und dann werden wir eine gute Entscheidung treffen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Schmid das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fast auf den Tag genau vor fünf Jahren, nämlich am 19. Oktober 2007, wurde nach dreijähriger Bauzeit die neue Messe auf den Fildern eingeweiht. Voraus ging ein mehr als zehnjähriger Widerstand von Landwirten, Bürgerinitiativen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und den Grünen!)

sowie auch der Stadt Leinfelden-Echterdingen. Übrigens: Auch im politischen Raum war dieses Großprojekt durchaus umstritten. Die Grünen waren dagegen, Teile der SPD waren dagegen; ich erinnere mich, ich war auch einmal dagegen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist schön, dass Sie so ehrlich sind! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir haben dieses Großprojekt kritisch begleitet. Das ist gerade bei Großprojekten in einer pluralen Gesellschaft auch absolut unabdingbar. Es ging um die Fragen der Kosten, der Finanzierung. Schließlich sollte das Land – und das hat es auch getan – erhebliche Mittel in diesen Neubau stecken. Es ging um die Frage der Belastung in hoch verdichteten Siedlungsräumen und auch um die Frage des Verkehrs. Es ging darum, diese Befürchtungen der direkt Betroffenen auch ernst zu nehmen. Denn eines ist klar: Bei Großprojekten müssen die Betroffenen zu Beteiligten gemacht werden, muss die Bevölkerung von Anfang an eng einbezogen werden. Übrigens, damals hat es die Landesregierung versäumt, dies zu tun.

Aber nach fünf Jahren ist dieses zähe Ringen immerhin in den Hintergrund geraten, und wir können eine positive Bilanz der neuen Messe ziehen. Die Widerstände am Messestandort selbst konnten weitgehend ausgeglichen werden. Seit 2008 bezeichnet sich die Stadt Leinfelden-Echterdingen selbstlos als Messestadt. Das befürchtete Parkchaos ist ausgeblieben. Der Rechnungshof hat sogar konstatiert, es gäbe zu viele Parkplätze. Ganz entscheidend ist: Die befürchtete Belastungsspirale im Filderraum ist ausgeblieben, weil das Land schon unter der alten Landesregierung entschieden hat, dass es eben keine zweite Start- und Landebahn dort oben gibt. Es ist auch bezeichnend, dass es unserem verehrten früheren Kollegen Dr. Uli Noll als einem der großen Vorkämpfer für die Messe und gleichzeitig Vorkämpfer gegen die zweite Start- und Landebahn

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr wichtig!)

darum ging, die Belastungsspirale auf den Fildern zu durchbrechen. Es ist gut, dass die Landespolitik das geschafft hat. Deshalb können wir jetzt mit großer Gelassenheit den Erfolg der Messe betrachten, würdigen und wertschätzen und gleichzeitig festhalten, dass wir, das Land, die Landesregierung, weiteren Belastungen durch eine zweite Start- und Landebahn weiterhin entgegentreten werden. Die Flughafengeschäftsführung sieht es ja genauso.

Die neue Messe bietet attraktive Bedingungen auf einer Fläche von 105 000 m² und zählt damit zu den Top Ten in der Republik. Der Slogan „Mitten im Markt“ macht diese Vorzüge auch noch einmal deutlich. Sie liegt im direkten Umfeld von mittelständischen und natürlich auch Großunternehmen aus

den Bereichen Automobil- und Maschinenbau, Elektrotechnik und IT. Es ist auch ein hervorragender Standort durch die Kombination verschiedener Verkehrsträger – Flughafen, Autobahn, Nahverkehr – und natürlich in Zukunft durch die Anbindung an die Neubaustrecke nach Ulm über das Projekt Stuttgart 21.

Die Messe entspricht architektonisch höchsten Ansprüchen. Es ist eine gelungene Bauweise, die dort realisiert worden ist. Ökologisch ist sie vorzüglich ausgerichtet. Mehr als die Hälfte des Messegeländes ist begrünt, es gibt auf den Hallendächern Solarzellen, die für 1 300 Haushalte Strom produzieren. Besonders wichtig ist – das sage ich als Wirtschafts- und Finanzminister –, dass die Messe unternehmerisch relativ erfolgreich ist. Deshalb würde ich auch gern von einer relativen Erfolgsgeschichte sprechen.

Es ist richtig: Sie erwirtschaftet insbesondere in den ausstellungstarken Jahren Überschüsse. Die Mittel für die Investitionen erwirtschaftet sie jedoch nicht. Das ist aber bei anderen Messegesellschaften in der Republik und wohl auch weltweit ebenso der Fall. Denn der Bau von Messen ist offensichtlich ohne Unterstützung des Staates nicht möglich.

Ich erwarte dann allerdings auch von der Wirtschaft, wenn sie da den Staat in der Verantwortung sieht, dass sie nicht dauernd Steuersenkungen fordert. Das passt nicht zusammen. Wir bekennen uns zu einer aktiven Wirtschaftsförderung. Deshalb unterstützen wir die Messe. Wir erwarten, dass sie zumindest im Betrieb schwarze Zahlen schreibt. Das tut sie mit gutem Erfolg. Aber es bleibt dabei: Die Standorte selbst, die Infrastruktur und das Investment sind hoch subventioniert.

Besonders bedauerlich ist, dass der Finanzierungsbeitrag der Wirtschaft für den Neubau der Messe immer noch nicht vollständig geleistet worden ist. Wir werden darauf drängen. Das halten wir für einen letzten Baustein, der erfolgreich abgeschlossen werden muss.

Insofern nehmen wir die Anregung des Rechnungshofs in der Rückschau auf den Neubau dieser Messe sehr ernst und setzen uns damit auch auseinander. Das ist in der Rückäußerung des Denkschriftbeitrags ja auch geschehen. Ich glaube, das ist insgesamt eine wichtige Grundlage, um eine ausgewogene Bilanz dieses Baus zu ziehen. Wir danken dem Rechnungshof für seine Anregung. Der Rechnungshof ist zu Recht der „Entenklemmer“, denn er muss auf das Geld schauen, und wir müssen dann politisch unsere Schlüsse daraus ziehen.

Das gilt gerade auch für den Wunsch der Messegeschäftsführung, weiter wachsen zu dürfen. Zunächst will ich einmal festhalten: Dieser Wunsch ist nicht neu. Deshalb war es jetzt auch für die weiteren Gespräche nicht gerade hilfreich, dass die Geschäftsführung öffentlich noch einmal vorgeprescht ist. Die Gesellschafter sind im Dialog mit der Geschäftsführung und auch untereinander, um diese Wachstumspläne auf ihre Plausibilität, auf ihre Wirtschaftlichkeit, auf das zugrunde liegende Geschäftsmodell zu prüfen. All dies wird sorgfältig und ergebnisoffen geprüft.

Ich will zum jetzigen Stand dieser Überlegungen zwei Punkte nennen, die für den Gesellschafter Land besonders wichtig sind. Ich fühle mich dabei auch durchaus im Einvernehmen mit der Stadt Stuttgart: Eine Messeerweiterung kommt erstens nur auf freiem Gelände der bestehenden Messe infrage.

(Minister Dr. Nils Schmid)

Zweitens muss die Messe diese Erweiterung, wenn sie denn kommen sollte, selbst finanzieren. Diese beiden Kriterien halte ich für wichtig.

Auf der Grundlage dieses so abgesteckten Rahmens sind wir im Gespräch und werden ergebnisoffen prüfen. Wir nehmen aus dieser Aktuellen Debatte mit, dass alle im Landtag vertretenen Fraktionen dieses Vorgehen teilen. Wir werden nicht blind in eine Messeerweiterung hineingehen. Vielmehr wird man sehr solide abklopfen müssen, ob es Sinn macht, am Standort Stuttgart in die Fläche zu expandieren.

Denn eines ist auch bemerkenswert, wenn wir über die Erfolgsgeschichte der Messe der letzten fünf Jahre sprechen: Sie ist internationaler geworden. Sie hat 54 Auslandsvertretungen, hat zwei Tochtergesellschaften in den wichtigen Wachstumsmärkten Türkei und China. Damit hat sie gerade auch für unsere mittelständische Wirtschaft eine Türöffnerfunktion bei der Erschließung wichtiger Auslandsmärkte.

Ich selbst habe gerade in der letzten Woche bei der Reise in China noch einmal erleben dürfen, wie engagiert unsere Landesmesse auf dem chinesischen Markt unterwegs ist. Sie hat die erfolgreiche AMB nach China exportiert. Es gibt jetzt eine AMB China, die in Nanjing stattfindet. Sie stößt nicht nur in China selbst, sondern auch in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg auf reges Interesse.

Unsere Landesmesse will die CMT nach China exportieren, und sie hat jetzt in einem Joint Venture die Zusammenarbeit mit der Messe Nanjing vertieft, um weitere Brand-Names, um weitere Marken, also Ausstellungsformate, die sich am Standort Stuttgart bewährt haben, auch nach China zu exportieren.

Man sieht also: Die Qualität dieser Messearbeit, die inhaltliche Qualität dessen, was dort geboten wird, ist hoch und findet Anerkennung im Ausland. Ich will unterstreichen, dass wir, die Landesregierung, gerade auch diese solide, internationale Arbeit der Landesmesse unterstützen und wertschätzen.

Das war ein zähes Ringen damals. Sie sehen: Jetzt ist es eine gute Bilanz, die wir zu ziehen haben. Der Umzug auf die Filder hat sich als Erfolg für die Messe erwiesen. Deshalb kann ich sagen: Jawohl, wir stehen zu dieser Landesmesse. Wir prüfen die möglichen Ausbaupläne sorgfältig und ergebnisoffen. Wir freuen uns, dass wir mit der Messe Stuttgart einen Partner für die Unternehmen in unserem Land – die großen wie die kleinen – zur Präsentation ihrer Produkte und Dienstleistungen in Stuttgart und in der Welt haben.

Weiterhin viel Erfolg für unsere Landesmesse!

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Bitte schön.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, wir haben ja, wie gesagt, außer der erfolgreichen Messe in Stutt-

gart auch eine Messe am Bodensee, die auch sehr erfolgreich erweitert wurde. Wir haben auch eine Messe in Karlsruhe.

Sehen Sie zwischen den drei Messen auch Kooperationsmöglichkeiten, so, wie es bei den Treffen der Geschäftsführer gelegentlich besprochen wird? Denn wir wissen, dass die Messe Karlsruhe noch sehr defizitär ist. Sehen Sie Möglichkeiten der Zusammenarbeit?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ich war im letzten Jahr gerade auch mit den Geschäftsführern aller Messen in Baden-Württemberg – der Messe Stuttgart wie der Regionalmessen – zusammen. Dabei wurde genau dies besprochen. Ich kann nur anregen, dass man zu Kooperationen kommt. Denn die anderen Messestandorte spielen ebenfalls eine Rolle.

Wir haben im Einzelfall – Sie haben das Beispiel Friedrichshafen genannt – auch erfolgreiche Messemarken etablieren können. Insofern messen wir diesen Regionalmessen eine hohe Bedeutung bei, sehen jedoch natürlich die Landesmesse schon in einer anderen Dimension. Aber es spricht alles dafür, dass sich die Messen abstimmen und kooperieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein!)

– Entschuldigung. Herr Kollege.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Grimm!)

– Kollege Grimm.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stuttgart ist eine Messe wert. Das hat auch Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid zum fünften Jahrestag der Eröffnung der Landesmesse erfreulicherweise bestätigt, und er hat das auch heute noch einmal bestätigt. Der Minister hat die Messe als „Erfolgsgeschichte für das ganze Land“ bezeichnet und ergänzt – ich zitiere –:

Ziel war es, eine auf den internationalen Wettbewerb ausgerichtete Landesmesse zu errichten. Dies ist in vollem Umfang erreicht worden.

Das haben wir heute gehört und auch bestätigt bekommen. Der Minister hält die Messe für zukunftsfähig.

So, wie ich es heute von Grün-Rot mitbekommen habe, bleiben Sie dabei: Wir sind im Zieleinlauf und gehen jetzt in die Kabine zum Duschen. Selbst der Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Herr Rust, sowie Herr Hofelich, der zuständige Beauftragte der Landesregierung für Mittelstand und Handwerk, halten sich mit den Plänen der Landesregierung zurück.

(Staatssekretär Ingo Rust: Was?)

(Leopold Grimm)

– Sie halten sich mit den Plänen zur Landesmesse zurück. Selbst wenn man heute die Ausführungen der Grünen hört – eine Zwischenbilanz erstellen, der Frage nachgehen, bei welchen Zielen die Messe langfristig schwarze Zahlen schreibt –, muss man sich schon einmal zu Gemüte führen: Was soll die Landesmesse eigentlich bewirken? Das Gleiche höre ich von Herrn Schmiedel, der sagt: „Man muss einmal belastbare Konzepte erarbeiten und dann schauen, wie man erweitert.“

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist das normale Vorgehen! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Das normale Vorgehen ist, dass wir heute eine fünfjährige Erfolgsgeschichte feiern. Ich darf daran erinnern: Die alte Messe hatte nicht einmal die Hälfte der Hallenkapazität, die heute besteht, und wir sind heute, nach fünf Jahren, eigentlich an der Kapazitätsgrenze. Viele Verbände fordern mittlerweile Erweiterungen in Stuttgart, um ihre Fachmessen entsprechend auszubauen. Das sagt uns ganz klar, dass das, was seitens der Geschäftsleitung vorgetragen worden ist, nicht etwas ist, was man jetzt diskutiert, auf die lange Bank schiebt und wobei man auf Konzepte wartet bzw. nach ihnen sucht. Vielmehr bekennt man sich schon klar zum Ausbau der Messe.

Man muss im Vergleich sehen: Die Landesmesse Baden-Württemberg liegt im Ranking der zehn größten Messen in der Bundesrepublik mit knapp 105 000 m² Hallenfläche an zehnter Stelle. Die größte Messe ist die Hannover Messe mit 470 000 m². Ich vergleiche unsere Landesmesse – Baden-Württemberg ist ein wirtschaftsstarkes Land, das wirtschaftlich zweitstärkste Land in Deutschland – mit der Messe München, die über eine Hallenfläche von 180 000 m² verfügt. Unsere Landesmesse hat demgegenüber 105 000 m² und nicht 1 500, wie Sie, Herr Wirtschaftsminister, es vorhin gesagt haben. Die Messe München hat 60 % mehr Fläche. Die Stuttgarter Landesmesse hat mit 40 000 m² den kleinsten Außenbereich. Selbst die Messe in Freiburg hat einen größeren Außenbereich als die Landesmesse in Stuttgart.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Viele Autos in Freiburg!)

Das sind Themen. Vom Rechnungshof wurde bemängelt, die Zahl der Parkplätze sei zu hoch. Es gibt momentan die Vorstellung, dass die Erweiterungen auf dem bestehenden Gelände stattfinden sollen. Das ist logisch und klar sowie richtig und wichtig. Gleichzeitig soll man Ausweichplätze, die derzeit als Parkplätze genutzt werden, dann auch als offene Parkplätze nutzen.

Schlussendlich: Uns fehlt ein klares Bekenntnis der Landesregierung, ob sie zum Ausbau der Landesmesse steht. Steht sie zu der jetzt geplanten Erweiterung um 30 000 m²? Wenn ja, wann soll sie erfolgen?

Wichtig ist – das möchte ich damit auch in Verbindung bringen –: Stuttgart 21 gehört mit zur Landesmesse,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

ist mit ein Teil des Projekts.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Je früher Stuttgart 21 fertiggestellt wird, desto mehr profitiert die Landesmesse davon.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Löffler.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU bringt ein Paket mit ans Rednerpult.)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Da ist meine Rede drin. –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist ein neuer Taschenrechner! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Altersgerecht! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach all diesen theoretischen Ausführungen volkswirtschaftlicher Natur über Wirtschaftsförderung und Messe halte ich es für richtig, Ihnen auch einmal ein praktisches Beispiel von Wirtschaftsförderung zu zeigen, so, wie es die Landesregierung macht. Wenn sie es erfolgreich macht, kann ich mir sehr gut vorstellen, dass wir eine Messerweiterung gar nicht brauchen.

Baden-Württemberg ist unter den alten Bundesländern das Land – das hat der Glücksatlas 2011 gerade gezeigt –, in dem die unglücklichsten Menschen leben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kein Wunder bei dieser Landesregierung!)

Wir sind ein bisschen glücklicher als die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, ein „Muggaseggele“ glücklicher. Aber wir sind unglücklich und unzufrieden. Das liegt an der schlechten Wirtschaftslage – kein Mindestlohn, keine Tariftreue.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Jetzt steuert die Landesregierung wirklich dagegen. Sie verschickt massenhaft Zufriedenheitsgarantiepakete.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was ist drin? Luft?)

Der Empfänger, der ein solches Paket tatsächlich erhält, hat schon eine sehr positive Stimmung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Mach mal auf!)

Die Glückshormone explodieren geradezu, wenn der Empfänger die Inhalte dieses Pakets ansieht. Das darf ich Ihnen auch gern zeigen.

(Der Redner öffnet das mitgebrachte Paket.)

Die Landesregierung verschickt eine Urkunde:

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch.)

(Dr. Reinhard Löffler)

„Das erste Land mit Zufriedenheitsgarantie.“ Das bekommt jeder, der sich bei uns ansiedelt

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Hoi!)

und der bei uns arbeitet und die Wirtschaft fördert. Da ist man dann richtig stolz, etwas zu bekommen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Was kostet das?)

Auf der Rückseite gibt es noch das Kleingedruckte,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ist da wenigstens auch Leberwurst drin? – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ein paar Maultaschen wären besser!)

aber das vernachlässigen wir einmal etwas. Eine DVD mit einem wunderschönen Filmchen über eine schwäbische Familie liegt auch noch bei. Der Vater mäht den Rasen, die Mutter rülpt.

(Heiterkeit – Zurufe: Was?)

Die megaschlauen Kinder kommunizieren im Internet mit Außerirdischen. Es kommt ein grünes, genmutiertes Marsmännchen und besucht die Familie und winkt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und macht Blasmusik!)

Ganz großes Kino, Prädikat „wertvoll“. Ansonsten sind nur Seidenpapier und Luft in dem Paket.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Heiße Luft! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Keine Leberwurst? Schwartenmagen?)

Diese Wirtschaftsförderung ist wirklich bestechend. Ich kann mir vorstellen: Wenn wir weiter solche erfolgreichen Projekte machen, kann es mit der Wirtschaft im Land nur bergauf gehen.

Man muss auch den Randgruppen von Bedürftigen danken. Sie zeigen Solidarität, haben mit ihrem Landeserziehungsgeld dieses Projekt gesponsert.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass wir dann, wenn der Glücksatlas in einem Jahr einen höheren Ausschlag zeigt,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wo sind die Glückskekse?)

eigentlich gar nicht mehr über die Messe zu sprechen brauchen. Dann machen wir weiterhin solche wunderschönen Zufriedenheitsgarantiepakete.

(Lachen des Staatssekretärs Ingo Rust)

Das macht die Menschen in diesem Land glücklich und zufrieden. Weiter so!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ein Schwachsinn! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lindlohr das Wort. – Frau Abg. Lindlohr, könnten Sie die von dem Paket verstellten Mikrofone wieder gerade stellen? Sonst können wir die Reden nicht aufnehmen.

(Zurufe, u. a. Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie hat auch keine Leberwurst dabei! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE stellt die Mikrofone in die richtige Position.)

– Danke.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Debatte – sie war zuvor doch sehr ruhig und sachlich – gibt es immer noch neue Aspekte. Zwei Vorredner haben gezeigt, dass man zum einen keine Ahnung vom Thema haben muss, aber trotzdem reden kann –

(Beifall bei den Grünen)

das war beim Kollegen Grimm – und andererseits vielleicht Ahnung vom Thema haben kann, wie Kollege Löffler, sich aber am Thema vorbeibewegen kann. Na gut. Das steigert vielleicht nicht das Niveau unserer Auseinandersetzung. Wir werden das aber auch locker verkraften.

Kommen wir noch einmal kurz zu den Herausforderungen, vor denen die Messe steht – dazu hat Kollege Grimm in seiner Rede gar nichts gesagt –, um die Perspektiven für die Zukunft zu betrachten. Eine Herausforderung für die Messe ist, dass sie es bis jetzt nicht geschafft hat, die verschiedenen Geschäftsentwicklungen, die sie in geraden und ungeraden Jahren hat, auszugleichen. Das macht jetzt eines der Kapazitätsprobleme aus.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ein Schwachsinn!)

Das ist nicht einfach. Insgesamt gibt es bei vielen Messen auf der ganzen Welt einen zweijährlichen Rhythmus.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Nichtsdestotrotz ist es ein sinnvolles betriebswirtschaftliches Ziel, zu einem Ausgleich der unterschiedlichen Geschäftsentwicklungen in geraden und ungeraden Jahren zu kommen und damit auch die Kapazitätsauslastung der Messe zu verbessern.

Ein weiteres Thema ist – es wurde vorhin schon einmal angesprochen –: Es geht darum, dass die Messe bei den Wachstumsthemen unserer Wirtschaft gut dabei ist, dass sie mit eigenen Konzepten dabei ist und etwas zu bieten hat.

(Abg. Leopold Grimm FDP/DVP meldet sich.)

– Ich nehme gern die Zwischenfrage, die dort angezeigt wird, entgegen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Kollege Grimm.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Frau Kollegin Lindlohr, ich habe die Frage an Sie: Wissen Sie, ob die anderen Messen – ich nehme jetzt einmal die Messe München als Beispiel – ein positives Ergebnis aufweisen oder wie sie dastehen, ob sie die ungleichen Entwicklungen in den geraden und ungeraden

(Leopold Grimm)

Jahren, die Sie gerade angesprochen haben, ausgleichen können? Wissen Sie das von diesen Messen?

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Kollege Grimm, ich habe keine Geschäftsberichte der Messe München vorliegen, schau mir das aber gern an. Wenn Sie das wissen, können Sie es mir gern mitteilen. Das Land ist als Gesellschafter der Landesmesse für diese verantwortlich.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Rundum defizitär!)

Noch einmal zu Ihren Perspektiven der Messepolitik. Sie haben vorhin ein Bekenntnis eingefordert, ohne auf die Daten einzugehen. Ich weiß nicht, was Bekenntnisse in diesem Raum verloren haben. Wir machen nämlich Politik aufgrund von Daten und Fakten. Bei mir steht als Angabe zu Bekenntnis: römisch-katholisch. Aber ich glaube, das tut hier nichts zur Sache.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bekenntnispolitik bringt uns nicht weiter.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Tut mir leid: Jetzt habe ich dem Kollegen Grimm schon den Vorzug gegeben, Herr Dr. Bullinger.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das kann ich nachvollziehen!)

Sie haben kritisiert, dass ich das Ziel genannt habe, die Messe solle schwarze Zahlen schreiben. Wenn Ihr Ziel ist, dass die Messe rote Zahlen schreibt, dann sagen Sie dies den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Die Messe soll schwarze Zahlen schreiben; das möchte ich hier schon einmal als Ziel festhalten, auch wenn Sie da nicht mitgehen wollen.

Wir können noch einmal festhalten: Wirtschaftspolitisch sind die Kompetenzen hier im Haus verschieden verteilt. Die FDP/DVP bewegt sich im Bereich der Bekenntnispolitik. Sie ist die einzige Fraktion hier im Haus, die ohne Daten und Fakten entscheiden will.

(Abg. Heribert Rech CDU: Es reicht jetzt!)

Das teilt hier im Haus so weit niemand. Ansonsten können die anderen bei diesem Thema, glaube ich, weiter gut zusammenarbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Heribert Rech CDU: Mein Gott! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Kollege Dr. Bullinger hat sich noch einmal gemeldet.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE begibt sich zu ihrem Abgeordnetenplatz.)

– Sie lassen keine Frage mehr zu. Gut.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Lieber nicht!)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Löffler, dass die Glückshormone bei der CDU am letzten Wochenende verrutscht sind, nehmen wir zur Kenntnis. Aber das können Sie doch nicht auf das ganze Land übertragen.

(Lebhafte Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a. Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wie viel waren das bei Ihnen? 15,1 %! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Erstaunlich, wie zufrieden die SPD geworden ist! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So schießt man Eigentre! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Wir sind durchaus zufrieden mit dem Wahlausgang am letzten Sonntag.

(Beifall der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das werden wir so der Frau Wilhelm sagen, wenn sie wieder nach Schwäbisch Hall kommt! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Übrigens ist die Wirtschaft freundlich gestimmt und blickt optimistisch in die Zukunft. Darüber freuen wir uns. Die Wirtschaft fühlt sich ganz überwiegend bei der neuen Landesregierung gut aufgehoben.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Es trifft auch zu, dass sie sich angesprochen fühlt.

Insofern hat das Päckle, das Herr Dr. Löffler gezeigt hat, seinen Reiz.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es hat jeder so sein Päckle zu tragen!)

Aber dadurch kommt vor allem eines zum Ausdruck: Sie haben dem, was die Vertreter der Regierung oder der Koalitionsfraktionen gesagt haben, nichts mehr hinzuzufügen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es war ja auch wenig Substanz da!)

Wir sind ja auch weitgehend d'accord. Was wir aber nicht mitmachen, ist diese Art von Schnellschuss. Sorry! Da sagt jemand etwas in einem Interview, und schon springen Sie durch die Gegend und fragen: „Wo sind die Verträge, die wir unterzeichnen können, damit wir dort eine neue Halle bauen?“

(Heiterkeit der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Dann führen Sie die Hannover Messe als Beispiel an. An der Hannover Messe haben wir uns nie gemessen. Wir wollten doch keine Messe mit großen Flächen. Wir wollten eine inhaltsstarke Messe, die sich durch exzellente Themen auszeichnet. Jetzt sind wir uns doch einig – da muss man nicht herumäkeln –, dass die Messe wirklich gute Arbeit macht, sich auch international gut positioniert und sich neue Themen erschließt. Das ist doch alles prima.

(Claus Schmiedel)

Jetzt warten wir auf die Unterlagen, auf belastbare Unterlagen, mit denen man dann umgehen und auf deren Basis man dann eine Entscheidung treffen kann.

Ich bin froh, dass es bei diesem Thema eine breite Übereinstimmung gibt. Ich weiß gar nicht, was das soll, wenn Sie hier nun eine Art Messefeindlichkeit oder Ähnliches konstruieren wollen. Das ist völlig an den Haaren herbeigezogen. Wir sind froh, dass die Messe da ist, wo sie ist. Es wurde schon darauf hingewiesen: Sie ist angebunden durch die Schiene, durch den Flughafen und durch die Straße.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vor allem die Schiene!)

Gehen Sie einmal mit mir zur Messe in Hannover.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da gehen wir selbst hin, nicht mit Ihnen!)

Man fliegt dorthin und sitzt danach erst einmal blöd im Taxi herum. Da können Sie nicht zu Fuß hinübergehen. In Stuttgart hingegen sind die Bedingungen exzellent, und deswegen ist die Messe dort auch am richtigen Ort.

Bevor man jetzt jedoch in eine weitere Flächenexpansion geht, braucht man einen Businessplan, ein Konzept, das belastbar ist, damit die Sache auch in den nächsten Jahren – mit einer möglichen Erweiterung – funktioniert.

Eines sage ich Ihnen schon einmal ganz klar, da Sie den Zusammenhang mit Stuttgart 21 herstellen: Zehn Jahre wollen wir mit unserer Entscheidung hierzu nicht warten. Wir warten nicht, bis Stuttgart 21 fertig gebaut ist, sondern das Thema muss in den nächsten Monaten auf den Tisch.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt sind wir doch einen Schritt weiter!)

Dann schauen wir uns das ergebnisoffen an, und danach treffen wir eine Entscheidung – dies hoffentlich in großer Übereinstimmung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich Herrn Staatssekretär Dr. Mentrup, der heute Geburtstag hat, recht herzlich gratulieren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich gratuliere Ihnen, Herr Staatssekretär, im Namen des ganzen Hauses und wünsche Ihnen für die kommenden Monate alles Gute – auch dies im Namen des ganzen Hauses.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: „Des ganzen Hauses“?)

– Wenn wir jemandem gratulieren, dann gratulieren wir immer im Namen des ganzen Hauses, Herr Kollege.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum nur für die nächsten Monate?)

– Für die nächsten Monate und die kommenden Jahre, Herr Kollege Dr. Mentrup.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt passt es!)

Für die nächsten acht Jahre, Herr Kollege Dr. Mentrup.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Friedlinda Gurr-Hirsch CDU: Die Neutralität lässt doch schwer zu wünschen übrig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum bloß für acht Jahre? – Zuruf von der SPD: 16! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Auf dem richtigen Weg – der Ausbau der Betreuungsplätze für unsere Kleinkinder. – beantragt von der Fraktion der SPD

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Zeitrahmen zu halten.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bayer das Wort.

Abg. Christoph Bayer SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind nun keine zehn Monate mehr, bis der Rechtsanspruch zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Kraft tritt – keine zehn Monate! Es ist ein Mammutprojekt, das noch in diesem Zeitraum zu schultern sein wird. Angaben der Kommunen zufolge fehlen immer noch 150 000 Kita-Plätze.

Diese Angaben beruhen natürlich auf Szenarien und Prognosen. Denn wie sich die Eltern in ihren Entscheidungen tatsächlich verhalten werden, ist jetzt noch nicht abzusehen. Aber es gibt doch relativ stabile „Hochrechnungen“. Schon jetzt ist klar: Die Elternwünsche übersteigen das Angebot.

Wir gehen in Baden-Württemberg zur Erfüllung des Rechtsanspruchs von einer durchschnittlichen Betreuungsquote von 34 % aus. 2010 lag die Betreuungsquote nach Auskunft des Statistischen Landesamts bei 18 %. Diese Quote stieg dann bis zum 21. März 2012 auf 23,1 %, und man kann vermuten, dass sie in den vergangenen Monaten weiter rasch angestiegen ist. Aber es wird auch klar: Wir haben in diesem Punkt noch eine ganze Strecke vor uns.

Was bei diesem Mammutprojekt wirklich geholfen hat, war der Pakt für Familien mit Kindern. Entstanden sind neue Beschäftigungsverhältnisse für Tagesmütter und Tagesväter, auch zusätzliche Qualifikationsmöglichkeiten. Entstanden ist ein unglaublich hoher Transfer von Landesgeldern in die Kommunen – ich glaube, der höchste, der jemals vorgenommen wurde –: 2012 sind das 315 Millionen €, 2013 sind es 325 Millionen €, und ab 2014 übernimmt das Land inklusive der Bundeszuschüsse 68 % der Betriebsausgaben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

(Christoph Bayer)

Das ist ein Erfolgsprogramm, das auch seinen Preis hatte. Denn die Mittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes wurden so rasant beantragt, dass meines Wissens schon Ende Juni das dafür vorgesehene Volumen aufgezehrt war. Nachdem dann auf Bundeseite klar war, dass der tatsächliche Bedarf deutlich größer war als angenommen, wurden erfreulicherweise zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt: 580 Millionen €, davon 78 Millionen € für Baden-Württemberg. Das Ganze war in einem Paket verpackt, und somit wurde auch die Zustimmung der Länder zum Fiskalpakt letztendlich ermöglicht. 30 000 zusätzliche Betreuungsplätze sollten damit geschaffen werden.

Aber jetzt soll dieses Geld auf einmal nur unter extremen Auflagen des Bundes – monatliche Kontrollen – fließen. Dagegen regt sich – ich finde, verständlicherweise – Widerstand in den Ländern.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ein Skandal!)

Die Ministerpräsidentin von Thüringen, Christine Lieberknecht von der CDU, wird, wenn ich dies im Deutschlandfunk richtig gehört habe, mit den Worten zitiert: „Man kann die Länder nicht behandeln wie kleine Kinder.“ Jetzt kann man natürlich durchaus das Pädagogikkonzept von Frau Lieberknecht und ihre Vorstellungen, wie Kinder zu behandeln sind, hinterfragen. Es bleibt aber bei der Analyse, dass es einfach nicht angeht, diese zwingend notwendige Dynamik bürokratisch zu verlangsamen, statt sie massiv zu verstärken.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich bin gespannt, was unser heutiges Geburtstagskind, Staatssekretär Mentrup, unserem Haus über die aktuellen Verhandlungen zwischen dem Land Baden-Württemberg und Ministerin Schröder zu berichten hat, wenn es etwas Neues zu berichten gibt.

Nun – meine Damen und Herren, ich kann es Ihnen nicht ersparen, obwohl wir hier schon mehrfach darüber gesprochen haben – eine kleine Zwischenbemerkung zum Betreuungsgeld. Es ist klar: „Ohne Moos nix los“, und das Geld liegt nicht auf der Straße. Aber in Anbetracht der gerade dargestellten Situation sollte man wirklich jeden Cent – jeden Cent! – in den Kita-Ausbau investieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jutta Allmendinger vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung formuliert das in ihrem neuesten Buch so:

Es ist, als baute man Schwimmbäder für alle und prämierte gleichzeitig diejenigen, die sie nicht nutzen.

So kann, so darf Politik auch unter dem Aspekt der finanziellen Verantwortlichkeit nicht funktionieren.

Neben der bestehenden Finanzierungsunsicherheit ist eines noch ein besonderes Hindernis: der Mangel an Fachkräften. Darüber, dass das Personal überhaupt ein begrenzender, ein limitierender Faktor ist, wurde meines Erachtens auf allen Ebenen zu spät nachgedacht. Aber auch hier hat die Landesregierung gehandelt. Sie hat mit dem Schulversuch PIA – praxisintegrierte Ausbildung – ein wichtiges Signal gesetzt. Das ist ein Schulversuch, der inzwischen sehr erfolgreich angelaufen ist.

Aber es ist klar: Solche Dinge dauern. Die Installation einer neuen Ausbildungsform zeitigt natürlich erst in einigen Jahren Wirkung. Deswegen brauchen wir einen Mix von kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen. Eine kurzfristige Entlastung könnte z. B. dadurch entstehen, dass Erzieherinnen und Erzieher, die aktuell nicht mehr im Beruf arbeiten, wieder zurückgewonnen werden.

Man könnte darüber nachdenken, dass teilzeitbeschäftigte Arbeitskräfte ihre Arbeitszeiten verlängern, und man sollte vor allem dafür sorgen, dass die ausgebildeten Fachkräfte beim Übergang auch wirklich in diesem Feld landen und dass die Fachkräfte diese Ausbildung nicht einfach nur als Durchgangsstation nutzen.

Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, muss der Erzieherberuf endlich durch eine bessere Bezahlung aufgewertet werden – auch für Männer.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich möchte mit dem Appell schließen, sich dieser Mammutaufgabe gemeinsam zu stellen – Bund, Land, Kommunen und Träger – und da mit Power, mit Kreativität und ohne bürokratische Fallstricke heranzugehen.

Professor Rauschenbach, der Direktor des Deutschen Jugendinstituts, drückt es so aus:

Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ist das ehrgeizigste familienpolitische Ziel der letzten 30 Jahre. Es darf nicht scheitern.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wald das Wort.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Staatssekretär Dr. Mentrup, ich darf Ihnen heute zu Ihrem Ehrentag, zum Geburtstag gratulieren. Ich wünsche Ihnen Gesundheit und Gottes Segen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das wünschen wir auch!)

Aber leider kann ich es Ihnen nicht ersparen, heute an Ihrem Ehrentag Ihre Arbeit ein klein wenig zu kritisieren.

Die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft stellen die Familien und insbesondere die Frauen vor wachsende Herausforderungen. Die CDU-Landtagsfraktion erkannte schon in den zurückliegenden Jahren die Notwendigkeit, die Stellung der Frauen sowie ihre Chancen in Gesellschaft und Beruf, Wirtschaft und Politik weiter zu verbessern.

(Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD – Unruhe)

Familien sollen die Freiheit haben, sich für den von ihnen gewollten Lebensentwurf selbstbestimmt entscheiden zu können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

(Tobias Wald)

Dazu gilt es seit Jahren die Rahmenbedingungen anzupassen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern. Frauen und Männer sollen die Möglichkeit haben, in ihrer Rolle als Mutter bzw. Vater einen Beruf zu ergreifen und sich in ihrer Rolle als Berufstätige für die Familie und insbesondere für Kinder entscheiden zu können. Das ist nicht nur unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten unerlässlich, sondern auch gesellschaftspolitisch geboten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist und bleibt eine der zentralen Zukunftsaufgaben unseres Landes.

Ab dem 1. August 2013 wird der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder zwischen dem vollendeten ersten und dem vollendeten dritten Lebensjahr gelten. Die damalige, CDU-geführte Landesregierung hat seinerzeit sofort vorausschauend reagiert und gemeinsam mit den Kommunen – den kommunalen Landesverbänden – im Dezember 2007 einen konkreten und verbindlichen Fahrplan zur Erfüllung des Rechtsanspruchs verabschiedet.

Bereits in der Vergangenheit hat das Land die Kommunen bei ihren Anstrengungen zum Ausbau der Kita-Plätze unterstützt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie wollten doch klagen!)

Mit der Qualitätsoffensive Bildung wurde von der damaligen Landesregierung eine Initiative für die Kleinkindbetreuung gestartet, von der wir heute noch profitieren, Frau Sitzmann.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Was?)

Sie hatte u. a. folgende Inhalte: detaillierte Bedarfsanalyse im Bereich der Kita-Plätze, Stufenplan zum Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige, Konzept zur Deckung des Bedarfs an zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern in Höhe von ca. 7 300 Stellen. Meine Damen und Herren, wir waren in Baden-Württemberg auf einem guten Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das glaubt Ihnen nicht einmal Ihre Fraktion!)

Es gibt ein solides und gutes Fundament, Herr Kollege, auf dem Sie nun aufbauen können. Die frühere Landesregierung hat nach dem alten Stand die Hausaufgaben gemacht. Sie, Frau Ministerin – ich vermisse sie heute Morgen bei dieser wichtigen Debatte –, haben als damalige Bildungsbürgermeisterin von Mannheim die Hausaufgaben nicht gemacht.

(Abg. Konrad Epple CDU: Das ist richtig!)

Unter den fünf größten Städten im Land, meine Damen und Herren, war Mannheim mit einer Betreuungsquote von 19 % im Jahr 2010 absolutes Schlusslicht.

(Unruhe – Abg. Katrin Schütz CDU: Das gute Fundament! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie hieß diejenige, die dort verantwortlich war? Wie hieß die Frau?)

– Das war die Frau Ministerin.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ah ja!)

In Stuttgart lag die Betreuungsquote im Jahr 2010 bei 27 %. Hierauf kann Herr Kuhn einmal aufbauen. In Karlsruhe lag die Betreuungsquote bei 23 %, in Heidelberg bei 36 % usw.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Welche Stadt liegt denn vorn?)

– Tübingen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Zurufe von den Grünen: Ah!)

Herr Kollege, Tübingen gehört aber nicht zu den fünf größten Städten in Baden-Württemberg. Hören Sie also bitte zu.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wie sieht es nun zwei Jahre später aus, im Jahr 2012? Meine Damen und Herren, wir müssen feststellen: Herr Staatssekretär Dr. Mentrup hat seine Hausaufgaben nicht gemacht.

(Zuruf von der SPD: Na, na, na!)

Im Juni dieses Jahres verkündete der Herr Staatssekretär, dass die Finanzmittel des Bundes für den Ausbau der Kita-Plätze angeblich ausgeschöpft seien. Zwei Wochen später hieß es, dass die vom Bund bereitgestellten Mittel nicht abgerufen worden und die Töpfe noch gefüllt seien. Verkehrte Welt, sage ich da nur.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das ist gar keine verkehrte Welt!)

Im August dieses Jahres, Herr Heiler, einigten sich die Bundesregierung und die Bundesländer auf einen zusätzlichen Finanzierungspakt in Höhe von 580 Millionen € für den Ausbau der Kleinkindbetreuung. Aus diesem Pakt soll Baden-Württemberg 78 Millionen € erhalten. Das sind Finanzmittel für 4 000 Kita-Plätze.

Anstatt aber die Ärmel hochzukrempeln und den Ausbau weiter voranzutreiben, jammert man, es sei zu viel Bürokratie damit verbunden. Dabei saßen Sie, Herr Staatssekretär, bei der Vereinbarung der Auszahlungsbedingungen am 16. August dieses Jahres mit am Verhandlungstisch oder ließen sich zumindest von Ihrer Amtschefin vertreten. Es beschleicht mich der Verdacht, dass unsere derzeitige Regierung bei der Vereinbarung nicht aufgepasst hat. Jetzt versucht sie, davon abzulenken, und beklagt, dass das Land einen Nachweis über die Mittelverwendung erbringen muss.

Als Finanzpolitiker sage ich Ihnen: Es ist richtig, dass die öffentliche Hand weiß, was mit den Fördergeldern geschieht, und die Länder Rechenschaft über die erhaltenen Zahlungen abgeben.

(Zuruf: Die Kommunen auch!)

Meine Damen und Herren, die Umsetzung des Rechtsanspruchs zum 1. August 2013 ist, wie es Kollege Bayer schon gesagt hat, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Bund, Land und Kommunen. Dabei müssen wir alle an einem Strang ziehen. Die Bevölkerung in unserem Land braucht und will Lösungen und keine Schuldzuweisungen zwischen Bund, Land und Kommunen.

(Tobias Wald)

Übernehmen Sie Verantwortung für unser Land, und arbeiten Sie für unsere Kommunen und vor allem für die Familien und Kleinkinder! Das ganze Jammern bringt nichts, Kita-Plätze müssen her. Baden-Württemberg liegt beim Ausbau von Kita-Plätzen deutlich hinter den Wünschen der Eltern nach Betreuungsplätzen für ihre Kinder zurück,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Warum wohl? – Unruhe bei den Grünen)

so die aktuelle Studie des Deutschen Jugendinstituts in München.

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Was?)

Bei uns in Baden-Württemberg finden demnach 16,2 % der Familien keinen Kita-Platz, weil das Angebot fehlt. Nur in drei Bundesländern ist die Situation noch schlechter.

Mit den von der Bundesregierung zugesagten neuen Mitteln in Höhe von 78 Millionen € können wir diese Lücke schließen, wenn Sie die Gelder abrufen und sich um den Ausbau bemühen.

Unser Blick sollte sich nicht nur auf den Ausbau der Kita-Plätze richten. In meinem Antrag vom Februar dieses Jahres habe ich bereits ein verstärktes Engagement der Landespolitik im Hinblick auf die Qualifizierung der Tageseltern sowie auf die Weiterentwicklung der Erzieherausbildung gefordert. Mit PIA sind wir auf einem richtigen Weg. Hier hat die Vorgängerregierung ein gutes Fundament gelegt, auf dem Sie nun aufbauen können.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Viele Fragen bleiben aber offen, Herr Heiler. Ich fordere Sie von Grün-Rot auf, dem Landtag ein weiterentwickeltes Qualifizierungskonzept für die Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher, aber auch für die Wiedereinsteiger in den Beruf vorzulegen. Wir brauchen dringend jede Fachkraft und müssen sie optimal qualifizieren.

Dazu sind Sie uns bisher die Antworten schuldig geblieben. Es geht um das Wohl unserer Kinder und unserer Familien. Jammern Sie nicht. Freuen Sie sich über die zusätzlichen Mittel des Bundes. Also los! Plätze schaffen und für Qualität sorgen! Wir sind dabei.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Herr Kollege Wald, diese Situation in Baden-Württemberg besteht doch nicht, weil wir seit anderthalb Jahren regieren. Sie haben uns doch dieses Desaster hinterlassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Jahrelang hatte die CDU-geführte Landesregierung kein Engagement an den Tag gelegt, den Ausbau der Kleinkindbetreuung voranzutreiben. Die Kommunen wollten gegen das Land klagen, weil hier kein Engagement vorhanden war. Die damalige Landesregierung hat mehrmals bezweifelt, dass der Rechtsanspruch auf Kleinkindbetreuung tatsächlich gewährleistet werden muss, beispielsweise Herr Kollege Stächele im Jahr 2010 in einer öffentlichen Debatte hier im Landtag. Jetzt sagen Sie, wir wären daran schuld, dass diese Betreuungsplätze hier im Land fehlen. Das ist mir suspekt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Vor einem Jahr hat die Landesregierung unter Grün-Rot einen Pakt mit den Kommunen geschlossen und damit endlich den Kommunen in Baden-Württemberg die Zusage erteilt, dass diese bei der Bewältigung der Betriebskosten nachhaltig unterstützt werden. Diese Zusage, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat den Ball endlich ins Rollen gebracht.

(Abg. Walter Heiler SPD: So ist es!)

Die CDU-geführte Bundesregierung stoppt diesen Ball, bevor er überhaupt in die Nähe des Ziels kommt. So ist die derzeitige Situation bei uns in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Ankündigung von Frau Bundesministerin Schröder, dass hier durch bürokratische Hürden weitere Bremsklötze geschaffen werden sollen, führt in den Gemeinden derzeit zu einer großen Verunsicherung. Viele Kommunen sind doch derzeit in Abstimmungsverhandlungen noch dabei, darüber zu entscheiden, wie sie diese Betreuungsplätze bis zum nächsten Jahr schaffen sollen. Wenn diese Ankündigungen nun zu Verunsicherung führen, was passiert denn dann in den Kommunen? Sollen sie dann lieber die Klagen der Eltern in Kauf nehmen, als am Ende mit den Investitionskosten alleingelassen zu werden? Das kann doch nicht unser Ernst sein. Wir brauchen den Ausbau der Kleinkindbetreuung, und wir brauchen eine breite Unterstützung von Bund, Land und Kommunen, damit wir dieses Ziel bis 2013 erreichen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn diese Ankündigung am Ende dazu führt, dass die Mittel in den Fördertöpfen für Baden-Württemberg gekürzt werden – diese Annahme steht ja derzeit im Raum –, dann wird diese Ankündigung vor allem für die ländlichen Gemeinden den absoluten Dolchstoß bedeuten. Denn in den ländlichen Gemeinden – die großen Gemeinden haben da weniger Probleme; natürlich können sie nicht alle Ansprüche der Eltern befriedigen, aber sie werden den Rechtsanspruch erfüllen – sind wir von der Erfüllung des Rechtsanspruchs noch weit entfernt. Hier benötigen wir das Engagement aller. Wir brauchen das Engagement des Bundes und des Landes, damit die Gelder am Ende ausreichen, um auch hier die Kommunen zu unterstützen und den Ausbau voranzubringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dieses Spiel, das Frau Bundesministerin Schröder angestoßen hat, ist ein Spiel mit den Kommunen und konterkariert

(Sandra Boser)

deren Engagement. Außerdem ist es ein Spiel auf Kosten der Familien.

Sie haben es angesprochen, Herr Kollege Wald und Herr Kollege Bayer: 17 % der Familien in Baden-Württemberg versuchen im Moment vergebens, einen Betreuungsplatz für ihre Kleinkinder zu finden. Das muss geändert werden. Da sind wir gemeinsam gefordert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich kann verstehen, dass das Geld im Haushalt von Frau Bundesministerin Schröder knapp wird, wenn man zu viele konkurrierende Vorhaben auf den Weg bringt; aber es darf am Ende nicht zulasten der Kleinkindbetreuung gehen, sondern dann muss man tatsächlich Prioritäten setzen. Wer sich auf der einen Seite für das Betreuungsgeld verkämpft, darf auf der anderen Seite nicht riskieren, dass die Kleinkindbetreuung auf der Strecke bleibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Diese Situation geht völlig an der Realität der Eltern, geht an der Realität der Wirtschaft und geht an der Realität der Sozialverbände vorbei. Die Familien brauchen die Kleinkindbetreuung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die Wirtschaft braucht die Plätze, um die Fachkräfte zurück in die Firmen zu bekommen. Die Sozialverbände fordern die Kleinkindbetreuung, um eine bessere Unterstützung von unten herzustellen. Alle sind sich einig, dass das Ziel der Kleinkindbetreuung erreicht werden muss – außer der CDU.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Georg Wacker CDU: Was? – Abg. Georg Wacker CDU schüttelt den Kopf.)

– Doch, Herr Kollege Wacker. Sie können da gern den Kopf schütteln. Aber die Bundesregierung legt derzeit ein gebremstes Engagement an den Tag.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Wir brauchen das Geld, um die Investitionskosten zu stemmen, aber es geht nicht an, die Bereitstellung des Geldes an die momentanen Bedingungen zu knüpfen,

(Abg. Georg Wacker CDU: Natürlich!)

weil dann am Ende das Engagement der Kommunen ausbleiben wird und sie mit den Einzelinvestitionen überfordert sein werden. Da sind Sie auch aufgefordert, bei Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bund

(Abg. Georg Wacker CDU: Bundestagswahl!)

diese Gelder weiterhin zu fordern und eine Unterstützung für die Gemeinden und Städte in unserem Land herzustellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es wäre in diesem Zusammenhang auch viel besser, Frau Ministerin Schröder würde sich um den Fachkräftemangel kümmern, der hier schon angesprochen wurde. Denn die Herkulesaufgabe in den nächsten Jahren wird sein: Wie schaffen wir

es, die 17 000 fehlenden Fachkräfte in der Kinderbetreuung zu gewinnen? Wie schaffen wir es, diese fehlenden Erzieherinnen und Erzieher in der Kinderbetreuung auszubilden?

(Abg. Georg Wacker CDU: Indem Sie die Qualitäts-offensive Bildung fortsetzen!)

Hierzu brauchen wir Ansätze. Wir haben mit PIA einen ersten Ansatz geschaffen. Die praxisintegrierte Ausbildung schafft neue Personenkreise für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Diesen Ansatz müssen wir weiter ausbauen, und es bedarf auch Ansätze des Bundes, um bei der Lösung dieses Problems voranzukommen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber hier vermisste ich das Engagement. Das, was die Bundesregierung derzeit betreibt, schießt wieder einmal am Ziel vorbei, und es trifft am Ende die Falschen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Mentrup, auch von unserer Seite und von mir persönlich alles, alles Gute zu Ihrem heutigen Geburtstag. Wir wünschen Ihnen auch für Ihre Arbeit Gottes Segen, wo immer diese Arbeit in der Zukunft anfallen möge.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es gibt in der Tat wichtige Gründe, über das Thema Kleinkindbetreuung eine Aktuelle Debatte im Parlament abzuhalten. Daher bin ich Ihnen, Herr Bayer, sehr dankbar – erstens dafür, dass wir diese Aktuelle Debatte heute führen können, und zweitens auch für Ihre sachlichen Hinweise.

Fakt ist: Baden-Württemberg ist zurzeit – wir haben das ja jetzt schon gehört – Schlusslicht beim Abrufen der Bundesmittel für den Ausbau der Betreuungsplätze. Bislang sind – Stand 9. Oktober dieses Jahres – nur 55,1 % der auf Baden-Württemberg entfallenden Mittel abgerufen worden.

Damit ist zwar das letzte Wort noch nicht gesprochen, denn die Mittel müssen ja erst bis Ende Juni 2014 abgerufen sein. Aber diese Nachricht sollte uns Mahnung und Ansporn sein, für den weiteren Ausbau der Betreuungsplätze bei den kommunalen, kirchlichen und freien Trägern zu werben.

Insofern erwarte ich von der Landesregierung, dass sie überprüft, wo gegebenenfalls noch Hindernisse aus dem Weg zu räumen sind. Das wäre aus Sicht der FDP/DVP die dringende Aufgabe der Landesregierung.

Wenn nun eine Fraktion, die die Landesregierung mitträgt und die zudem noch die für Kinderbetreuung zuständige Kultusministerin stellt, diese Aktuelle Debatte zum Thema Kinderbetreuung beantragt, wäre zu erwarten, dass wir heute darüber diskutieren und von dieser Fraktion vielleicht auch ein paar Worte dazu hören, wie wir in Baden-Württemberg mit dem Ausbau der Betreuungsplätze tatsächlich vorankommen

(Dr. Timm Kern)

können. Schließlich ist ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot an U-3-Betreuungsplätzen gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich unerlässlich. Das Stichwort „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist ja von meinen Vorrednern schon angesprochen worden.

Wissen Sie, wir diskutieren im Wissenschaftsausschuss sehr häufig und über alle Parteigrenzen hinweg darüber, dass es bedauerlich ist, dass wir z. B. zu wenig Professorinnen haben. Aber in diesem Bereich könnte die Landesregierung mehr tun. Es gibt Programme, um das auch finanziell entsprechend zu fördern. Mehr als warme Worte von sich zu geben hat die Landesregierung in diesem Bereich noch nicht getan.

Mir drängt sich in dieser Debatte leider auch der Eindruck auf, dass es hauptsächlich darum geht, die Bundesregierung zu kritisieren und ihr schon einmal den Schwarzen Peter zuzuschieben

(Widerspruch bei den Grünen)

für den Fall, dass es bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen U-3-Platz im nächsten Jahr zu Schwierigkeiten kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Sie wissen vielleicht, dass sich die FDP klar zu einem Wettbewerbsföderalismus im Bildungswesen mit klaren Zuständigkeiten bekennt und Mischfinanzierungen für sehr problematisch hält. Ein sehr gutes Beispiel – das heißt in diesem Fall, ein sehr negatives Beispiel – haben wir vorliegen: Wenn keine klaren Verantwortlichkeiten bestehen, bricht schnell die Suche nach dem Schwarzen Peter aus, statt sich der Verantwortung zu stellen.

Nun hat der Bund – wir haben es gehört – weitere 580 Millionen € für bundesweit 30 000 zusätzliche U-3-Betreuungsplätze bereitgestellt. Hinzu kommen ab dem Jahr 2015 75 Millionen € jährlich. Sie von Grün-Rot, insbesondere Sie, Frau Boser, wundern sich nun, warum der Bund auf einem Verwendungsnachweis für diese Mittel besteht.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dabei ist diese Situation eine logische Folge der Mischfinanzierung bzw. der geteilten oder gemeinsamen Verantwortlichkeiten. Wenn der Bund schon in diesem Umfang Geld für einen bestimmten Zweck bereitstellt, dann hat er doch auch den berechtigten Wunsch, zu erfahren, was damit eigentlich geschieht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn ich es richtig verstanden habe, ist der eigentliche Stein des Anstoßes nicht der Bericht darüber, wo und wie die Kita-Plätze entstanden sind, sondern eine damit verbundene Erhebung des tatsächlich bestehenden Bedarfs. Hier stellt sich für meine Fraktion schon die Frage: Warum scheut die grün-rote Landesregierung an dieser Stelle Transparenz?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fehlanzeige!)

Natürlich kann es passieren, dass Baden-Württemberg vielleicht einmal keinen Medaillenrang belegt, anders als dies im Schulbereich – noch – der Fall ist. Aber gerade weil Baden-Württemberg insgesamt – das haben Sie zu Recht angesprochen – von einer niedrigen Betreuungsplatzquote aus gestartet ist, gilt es doch, seine Leistungen relativ am Fortschritt zu messen.

Die Angelegenheit mag im Grunde auch ein verkorkstes Verhältnis der grün-roten Landesregierung zu Leistung und Leistungsmessung offenbaren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Leistung misst und vergleicht man deshalb, weil man Stärken und Schwächen identifizieren und Letztere dann aufarbeiten kann.

Zum Schluss möchte ich noch zwei Punkte ansprechen:

Erstens: Qualität geht vor Geschwindigkeit. Der FDP/DVP-Fraktion ist es wichtig, dass beim U-3-Ausbau vor allem auf die Qualität geachtet wird.

Zweitens: Vergesst die Tageseltern nicht!

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Diese Betreuungsform hat ihre Stärken in Flexibilität

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und Individualität.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir Liberalen treten dafür ein, die Form der Betreuung durch Tageseltern als gleichwertig anzuerkennen und entsprechend zu fördern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mentrup das Wort.

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Gern nehme ich für das Kultusministerium und die Landesregierung zu diesem Thema Stellung.

Ich möchte mit Folgendem beginnen, sehr geehrter Herr Wald: Bei der Begründung, warum wir überhaupt über diese Investitionsprogramme sprechen und den U-3-Bereich noch etwas weiter auffächern, geht es nicht nur darum, dass auch Frauen ein Anrecht bekommen sollen, sich beruflich weiterzuqualifizieren, überhaupt beruflich weiter tätig bleiben zu können. Vielmehr hat das von der Logik her auch etwas damit zu tun,

(Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

dass man das ursprüngliche Erziehungsgeld, das insgesamt drei Jahre ausgezahlt wurde, auf zwölf plus zwei Monate Elterngeld reduziert hat. Deshalb stand die Bundesregierung im letzten Jahrzehnt vor der Aufgabe, zu erklären, wie es anschließend weitergehen soll.

Daher geht es an dieser Stelle auch um den unmittelbaren kausalen Zusammenhang zwischen einem Rechtsanspruch mit der Vollendung des ersten Lebensjahrs und einer staatlichen Transferleistung zur Unterstützung von Familien, die eben nach zwölf bzw. 14 Monaten aufhört. Das ist eigentlich die Grundlage all dieser Diskussionen, weil der Staat in der Pflicht steht, eine durchgängige Förderung der Familien sicherzustellen. Das ist an dieser Stelle auch wichtig.

Wichtig ist ferner, dass es eben nicht nur darum geht, dass die Frauen oder auch die Männer weiter berufstätig sein sollen. Vielmehr geht es auch darum, dass unser Rentensystem, unser Versorgungssystem es zunehmend erforderlich macht, möglichst lange eigene Einzahlungszeiten zu erreichen. Wenn Sie sich die entsprechende Versorgung nach Scheidungen oder nach dem Tod eines Ehepartners, einer Ehepartnerin anschauen, wenn Sie vergleichen, wie sie heute gewährleistet wird und wie sie ursprünglich einmal gewährleistet wurde, dann merken Sie, dass man ohne eigene Rentenansprüche große Gefahr läuft – sofern das Ehepaar nicht immer zusammenbleibt oder zusammenbleiben kann –, von Altersarmut bedroht zu werden. Daher hat das Thema „Frühzeitige Aufnahme der Beschäftigung“ auch etwas mit Sozialpolitik zu tun und ist ein Instrument gegen Altersarmut. Auch das ist in diesem Zusammenhang wichtig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die wirtschaftspolitischen Aspekte sind genannt. Aber ich will noch einmal auf eines hinweisen. Es gibt gute Studien, die sehr deutlich machen: Je länger man wegen einer Familienphase aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist, umso schwieriger wird es von der Qualifikation her, aber auch, was die Bezahlung und die mögliche Karriere betrifft, wieder einzusteigen. Und es wird insgesamt noch schwieriger, wenn man nur eine niedrige Qualifikation oder einen niedrigen Abschluss hat, über zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen doch noch den Anschluss zu bekommen. Daher hat das Ganze nicht nur unter dem Aspekt des Fachkräftebedarfs, sondern auch unter dem Aspekt einer möglichst optimalen Förderung und einer größtmöglichen Abbildung von Talenten, Fähigkeiten und Qualifikationen der einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas mit Wirtschaftspolitik zu tun.

Ich kann es jetzt noch um den bildungspolitischen Aspekt ergänzen. Da möchte ich Sie wirklich einladen, das Thema „Wahlfreiheit zwischen Erziehung zu Hause und Erziehung und Bildung in einer Kindertagesstätte“ vielleicht doch einmal unter folgendem Aspekt zu betrachten: Die Familie ist für das Kind immer die am stärksten prägende Umgebung, aber eine zusätzliche institutionelle oder auch andere Kinderbetreuung außerhalb des Hauses ist ein zusätzliches Bildungs- und Erziehungsangebot, das auch für die Kinder deutlich etwas bringt, die von Haus aus gut versorgt sind.

Deswegen lassen Sie uns bitte aufhören, an dieser Stelle immer von dem Entweder-oder zu sprechen. Stattdessen sollten wir sagen: Jeder sollte die Möglichkeit haben, frühzeitig be-

ruflich wieder einzusteigen; aber jeder sollte auch die Möglichkeit haben – egal, ob er sie nutzt oder nicht –, sein Kind an dieser zusätzlichen Bildungschance teilhaben zu lassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

– Kein Vorwurf an Sie. Das hat mit Ihnen jetzt nichts mehr zu tun, Herr Wald. Entschuldigung.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wenn Sie sich dann jedoch die Anreize durch das Betreuungsgeld anschauen, stellen Sie fest, dass genau an dieser Stelle ein falscher Anreiz gesetzt wird. Denn es wird immer der Eindruck erweckt, es ginge nur um ein Entweder-oder, und es wird nicht diskutiert und erkannt, dass in jedem Fall eine institutionelle Betreuung bzw. eine außerhäusliche Betreuung – ich will die Tageseltern ausdrücklich hinzunehmen – ein zusätzliches Bildungsangebot ist, das auch den leistungsstarken Kindern hilft, das aber natürlich für die Kinder umso wichtiger ist, die von Haus aus keine entsprechende Begleitung und Förderung bekommen.

Daher ist das Betreuungsgeld fatal. Unter dem scheinbaren Argument einer Wahlfreiheit wird sozialpolitisch, wirtschaftspolitisch, bildungspolitisch und für die mögliche Entwicklung der einzelnen Personen – ich meine sowohl das Kind als auch den Elternteil – der falsche Anreiz gesetzt. Ich möchte dazu einladen, dass wir das einmal gemeinsam in dieser Gesamtkomplexität diskutieren und vor allem dem Bund gegenüber spiegeln.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Jetzt kommen wir zu den Zahlen, die hier schon heftig diskutiert wurden. Dem Land Baden-Württemberg stehen aus der ersten Tranche der Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 bis 2013 297 Millionen € zur Verfügung. Bei den Regierungspräsidien sind bisher schon Anträge in Höhe von insgesamt 343 Millionen € eingegangen. Entscheidend sind jedoch am Ende der Bewilligungszeitpunkt und die Bewilligungssumme.

(Zuruf: Genau!)

Die Bewilligungssumme liegt schon bei 278 Millionen €. Damit sind bereits heute 93,7 % der Baden-Württemberg zustehenden Mittel über Bewilligungen gebunden. Daher hätten wir auch überhaupt keine Probleme mit der Forderung der Bundesregierung, bis Ende des Jahres für 90 % schon eine Bewilligung nachzuweisen. Denn wir liegen mit den 93 % heute schon darüber.

Wenn die Auszahlung – ich glaube, Herr Dr. Kern hat es angesprochen – im Moment nur bei 55 % der Mittel liegt, dann hat das etwas damit zu tun, dass zwischen der Bewilligung und der Auszahlung erst einmal gebaut werden muss.

(Zuruf: Genau!)

Deshalb schrecken uns diese 55 % überhaupt nicht. Wir sind sicher, dass die verantwortlichen Träger es schaffen werden, bis zum 31. Dezember 2013 auch den Bau abzuwickeln und die Abrechnung vorzunehmen. Insofern ist entscheidend, dass

(Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

93,7 % der zur Verfügung stehenden Mittel durch Bewilligungen gebunden sind, und nicht die Höhe der aktuell schon abgerufenen Mittel.

Am Antragsvolumen von 343 Millionen € können Sie jedoch ablesen, dass wir dringend zusätzliches Geld brauchen, um dieses Programm weiterzuführen. Da sind diese 78 Millionen € für Baden-Württemberg eine ganz wichtige Ergänzung. Aber auch an dieser Stelle ist deutlich festzustellen, dass diese 78 Millionen € nicht aufgrund der Erkenntnis des Bundes bereitgestellt werden, dass wir hier mit den vorgegebenen Mitteln nicht ausreichend zurechtkommen, sondern sie resultieren aus einer klaren politischen Aushandlung im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt. Daher sollte Frau Schröder den Ländern jeden Tag dafür die Füße küssen, dass die Länder es erreicht haben, hier noch zusätzliches Geld des Bundes abzurufen,

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

und ihr hiermit die peinliche Erkenntnis im nächsten Sommer ersparen, dass alles hinten und vorn nicht ausreichend berechnet war. Stattdessen überzieht sie uns aber mit Forderungen nach zusätzlichen Berichtspflichten und vielen anderen Abrechnungsmodalitäten. Das ist das, was die Länder an dieser Stelle – und zwar parteiübergreifend – ärgert und was sie auch zu Recht als unzumutbar bezeichnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Da, werter Herr Kollege Wald, geht es überhaupt nicht darum, dass irgendein Bundesland etwas dagegen hätte, eine sachgerechte Verwendung der Mittel nachzuweisen.

Für die Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms 2008 bis 2013 ist in einer zwischen den Bundesländern und der Bundesregierung ausgehandelten Verordnung genau festgelegt, zu welchen Zeitpunkten es welche Berichtspflicht gibt.

Es kann nicht sein, dass Frau Schröder beispielsweise im Mai oder Juni sagt, sie wolle bis Ende September zusätzliche Berichte, sonst werde sie die Auszahlung der Mittel stoppen. Das kann sie gar nicht. Deswegen ist dieses Ultimatum verpufft, ohne dass irgendetwas passiert wäre. Sie kann zwar sagen: „Die Verordnung, die wir damals gemeinsam beschlossen haben, möchte ich aufheben und neu verhandeln.“ Sie kann aber nicht von sich aus einfach Elemente dieser gemeinsam vereinbarten Verordnung plötzlich für nichtig erklären und zusätzliche Bedingungen stellen. Darum geht es.

Nach der derzeitigen Vorlage möchte man über die Bewilligung der zusätzlichen Mittel in Höhe von 78 Millionen € für Baden-Württemberg bzw. in Höhe von 580 Millionen € bundesweit noch zusätzliche Berichtspflichten auch für das zurückliegende Programm einführen, und zwar zum Teil Berichtspflichten, die wir nur unter Betrachtung jedes Einzelfalls und einer erneuten Eingabe jedes Einzelfalls in eine neue Statistik überhaupt bewältigen können. Das ist Schikane und hat mit einem angemessenen Umgang als gleichwertige Partner in der Umsetzung dieses Programms nichts zu tun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Für die neuen Investitionsmittel schlagen die Bundesländer vor, zu vier Berichtszeitpunkten zu kommen. Das halten wir

für angemessen. Frau Schröder erwartet, dass wir jetzt monatlich exakt darüber berichten: Welche Mittel sind neu beantragt? Welche Mittel sind neu bewilligt? Welche Mittel sind neu abgerechnet? Das halten wir auch für Schikane. Denn es ist nicht erkennbar, warum ein monatliches Abrufen dieser Daten eine andere bzw. bessere Steuerung möglich macht, als wenn wir uns alle drei Monate einmal bundesweit zusammensetzen und über die entsprechenden Ergebnisse diskutieren. Auch das ist etwas, was wir als Schikane empfinden.

Man hat hier eben nicht den Eindruck, meine Damen und Herren, dass das Land bzw. die Länder im Moment die Annahme von Mitteln verweigern, um dann den Schwarzen Peter im nächsten Sommer woanders zu suchen. Es wäre absurd, wenn wir uns erst diese Mittel über den Fiskalpakt herauspressen und anschließend deren Annahme verweigern würden, um den Schwarzen Peter beim Bund zu lassen. Dann hätten wir das Geld ursprünglich gar nicht herauszupressen brauchen. Dann hätten wir es einfach laufen lassen können, und es wäre klar gewesen, wer den Schwarzen Peter hat.

Nur: Über diese Schikanemethoden versucht man uns am Ende als diejenigen darzustellen, die nicht bereit gewesen wären, hier eine transparente Abrufung und einen transparenten Einsatz der Mittel zu organisieren, und sich im Grunde verweigert hätten. Da ist das Schwarzer-Peter-Spiel im Moment in der anderen Richtung unterwegs.

Wir sollten alles daransetzen – über alle politischen Kanäle, die wir haben –, dass es am Ende im Bundesrat im Dezember hierbei doch zu einer Einigung kommt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Denn wenn wir erst einmal im Vermittlungsausschuss gelandet sind, dann zieht sich diese ganze Sache wirklich weit hin. Ich bin sehr froh, dass mittlerweile auch die Ministerpräsidenten in das Thema eingestiegen sind – Ministerpräsident Beck federführend für die A-Länder und auch für andere, denn hinter den Anträgen und den Kritiken stehen auch ganz viele B-Länder – und man jetzt noch einmal versucht, auf höchster Ebene eine Einigung zu erzielen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer hat jetzt den Schwarzen Peter?)

Darüber hinaus gibt es unseren Wunsch nach einer Fristverlängerung. Es macht aus unserer Sicht wenig Sinn, dass die Frist zur Abrechnung der ersten 297 Millionen € bis 31. Dezember 2013 und die Frist zur Abrechnung der neu bereitgestellten 78 Millionen € bis 31. Dezember 2014 läuft. Wir schlagen stattdessen eine Harmonisierung dieser Fristen, natürlich zu dem späteren Zeitpunkt, vor. Das würde bei vielen Trägern das Risiko minimieren, dass sie möglicherweise dann am Ende allein aus Bauverzögerungsgründen, für die sie nichts können, Schwierigkeiten bekommen, ihre Abrechnung darzustellen.

Eine Fristenharmonisierung würde uns auch den Umgang mit den verschiedenen Anträgen erleichtern. Denn es ist wichtig, dass diese zusätzlichen Mittel nur für Projekte zur Verfügung stehen, bei denen der Baubeginn nach dem 1. Juli 2012 erfolgt ist. An dieser Grenze haben wir bei dem einen oder anderen Projekt im Moment noch ein bisschen Zuordnungsschwierig-

(Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

keiten. Wenn die Abrechnungspflicht für alle am Ende gleich wäre, hätten wir diese Schwierigkeiten nicht. Daher wäre das auch eine ganz wichtige Forderung.

Darüber hinaus gibt es noch ein weiteres Kriterium, das zwar für Baden-Württemberg unproblematisch ist, das aber manchen neuen Bundesländern die Sachlage etwas erschwert. Man muss nachweisen, dass die Bundesmittel im Bereich des Investitionsprogramms maximal 54 % der investiven Gesamtkosten für diese Plätze ausmachen. Baden-Württemberg liegt bei dieser Berechnung bei 38 %, also deutlich darunter. Daher ist das ein Kriterium, das von den Ländern kritisch gesehen wird, das sich aber, so es denn eingeführt wird, nicht negativ auf Baden-Württemberg auswirken wird.

Insofern kämpfen wir im Moment darum, dass man uns keine bürokratischen Schikanen in den Weg wirft. Wir kämpfen aber vor allem und zuvorderst darum, im Laufe des Kalenderjahrs noch eine Einigung zu erzielen. Denn die Träger bekommen zum großen Teil seit Mitte des Jahres ihre Bewilligung nur noch unter Vorbehalt. Wir müssen dringend zum 1. Januar 2013 das Signal setzen können: Das Geld wird fließen, der Vorbehalt kann zurückgenommen werden, und jetzt können wir zur Auszahlung der Mittel für die Schaffung dieser zusätzlichen U-3-Betreuungsplätze kommen.

Jetzt will ich noch kurz etwas zum Bedarf sagen. Es wird immer von einer Bedarfsquote von 34 % gesprochen. Wir alle wissen, das ist regional sehr unterschiedlich verteilt. Diese 34 % waren noch nie eine besonders valide Größe, sondern hatten auch etwas mit der Gesamtfinanzierung durch den Bund zu tun und mit der Zahl der Krippenplätze, die man dann mit diesen Mitteln überhaupt darstellen kann. Da ist man dann auf eine bundesweite Größenordnung von 34 % gekommen.

Wir bekommen jetzt Ergebnisse aus Bedarfserhebungen unterschiedlicher Qualität aus verschiedenen Städten und Gemeinden. Es ist die Aufgabe der Städte und Gemeinden, eine Bedarfsplanung zu machen; das ist nicht Aufgabe des Landes. Das erschwert es dann, auf die zusätzlichen Bedingungen einzugehen wie die Forderung der Bundesregierung, dass wir, das Land, jetzt auch noch eine exakte Bedarfsplanung für das ganze Land erheben und umsetzen. Es ist kein böser Wille, dass wir das nicht tun, sondern wir haben schlichtweg nicht die Instrumente dafür und sind auch aktuell nicht zuständig. Daher, meine Damen und Herren, hat auch das nichts damit zu tun, dass wir nicht bereit wären, hier in eine transparente Steuerung zu gehen, sondern es ist sowohl von der Zuständigkeit als auch vom Instrumentarium her im Moment eigentlich überhaupt nicht möglich.

Wichtig sind die Ergebnisse einer ersten repräsentativen Regionalbefragung des Deutschen Jugendinstituts, die uns schon als Vorexemplar vorliegt. Dieses Institut hat eine Befragung unter 860 Eltern in Baden-Württemberg vorgenommen, und diese Eltern haben einen Bedarf von 37,2 % angemeldet. Die Stichprobe von 860 Eltern in Baden-Württemberg finde ich jetzt nicht so „rasant“. Insofern möchte ich ein kleines Fragezeichen dahinter machen. Aber 37,2 % sind eine gewisse Zielgröße, deren Erreichen wir uns bei großer Anstrengung zum nächsten Jahr vorstellen können, nach alledem, was wir von den Kommunen an Anträgen bekommen und was sie an Aufwand geltend machen. Diese Quote entspricht auch in etwa dem gemittelten Bedarf, wenn man die Rückmeldungen

aus den einzelnen Gemeinden, Landkreisen und Städten zusammenfasst.

Noch ein Wort zum Fachkräftebedarf: Ich kann nicht erkennen, wo wir nicht jede Möglichkeit genutzt hätten, die Zahl der Fachkräfte zu erhöhen. 2007 gab es in Baden-Württemberg noch 46 201 Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen, 2011 waren es schon 58 488. Hier sage ich ausdrücklich, dass auch die Bemühungen der Vorgängerregierung schon Wesentliches zu dieser Steigerung beigetragen haben. Wir setzen das fort, indem wir durch PIA eine neue, anders organisierte und für bestimmte Zielgruppen interessantere Ausbildungsform anbieten. Wir werden für Wiedereinsteiger ein landesweit einheitliches Qualifizierungsprogramm anbieten und mit verschiedenen Trägern umsetzen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte verlegen Sie Ihre Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Unbedingt! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Wir diskutieren mit den Trägern, wie es vielleicht besser gelingen kann, auch ältere Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten zu halten. Sie müssen nämlich zur Kenntnis nehmen, dass über 20 000 der derzeit etwa 60 000 Erzieherinnen und Erzieher schon älter als 45 Jahre sind. Wenn Sie berücksichtigen, dass eine Erzieherin im Durchschnitt mit 59 Jahren mit ihrer Arbeit aufhört, dann lohnt es sich, auch zu schauen, wie wir diese 20 000 Erzieherinnen und Erzieher im Durchschnitt länger als bis zum Alter von 59 Jahren in den Einrichtungen halten können. Das ist etwas, was uns die Industrie in vielen Bereichen auch schon vorzumachen beginnt. Im Bereich der Kinderbetreuung sind die Überlegungen hierzu bislang noch nicht ausreichend. Auch diese Maßnahme dürfte und sollte jedoch dazu beitragen, den Fachkräftebedarf an dieser Stelle zu decken.

Ein Letztes: In diesem Sommer ist im Zusammenhang mit der Insolvenz der Firma Schlecker viel über die ehemaligen Schlecker-Mitarbeiterinnen und Schlecker-Mitarbeiter gesprochen worden, die man – möglichst bundesweit gesteuert – in den Erzieherinnen- bzw. Erzieherberuf lotsen möchte. Auch von vielen anderen Fachkräften ist in diesem Zusammenhang gesprochen worden, die für diesen Berufszweig ebenfalls zur Verfügung stehen könnten, sofern sie angemessener gefördert und umgeschult würden. Hier hat es viele Diskussions- und Verhandlungsrunden zwischen den Bundesländern und der Bundesregierung, vor allem dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, gegeben.

Das Vorhaben scheitert im Moment daran, dass es noch nicht gelungen ist, wirklich durchgreifende Programme aufzulegen. Denn das Bundesministerium weigert sich weiterhin, Umschulungs- und Qualifizierungsangebote zu akzeptieren, die nicht zuvor im Rahmen einer entsprechenden Zertifizierung abgenommen worden sind. Es gibt bislang nur ein Bundesland, das für seine Weiterbildungseinrichtungen diese Zertifizierung hat. Alle anderen Bundesländer bzw. alle Menschen,

(Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

die in diesen Bundesländern solche Angebote dringend brauchen, sind von einer öffentlichen Förderung dieser Maßnahmen über die Arbeitsagentur ausgeschlossen.

Ich kann an dieser Stelle einfach nur appellieren, dass hier alle politischen Wege und Möglichkeiten genutzt werden, um diesen Zertifizierungszwang gegebenenfalls für zwei Jahre einmal auszusetzen, damit für die betreffende Personengruppe ein Einstieg in dieses System ermöglicht werden kann. Es ist nicht nachvollziehbar, dass man im Anschluss an eine staatlich anerkannte Erzieherinnenausbildung an einer Fachschule für Sozialpädagogik in den Beruf einsteigen kann, während dasselbe Bildungsangebot einer Fachschule für Sozialpädagogik nicht gefördert wird, wenn es sich dabei um eine Umschulungsmaßnahme handelt. Im letztgenannten Fall wird eine besondere Zertifizierung vorausgesetzt. In der fachlichen Betrachtung macht dies überhaupt keinen Sinn.

Daher kann ich nur appellieren: Lassen Sie uns diesen Zertifizierungszwang zumindest aussetzen. Ich verstehe, dass es schwierig ist, hierfür ein Bundesgesetz ändern zu müssen. Aber ein solcher Schritt würde Hunderten von Menschen den Zugang zu solchen Qualifizierungsmaßnahmen ermöglichen.

Dabei – das sage ich ausdrücklich – wehren sich die Bundesländer einheitlich dagegen, bei der Erzieherinnenausbildung Abstriche zu machen, was den Zeitraum und die Qualität betrifft. Wir würden jedoch gern die gewohnte, dreijährige Erzieherinnenausbildung auch als Umschulungsmaßnahme anbieten können. Da das darin enthaltene Anerkennungsjahr auf dem klassischen Weg finanziell unterstützt wird, würde ein Finanzierungszeitraum von 24 Monaten für diese Umschulungsmaßnahme ausreichen, um die dreijährige Umschulung komplett finanziell zu sichern. Das könnte ein weiterer wichtiger Baustein sein, um den Fachkräftebedarf an dieser Stelle zu decken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit, die Sie mir bei dieser manchmal doch etwas detailreichen und komplexen Materie entgegengebracht haben. Ich stelle fest: Wir sind auf einem guten Weg. Wir haben zusammen mit den Kommunen hier noch einiges zu erbringen, und ich werde die ausdrücklichen Angebote zur Zusammenarbeit, auch vonseiten der Opposition, gern aufnehmen.

Wir werden hier demnächst über den Fachkräftecatalog reden, und ich würde mich freuen, wenn beim Thema Fachkräftecatalog das gemeinsame Bekenntnis zur Umsetzung dieses Weges und zum Erreichen dieser Ziele dazu führen könnte, dass wir hier einmal eine einstimmige Beschlusslage hinbekommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bayer das Wort.

Abg. Christoph Bayer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine kurze Bemerkung zu Ihnen, Herr Wald, bevor ich dann noch auf drei für den weiteren Verlauf der Diskussion wichtige Sachpunkte eingehen möchte.

Herr Wald, eine so vergangenheitsorientierte Beckmesserei, wie Sie sie hier teilweise betrieben haben, führt uns definitiv nicht weiter. Wenn dies dann noch zusätzlich gepaart ist mit einer parteipolitisch bedingten Wahrnehmungsstörung, dann wird es wirklich völlig schräg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich möchte nun aber zu einer Sachlichkeit zurückkehren, wie ich sie mir auch selbst verordnet habe. Zu drei Punkten, die in dieser Diskussion bislang keine Rolle gespielt haben, möchte ich noch Anmerkungen machen.

Erstens: Wir sollten wirklich alles unternehmen, um diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen – die 37 %, die Herr Staatssekretär Mentrup gerade genannt hat, sind ein enorm ehrgeiziges Ziel –, sonst werden wir mit einer Klagewelle überzogen werden. Denn es handelt sich um einen individuellen Rechtsanspruch und nicht um einen Richtwert.

Zweitens: Es gibt eine Gruppe von Kindern, die die Förderung durch institutionelle Kinderbetreuung ganz besonders benötigen. Das wissen wir alle. Das sind Kinder, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft oder aufgrund von Migration einen ganz besonderen Bildungsbedarf haben. Aktuell besuchen nur 12 % der Kinder mit Migrationshintergrund eine Kindertagesbetreuungseinrichtung. Bei Kindern ohne Migrationshintergrund sind es 28 %. Ich meine, wir sollten auch und gerade an diese Zielgruppen denken, insbesondere bei den regionalen Bedarfsplanungen vor Ort. Aber auch politisch heißt das: Betreuungsgeld kippen, in den Ausbau der Kitas und der Kindertagespflege investieren.

Drittens – das meine ich nun sehr, sehr ernst –: Ich hoffe, dass es nicht zu einer zeitweisen Aussetzung dieses Rechtsanspruchs kommen muss. Das hat es bezüglich des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz alles schon gegeben. Ich hoffe, dass es nicht dazu kommen muss. Aber bei allen eventuell damit verbundenen Anpassungsstrategien – Aussetzung, Verschiebung, auch restriktive Auslegung von vielen Gesetzespassagen, die nicht oder noch nicht ausgefüllt sind – muss uns eines beschäftigen: Bei der Beschäftigung mit kleinen Kindern – gerade bei der mit kleinen Kindern – muss die Qualität oberstes Gebot sein. Deswegen dürfen wir auch unter dem Diktat, unter dem Druck, unbedingt und schnell Plätze schaffen zu müssen, nicht die vorhandenen Standards senken.

Ich fasse kurz zusammen: Die Herausforderungen sind riesengroß. Die eingeschlagene Richtung stimmt, wenn auch meines Erachtens das Tempo noch deutlich angezogen werden muss. Alle Beteiligten müssen sich mächtig ins Zeug legen. Unsere Aufgabe als Parlamentarier ist es, bei diesem Prozess für den entsprechenden Rückenwind zu sorgen. Das ins Bewusstsein zu rufen, das war der Sinn dieser Debatte.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wald.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, wir sind uns alle einig – das hat die Debatte auch gezeigt, Herr Bayer –: Der Ausbau der

(Tobias Wald)

Kita-Plätze ist eine gesamtpolitische Aufgabe, der sich alle Politiker in Deutschland stellen müssen.

Nun gibt es aber – diesen Aspekt möchte ich noch einmal beleuchten – 78 Millionen € mehr vom Bund. Teilweise wollen es die Länder nicht, weil sie sagen: zu hohe Bürokratie.

Meine Damen und Herren, die Vereinbarung wurde am 16. August dieses Jahres beschlossen, und an den Auszahlungsbedingungen hat sich seither nichts geändert. Auch für Fördermittel des Landes für Investitionen, an Unternehmer usw. ist ein Nachweis über die Mittelverwendung erforderlich. Das ist verfassungsrechtlich und haushaltstechnisch geboten. Wenn es hier Missverständnisse gibt, müssen wir uns alle an einen Tisch setzen, die Länder und der Bund.

Ich fordere Sie, die Landesregierung, auf, diesen Weg zu beschreiten. Auch wir werden mit dem Bundesfamilienministerium, Herr Dr. Mentrup, Gespräche führen.

Frau Boser, Sie hatten gesagt, die CDU mache Politik gegen die Familien, oder so ähnlich. Ich möchte Ihnen nur sagen: Das Landeserziehungsgeld hat nicht die CDU gestrichen, sondern Grün-Rot. Das muss man auch einmal betonen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Staatssekretär, Sie hatten gesagt, dass die Vorgängerregierung bereits mit der Qualitätsoffensive Bildung einen großen Schritt in die richtige Richtung gegangen ist. Ich möchte nur noch in Erinnerung rufen: Setzen Sie diese damalige Qualitätsoffensive Bildung konsequent um. Gemeinsam mit PIA sind wir dann auf einem richtigen Weg und schaffen es auch, unseren Fachkräftebedarf zu decken.

Ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Unsere Unterstützung haben Sie; das wissen Sie. Im Schulausschuss diskutieren wir oft intensiv. Aber ich denke, wir sind uns einig: Kinder und Familien gehen vor.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben kein Problem mit Mittelverwendungsnachweisen, aber wenn es jetzt zu derartigen Änderungen kommt, dass diese Nachweise monatlich erbracht werden müssen und nicht mehr vierteljährlich, bringt das für das Land und auch für die Kommunen enorme neue Hürden mit sich, sodass diese Bedingungen am Ende nicht unbedingt erfüllt werden können.

Zudem hat Frau Ministerin Schröder für den Fall, dass die Fördermittel bis zum 31. Dezember 2012 nicht zu mindestens 96 % abgerufen worden sind, angekündigt, dass diese Förderpöppe dann gekürzt werden und die nicht abgerufenen Mittel an die anderen Bundesländer verteilt werden. Hiergegen wehren sich die Länder, und sie wehren sich zu Recht.

Eine Bemerkung zu Herrn Dr. Kern: Natürlich gehören die Tageselternvereine bei uns auch dazu. Das haben wir immer wieder betont. Sie spielen bei uns genau die gleiche Rolle. Wir

müssen aber auch da schauen, wie wir es schaffen, mehr Tagesmütter und Tagesväter in die Tageselternvereine zu bekommen. Denn die Zahl der Tageseltern war in den vergangenen Jahren immer annähernd konstant; es gab kein Auf und Ab. Wir liegen nach wie vor auf dem gleichen Niveau. Da braucht es Veränderung.

Noch eine Bemerkung zu Herrn Wald: Ich habe nicht davon gesprochen, dass Sie Politik gegen Familien machen würden. Vielmehr habe ich davon gesprochen, dass Sie derzeit falsche Prioritäten setzen. Wenn Sie auf der einen Seite so vehement das Betreuungsgeld im Bund verteidigen, dann müssen Sie auf der anderen Seite auch vehement den Ausbau der Kindertagesplätze voranbringen, damit es am Ende auch tatsächlich zu einer Wahlfreiheit kommt. Denn diese Wahlfreiheit gibt es derzeit nicht. Wir sind der Auffassung, es muss erst einmal Wahlfreiheit bei den Kinderbetreuungsplätzen geschaffen werden, bevor wir am Ende über ein Betreuungsgeld überhaupt diskutieren können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 der Tagesordnung beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Schaffung einer grundgesetzkonformen Rechtsgrundlage für den Vollzug der Sicherungsverwahrung in Baden-Württemberg – Drucksache 15/2450

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Justizminister Stichelberger.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er steht schon am Rednerpult!)

Justizminister Rainer Stichelberger: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich darf heute den Gesetzentwurf zur Sicherungsverwahrung einbringen.

(Unruhe)

– Herr Präsident!

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, diejenigen, die vorhin gesprochen haben, müssten jetzt darauf achten, dass auch die nachfolgenden Redner Ruhe haben. Insofern würde ich einfach darum bitten, dass die Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals verlegt werden, sodass man dem Herrn Minister zuhören kann. – Bitte.

Justizminister Rainer Stichelberger: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, mit seinem Urteil vom Mai des letzten Jahres hat das Bundesverfassungsgericht die gesetzlichen Regelungen der Sicherungsverwahrung für mit dem Grundgesetz nicht vereinbar erklärt. Zugleich hat es den Bund und die Länder verpflichtet, spätestens bis zum 31. Mai 2013 ein

(Minister Rainer Stichelberger)

freiheitsorientiertes und therapiegerichtetes Gesamtkonzept der Sicherungsverwahrung zu entwickeln.

Das Bundesverfassungsgericht hat dazu klare Vorgaben formuliert. Dem Bund hat es aufgegeben, die wesentlichen materiell-rechtlichen Regelungen zu schaffen und die Leitlinien für den Vollzug vorzugeben, und die Länder sind jetzt aufgerufen, den Vollzug der Sicherungsverwahrung mit eigenständigen Rechtsgrundlagen zu regeln und insbesondere das vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene Abstandsgebot und die intensive Behandlung und Betreuung der Untergebrachten zu berücksichtigen und durch das Gesetz zu gewährleisten.

Damit bundesweit einheitliche Standards gewährleistet sind, hat die Justizministerkonferenz eine Länderarbeitsgruppe eingerichtet, in die wir uns eingebracht haben. Diese hat entsprechende Mustervorschläge für die relevanten Regelungsbereiche erarbeitet. In diesen Mustervorschlägen können wir uns vonseiten des Landes Baden-Württemberg in hervorragendem Maß wiedererkennen. Deshalb können wir uns mit unserem Gesetzentwurf weitgehend an diese Mustervorschläge anschließen.

Der nun vorliegende Gesetzentwurf setzt also die Vorschläge der Arbeitsgruppe in Gesetzesform um und nimmt gewisse Anpassungen vor, wo es länderspezifisch für unsere baden-württembergischen Verhältnisse notwendig ist. Große Spielräume verbleiben uns allerdings unter dem Strich nicht, weil uns die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sehr konkret und ins Einzelne gehend vorgeben, was wir zu regeln haben. Dabei nutzen wir die Spielräume natürlich dafür, die Interessen der Untergebrachten einerseits und die Interessen der Gesellschaft, insbesondere in Bezug auf Sicherheit, andererseits miteinander in Einklang zu bringen.

Der Gesetzentwurf enthält folgende wesentliche Punkte – diese müssen in Zukunft bundesweit Standard sein –: die Verpflichtung zu einem intensiven Behandlungsvollzug auf hohem fachlichen Niveau, eine angemessene Unterbringung und Versorgung der Betroffenen, professionelles Übergangsmangement und Nachsorge sowie eine wirksame Rückfallprävention. Das sind die vier wesentlichen Elemente, die in unserem Gesetzentwurf Berücksichtigung gefunden haben. Oberstes Ziel dieses Gesetzentwurfs ist natürlich der Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Straftätern.

Der Gesetzentwurf soll daher verdeutlichen, dass der Vollzug der Sicherungsverwahrung gerade auf die Minderung der Gefährlichkeit dieser Straftäter hinwirkt. Er muss allerdings auch dem verfassungsrechtlich gebotenen Anspruch der Untergebrachten auf Resozialisierungsmaßnahmen Rechnung tragen, die zu einem straffreien Leben in sozialer Verantwortung befähigen sollen.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass es sich hierbei um Täter handelt, die schwerste Straftaten begangen haben, die allerdings ihre Strafe verbüßt und somit dem Strafanspruch des Staates Genüge getan haben und die, weil sie weiterhin gefährlich sind, in dieser Sicherungsverwahrung untergebracht werden müssen.

Der Entwurf setzt konsequent die vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene Verpflichtung zu einem freiheits- und therapiegerichteten Vollzug um, und zwar für die gesamte Dau-

er der Sicherungsverwahrung, indem ein Anspruch auf wissenschaftlich fundierte Behandlungsmethoden normiert wird. Durch intensive und individuelle Therapie und Motivation soll den Betroffenen eine realistische Entlassungsperspektive geboten werden, soweit dies irgendwie möglich ist. Dazu gehört in dieser Phase natürlich auch die Förderung von Außenkontakten.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass der Gesetzentwurf dem Umstand Rechnung trägt, dass die Untergebrachten keine Strafe mehr verbüßen. Deshalb werden Einschränkungen des Alltagslebens im Abstand zum Strafvollzug auf das Unumgängliche reduziert, wobei die Sicherheit und Ordnung der Vollzugsanstalt natürlich gewährleistet sein müssen.

Eine Arbeitspflicht für die Untergebrachten wird mit diesem Gesetz nicht vorgeschrieben. Sie kennen den Strafvollzug in Baden-Württemberg. Wir haben an dieser Stelle in den Diskussionen gelegentlich deutlich gemacht, dass wir ein hervorragendes Arbeitswesen in den Strafvollzugsanstalten haben und ein großer Teil der Gefangenen auch arbeitet. An diesem grundsätzlichen Anspruch halten wir fest. Dies bietet Gefangenen die Möglichkeit, einen strukturierten Gefängnisalltag zu erreichen und sich durch geregelte Arbeit ein Stück weit auf ihre Entlassung vorzubereiten.

Diese Arbeitspflicht können wir aus verfassungsrechtlichen Gründen für die Sicherungsverwahrten nicht gesetzlich vorschreiben. Die Vollzugsanstalten sollen aber in jedem Fall sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten. Dabei sind wir in Baden-Württemberg ganz gut aufgestellt.

Zu den Beschäftigungsmöglichkeiten, damit die Untergebrachten nach ihrer Entlassung in der Arbeitswelt bestehen und auch legal für ihren Lebensunterhalt sorgen können, gehören natürlich auch schulische und berufliche Bildungsangebote.

Zur Umsetzung des Abstandsgebots, das ich bereits erwähnt habe, werden Arbeitsvergütung, Ausbildungsbeihilfe und Taschengeld gegenüber dem Strafvollzug erhöht.

Unser Gesetzentwurf normiert allerdings auch schon für Strafgefangene mit angeordneter und vorbehaltener Sicherungsverwahrung einen Anspruch auf Behandlung sowie auf frühzeitige Verlegung in eine sozialtherapeutische Anstalt, wenn eine solche Behandlung angezeigt ist. Die Gefangenen, die sich noch in Strafhaft befinden und denen die Sicherungsverwahrung bevorsteht, sollen in einem frühen Stadium auf diese Resozialisierungsmöglichkeiten mit einer Entlassungsperspektive vorbereitet werden. Wir meinen, das ist die beste Form des Schutzes der Öffentlichkeit und der Prävention.

Meine Damen und Herren, im Anhörungsverfahren haben sich keine wesentlichen Einwände ergeben. Der Entwurf wurde durchweg positiv aufgenommen, und soweit Änderungsvorschläge zu Detailfragen eingegangen sind, haben diese die Essenz des Entwurfs nicht mehr verändert. Viele dieser Vorschläge haben wir aufgegriffen und berücksichtigt. Morgen werden wir im Ständigen Ausschuss noch Gelegenheit haben, das eine oder andere Detail zu besprechen.

Wie steht es nun mit der Umsetzung? Wir haben in Baden-Württemberg bereits die Weichen in Richtung der tatsächlichen Ausführung gestellt. Wir haben in Zusammenarbeit mit der Justizvollzugsanstalt Freiburg eine Konzeption entwickelt,

(Minister Rainer Stöckelberger)

die neben der verbesserten Unterbringung der Betroffenen in einem eigenen Gebäude auf dem Anstaltsgelände insbesondere den Ausbau der Behandlung beinhaltet. Diese Konzeption, die definitiv bis Ende Mai nächsten Jahres umgesetzt sein muss, haben wir bereits in wesentlichen Teilen umgesetzt. Die meisten der knapp 70 in der Sicherungsverwahrung Untergebrachten werden in therapeutisch ausgerichteten Wohngruppen behandelt und betreut.

Das umgebaute Gebäude entspricht modernen vollzuglichen Standards und ermöglicht in baulich-organisatorischer Hinsicht die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und damit natürlich auch die Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

Die Unterbringung wird in Einzelzimmern erfolgen, und wir streben weiter an, Behandlungs- und Wohngruppenkonzepte stufenweise durchzuführen, also eine Unterbringung in Wohngruppen zu ermöglichen, um hier keine Vereinzelung in einer haftähnlichen Situation zu schaffen.

Sie wissen, dass wir dafür Stellen insbesondere für Psychologen und Sozialarbeiter im Haushalt geschaffen haben, damit der Standard, den wir erreichen müssen, dem einer sozialtherapeutischen Anstalt vergleichbar ist. Das gilt für die Justizvollzugsanstalt Freiburg und auch für die Justizvollzugsanstalt Bruchsal, in der sich die Gefangenen befinden, die anschließend noch in Sicherungsverwahrung kommen. Diese personelle Verstärkung ist bereits im Haushalt abgebildet.

Sie wissen, dass entsprechende Mittel bereitstehen. Die Mittel für die personelle Aufstockung belaufen sich auf etwa 700 000 € und die Mittel für die bauliche Umgestaltung auf etwa 500 000 €. Die Mittel sind, wie gesagt, schon im Haushalt 2012 etatisiert.

Meine Damen und Herren, ich bin der Überzeugung, dass wir mit diesem Entwurf die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts konsequent, aber auch mit Augenmaß umsetzen und den Vollzug der Sicherungsverwahrung künftig auf eine verfassungsmäßige Grundlage stellen. Ich bin sicher, dass der Gesetzentwurf auch weitgehend Zustimmung finden wird.

Morgen besteht Gelegenheit, im Ständigen Ausschuss Detailberatungen durchzuführen. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich daran rege beteiligen, unserem Entwurf aufgeschlossen gegenüberstehen und in der Zweiten Beratung unserer verfassungskonformen Entwurf zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Zimmermann das Wort.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben bereits ganz richtig die Notwendigkeit des heute vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes zur Schaffung einer grundgesetzkonformen Rechtsgrundlage für den Vollzug der Sicherungsverwahrung erläutert. Der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 4. Mai 2011, dies bis Ende Mai 2013 zu regeln, kommt dieser Gesetzentwurf nach.

Die CDU-Fraktion begrüßt im Großen und Ganzen diesen Gesetzentwurf. Denn das Bundesverfassungsgericht hat – wie Sie auch zu Recht sagten – klare Linien vorgegeben. Es muss das Abstandsgebot gewahrt werden – die Sicherungsverwahrung muss also anders gestaltet werden als die Straftat –, und der Therapiegedanke steht ganz massiv im Vordergrund.

Auch demjenigen – das muss auch gesagt werden –, der sich durch schlimmste Untaten aus der Mitte unserer Gesellschaft entfernt hat, muss eine Chance zur Umkehr eröffnet werden. Das ist Ausdruck unserer Gesellschaftsordnung, die den Wert des Einzelnen auch dann noch achtet, wenn er selbst dies in seiner Vergangenheit leider nicht getan hat. Es ist Ausdruck unseres christlichen Menschenbilds, auch wenn es hier und da sehr schwerfällt.

Auf der anderen Seite müssen wir aber auch an die Opfer der Straftaten denken, denen vielfach keine zweite Chance gegeben ist. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir die Sicherungsverwahrung mit diesem Gesetz entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts regeln.

Herr Minister, vielleicht heißt es künftig auch „Sicherungsunterbringung“. Ich kann mir schon vorstellen, dass das Wort „Verwahrung“ völlig falsch ist. Das erlaube ich mir heute zu sagen. Wir verwahren die Leute nicht; wir wollen sie ja nicht verwahren, sondern wir wollen sie behandeln. Dieser Ansatz wird sicherlich auch umgesetzt.

Dazu gehört also auch, dass wir die Mitarbeiter im Justizvollzug nicht überlasten. Wir können die schönsten Programmsätze in das Gesetz hineinschreiben; das hilft aber nichts, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sie nicht mit Leben füllen können. Ich nenne Ihnen hier z. B. § 8 Absatz 1 des Gesetzentwurfs – das ist ein hehres Ziel –:

Den Untergebrachten sind die zur Erreichung der Vollzugsziele erforderlichen Behandlungsmaßnahmen anzubieten. Diese haben wissenschaftliche Erkenntnisse zu berücksichtigen. Soweit standardisierte Angebote nicht ausreichen oder keinen Erfolg versprechen, sind individuelle Behandlungsangebote zu entwickeln.

Ein hehres Ziel – Näheres ist aber nicht erläutert.

Liebe Kollegen, der Gesetzentwurf und diese Aussagen sind eigentlich vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts fast abgeschrieben, können also nicht falsch sein. Aber auf gut Deutsch bedeuten sie: mehr Geld, mehr Zeit und mehr Personal.

Dazu muss ich Ihnen jetzt sagen – Sie haben zwar die Personalzahlen und die geplante Aufstockung angesprochen –: Die Kritik, die aus den zuständigen Haftanstalten kommt – hier insbesondere aus der Haftanstalt in Freiburg –, lässt schon aufhorchen. Denn die Anstalten können mit dem jetzt bereits zugewiesenen Personal diese neue Rechtslage nicht schultern. Deshalb bitte ich hier die Mehrheit im Plenarsaal inständig: Geben Sie der Sicherungsverwahrung – oder, wie es künftig heißen könnte, der Sicherungsunterbringung – in Freiburg das, was sie braucht. Sie dürfen nicht glauben, dass Sie sich hier wie etwa bei der JVA Offenburg mit der Aufhebung der Teilprivatisierung so ein bisschen durchwursteln können; Sie dürfen nicht denken, das werde sich schon geben. So etwas können wir uns bei der Sicherungsunterbringung nicht leisten.

(Karl Zimmermann)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich aber noch einen weiteren Punkt ansprechen, der mir sehr am Herzen liegt – Herr Minister, Sie sind Gott sei Dank freundlicherweise darauf eingegangen –: Wie Sie wahrscheinlich alle wissen, sieht unser Strafvollzug eine grundsätzliche Arbeitspflicht für die Gefangenen während der Haft vor. Das ist äußerst sinnvoll, und das ist die beste Sozialarbeit und die beste Vorbereitung auf ein Leben nach der Haft. Aber jetzt hören Sie zu: Der Entwurf sieht in § 42 Absatz 1 ausdrücklich vor, dass die Unterbrachten nicht zur Arbeit verpflichtet sind. Die Begründung dazu ist interessant: Dies

... stellt klar, dass für die Unterbrachten aufgrund des ihnen auferlegten Sonderopfers

– in der Sicherungsunterbringung –

keine Arbeitspflicht besteht.

Kurz gesprochen: Weil sie schon eingesperrt sind, müssen sie nicht auch noch arbeiten.

Meine Damen und Herren, umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wer sicherungsverwahrt ist, der soll arbeiten, der soll an sich selbst arbeiten, und das kann er am besten, indem er überhaupt arbeitet.

Dass man die Arbeitspflicht aufhebt, Herr Minister, um das Abstandsgebot zu erfüllen,

(Glocke des Präsidenten)

fordert nicht einmal der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Denn er hat in seiner Entscheidung vom 17. Dezember 2009 nur beanstandet, dass die Arbeit des Beschwerdeführers – damals in der Sicherungsverwahrung – so weitergehend wie in der Straftaft und dass es darüber hinaus keine Anreize für eine persönliche Entwicklung gab.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat die Arbeitspflicht in der Sicherungsverwahrung im Jahr 1998 bestätigt. Schließlich hat das Gericht auch in seiner Entscheidung vom 4. Mai 2011 – auf dieser Entscheidung basiert ja der vorliegende Gesetzentwurf – keinen Hinweis gegeben, den man aus meiner Sicht anders deuten könnte.

Ich meine: Deshalb müssen wir der Arbeitspflicht auch in diesem Gesetzentwurf den gebührenden Stellenwert einräumen. Wir sollten sie nicht abschaffen, sondern neu gestalten. Motivation sollte im Vordergrund stehen. Das hat uns das Bundesverfassungsgericht aufgegeben.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich spreche Ihnen persönlich, Herr Minister, aber insbesondere auch Ihrem Haus und den dort beschäftigten Mitarbeitern meinen Dank für die schnelle und detaillierte Arbeit des Justizministeriums bei der Vorlage dieses Gesetzentwurfs aus. Das muss man einräumen. Dort sind gute Leute tätig; Sie haben sie auch fast alle übernommen.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Ich verbinde damit aber auch die Hoffnung, dass nach der Ausschussberatung und der Zweiten Beratung eine klare und einstimmige Verabschiedung des Gesetzentwurfs folgen wird. In dieser Hinsicht bin ich zuversichtlich.

Herr Minister, auch wenn wir von der CDU mit Ihnen nicht immer ein Herz und eine Seele sind,

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

so sind wir hier doch nahe dran, und das mit höchsttrichterlichem Segen.

Jetzt komme ich noch auf etwas zurück.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, Sie sollten zum Schluss kommen. Sie haben die Redezeit schon um zwei Minuten und 40 Sekunden überzogen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt lobt er einmal!)

Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt komme ich ganz zum Schluss. – Ich musste übrigens sehr schmunzeln, als ich kürzlich Ihre Ausführungen zur Harmonie in der grün-roten Landesregierung gelesen habe: „Ein Herz und eine Seele“. Solche Beteuerungen sollten immer nachdenklich stimmen. Mir jedenfalls hat sich spontan die Frage aufgedrängt: Wenn Grün-Rot im Land „Ein Herz und eine Seele“ sind, wer von Ihnen ist dann das „Ekel Alfred“?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Filius das Wort.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Dieser Absatz in Artikel 1 des Grundgesetzes gilt auch für Sicherungsverwahrte. Es wirft kein gutes Licht auf die Bundesregierung, dass es erst des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2011 bedurfte, um die Einhaltung dieser Bestimmung sicherzustellen.

Der Bund, meine Damen und Herren, hat darüber hinaus auch seine Hausaufgaben, die sich aus dieser Gerichtsentscheidung ergeben haben, bislang nicht gemacht und noch immer keinen Gesetzentwurf vorgelegt – trotz der vom Bundesverfassungsgericht aufgegebenen Frist bis 31. Mai 2013.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das stimmt nicht! Der ist fertig!)

Wir in Baden-Württemberg sind schon weiter und bringen nun den entsprechenden Gesetzentwurf für den Vollzug der Sicherungsverwahrung in den Landtag ein.

Ich will verdeutlichen: Es geht bei der Sicherungsverwahrung um Menschen, die ihre Strafe bereits verbüßt haben. Das ist der große Unterschied zu einem Strafgefangenen. Das Gebot des Abstands zur Haft ist nicht nur verfassungsrechtlich vorgeschrieben, sondern auch sachlich geboten.

(Jürgen Filius)

Ebenso ist es richtig, eine Entlassung auch aus der Sicherungsverwahrung als Ziel auszugeben, sobald die Entlassung von der Sicherheit her unbedenklich ist. Deshalb sind bereits im Vorgriff 16 Stellen für Therapeuten und Sozialarbeiter – das wurde von Herrn Kollegen Zimmermann als zu wenig kritisiert – zusätzlich genau für diese vollzuglichen Handlungen im Haushalt 2012 ausgewiesen worden. Ich denke, auch da haben wir im Vergleich mit anderen schon die Hausaufgaben gemacht.

Aus dieser Konstellation, dass sich aus den Grundsätzen für die Sicherungsverwahrung auch Ansprüche ableiten, ergibt sich etwas für die Wohnsituation und für die Außenkontakte sowie auch im Hinblick auf die Möglichkeiten, Geld zu verdienen. Ich denke, da ist der Entwurf völlig konform mit den Vorgaben. Weil es keine Gefangenen sind, soll es einen Anreiz geben, dass sie arbeiten sollen; es soll sich aber keine Pflicht daraus ergeben. So soll auch die Bezahlung höher liegen, als sie es bei einem Gefangenen wäre. Genauso sind diese Vorgaben bei der Kleidung, bei der Tagesgestaltung und bei den Baulichkeiten entsprechend umzusetzen.

All das soll nicht nur Theorie bleiben. Das ist bei dem Gesetzentwurf von der Textpassage her auch klar, sodass es entsprechend umgesetzt werden kann. Ich bin hier sehr zuversichtlich, weil in der JVA Freiburg und auch in Bruchsal die Arbeiten entsprechend diesen Vorgaben schon vorangehen.

Meine Damen und Herren, wir sind hier in einem sehr sensiblen Bereich tätig. Es gilt immer sorgfältig zwischen dem Bedürfnis der Öffentlichkeit und der Gesellschaft nach Sicherheit und einem schwerwiegenden Eingriff in die Freiheit des Betroffenen – der dann kein Strafgefangener mehr ist –, des Untergebrachten abzuwägen. Da ist es völlig richtig, das Ziel auszugeben, die Lebensbedingungen so weit wie möglich an die Bedingungen in Freiheit anzuleichen.

Zwei Aspekte möchte ich noch anführen, die zwar für Fachleute selbstverständlich sind, aber nichtsdestotrotz ausgesprochen gehören:

Die Sicherungsverwahrung ist keine Ersatzpsychiatrie. Wer psychiatrische Hilfe benötigt, muss in einer psychiatrischen Einrichtung von Personal, das dazu fachlich in der Lage ist, therapiert werden.

Das Zweite, was ich noch anbringen möchte, ist ganz bewusst nicht nur an das Hohe Haus gerichtet, sondern auch an die Presse. Bei allem Verständnis, dass die Öffentlichkeit ein Recht hat, darüber informiert zu werden, wenn es trotz aller Präventionsarbeit zu entsetzlichen Verbrechen kommt, würde ich es mir sehr wünschen, gelegentlich auch einmal die Meldung zu lesen, dass die Kriminalität in Baden-Württemberg seit Jahren rückläufig ist, insbesondere bei Kapital- und Tötungsdelikten und Sexualverbrechen. Die leichtere Nachrichtenübermittlung sorgt dafür, dass die Verbrechen trotz geringerer Anzahl immer stärker in die Öffentlichkeit kommen. Die beste Vorbeugung zur Verhinderung von Kriminalität ist eine gute Sozialpolitik. Kam es bereits zu Straftaten, ist die Resozialisierung die beste Form, um neue Straftaten zu verhindern.

In diesem Sinn: Lassen Sie uns das Gesetz zur Weiterberatung an den zuständigen Ausschuss verweisen.

Ich danke für die bei diesem Entwurf schon geleistete Vorarbeit, die vorzüglich war, und ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kopp das Wort.

Abg. Ernst Kopp SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wie wir gehört haben, zwingt uns das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Handeln, zwingt nun Bund und Länder und die Vollzugspraxis zum Umdenken. Mit diesem Urteil war jedoch nicht erst seit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 17. Dezember 2009 zu rechnen. Bereits im Jahr 2004 hat sich das Bundesverfassungsgericht intensiv mit der Sicherungsverwahrung beschäftigt und eine am Resozialisierungsgedanken ausgerichtete menschenwürdige Ausgestaltung ihres Vollzugs gefordert.

Wenngleich die konkrete Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung im Jahr 2004 noch für verfassungskonform erachtet wurde, hat das Bundesverfassungsgericht schon damals die Einhaltung des Abstandsgebots zur Vorgabe gemacht. Die richtigen Konsequenzen daraus hat man in der Folgezeit leider nicht gezogen.

Umso erfreulicher ist es, dass uns heute ein Gesetzentwurf vorliegt, der die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts konsequent und mit Augenmaß umsetzt und dabei die Sicherheitsinteressen der Gesellschaft angemessen berücksichtigt.

Ich bin Herrn Minister Stichelberger dankbar, dass Baden-Württemberg bei diesem sehr sensiblen Thema keinen Alleingang gewagt hat, sondern sich im Rahmen einer Länderarbeitsgruppe mit den anderen Bundesländern auf konstruktiver und fachlicher Ebene auf Musterregelungen verständigt hat. So ist ein bundesweit möglichst einheitlicher Vollzugsstandard gewährleistet.

Ich bin auch der Auffassung, dass der vorliegende Gesetzentwurf die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gut umsetzt. Dies zeigt sich auch daran, dass er im Anhörungsverfahren durchweg auf positive Resonanz gestoßen ist. Das liegt sicherlich auch daran, dass viele Vorschläge und Anregungen aus der Praxis aufgegriffen wurden.

Wichtig ist dabei, dass stets die Sicherheitsbelange der Gesellschaft nicht außer Acht gelassen werden; denn letztlich soll der Vollzug der Sicherungsverwahrung nach wie vor vorrangig dem Schutz der Bevölkerung dienen. Dieser Schutz darf sich aber nicht in einem bloßen „Verwahrvollzug“ erschöpfen. Vielmehr sind den Sicherungsverwahrten schon aus verfassungsrechtlichen Gründen durch entsprechende Angebote und Maßnahmen die Voraussetzungen für eine gute Zukunft zu ermöglichen, und zwar so, dass sie nie mehr – hoffentlich nie mehr – mit dem Gesetz in Konflikt geraten.

Natürlich bleibt abzuwarten, ob die gesetzlichen Vorgaben dann auch von der Vollzugspraxis so umgesetzt werden. Angesichts des bereits Veranlassten bin ich aber sehr zuversichtlich, dass dies gelingt.

(Ernst Kopp)

Hilfreich bei der Umsetzung der künftigen gesetzlichen Regelungen wird sein, dass sich das Justizministerium schon frühzeitig mit der zuständigen Justizvollzugsanstalt Freiburg Gedanken darüber gemacht hat, um eine gemeinsame Konzeption für den dortigen Vollzug dann auch umsetzen zu können.

Für personelle Verstärkung in den beiden Anstalten Freiburg und Bruchsal ist ebenfalls gesorgt. Das lässt hoffen, dass die Umsetzung relativ kostengünstig erfolgen kann.

Als Strafvollzugsbeauftragter werde ich den weiteren Prozess jedenfalls beobachten und konstruktiv begleiten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Davon gehe ich aus, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei diesem so komplexen und derart grundrechtssensiblen Thema führt der Gesetzentwurf der Landesregierung die berechtigten Sicherheitsinteressen der Allgemeinheit auf der einen Seite und die verfassungsrechtlichen Vorgaben auf der anderen Seite in überzeugender und ausgleichender Weise zusammen. Daher bitte ich Sie um breite Unterstützung für diesen Entwurf.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eine zunächst einmal wirklich traurige Tatsache, dass es eine bestimmte Zahl von Menschen gibt, bei denen Therapiemaßnahmen auch kurzfristig keinen Effekt haben werden – darin sind sich eigentlich alle einig; leider –, sondern letzten Endes nur die Möglichkeit bleibt, die Allgemeinheit vor diesen Menschen zu schützen. Das ist bedrückend, wird aber heute von keinem Experten mehr bezweifelt. Für diese Menschen müssen wir – das ist keine Frage – eine angemessene Lösung finden.

Dies betrifft in Baden-Württemberg etwa 70 Menschen. Man kann also sagen: Es sind etwa 1 % der Inhaftierten, auf die das Kriterium zutrifft, dass man die Menschen eigentlich nur vor ihnen schützen kann. Es ist natürlich gleichzeitig nicht unbedingt allzu viel Euphorie hinsichtlich therapeutischer Maßnahmen angesagt. Das muss man auch offen ansprechen.

Die Rechtsgrundlagen für die Sicherungsverwahrung wurden in den letzten Jahren ausgebaut. Das muss man sagen. Dieses Instrument wurde bundesweit sogar verstärkt, natürlich auch unter dem Eindruck erheblicher Verbrechen und der Frage der Menschen: Wie schützt uns eigentlich der Rechtsstaat? Es ist bekannt, dass ich an dieser Diskussion mit in der vordersten Reihe beteiligt war.

Jetzt gibt es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das auf eine Änderung der Praxis drängt. Dieses Urteil – das muss man ganz klar sagen – ist zu respektieren, keine Frage. Aber mir geht dabei noch mehr durch den Kopf. Es ist manchmal fast ein bisschen wie bei Schiedsrichterentscheidungen: Es ist ganz klar, dass dieses Urteil zu respektieren ist, aber man muss auch – das darf ich in Klammern auch einmal sagen – nicht

mit allem einverstanden sein. Ich erlaube mir zumindest den Hinweis, dass die Praxis, die wir in Jahren aufgebaut haben, lieber Herr Kollege Kopp, vom Bundesverfassungsgericht eben nicht beanstandet wurde, weil wir die Sicherungsverwahrung bisher auch schon ein Stück weit anders vollstreckt haben als den normalen Vollzug.

Das Thema ist nicht erst seit heute bekannt. Tatsache ist, dass das Bundesverfassungsgericht die frühere Praxis zunächst abgesegnet hatte und dann – so kann man sagen – in gewisser Weise im Sog des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg seine Rechtsprechung geändert hat. Das ist zu respektieren, obwohl ich mir dazu die Bemerkung erlaube: Wenn ich Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg wäre,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das wäre nicht das Schlechteste!)

dann wäre ich wahrscheinlich froh, wenn in ganz Europa dieselben Standards im Strafrecht, im Strafprozessrecht und im Strafvollzugsrecht verwirklicht wären wie hier in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Aber wir unterstützen das vorliegende Gesetz. Wir setzen fraglos diese Rechtsprechung um, die die Verhältnisse für die Täter ein Stück weit verbessert.

Ich möchte an dieser Stelle nur darauf hinweisen: Angesichts der Drucksache, die ich in den letzten Tagen gelesen habe, in der die künftige Finanzierung der Opferschutzstiftung ein bisschen infrage gestellt wird, kann ich nur appellieren: Wenn wir schon dieses Urteil umsetzen – wir diskutieren nicht darüber –, dann würde ich nicht gleichzeitig noch die Opferschutzstiftung abschaffen. Ich habe in der angesprochenen Drucksache gelesen, es hätte eine Anschlagfinanzierung von der Baden-Württemberg Stiftung gegeben. Ich sage schon hier und werde es auch an anderer Stelle tun: Das stimmt nicht. Die Opferschutzstiftung war von der Stunde null an als Dauereinrichtung geplant. Ich hoffe nicht, dass diese Landesregierung diese Veranstaltung beendet.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Jetzt noch ein Wort zur Umsetzung – das wird man auch sagen dürfen –: Es ist ja immer wieder von „Erblast“ und Ähnlichem die Rede. In diesem Fall besteht die Erblast –

(Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Das haben wir gar nicht gesagt!)

– Herr Kopp hat bisherige Versäumnisse in der Umsetzung angemahnt. – Weil Sie auch sonst immer gern dieses Argument bemühen, darf man auch darauf verweisen, dass in diesem Fall die Landesregierung eine perfekt geeignete Liegenschaft geerbt hat. Sie stand genau so da – sie ist nun einmal unter der früheren Regierung gebaut worden –, wie man sie für die neue Sicherungsverwahrung

(Abg. Ernst Kopp SPD: Benutzen kann!)

braucht, sprich für eine Unterbringung der Betroffenen in Einzelräumen im Rahmen eines stufenweise aufgebauten Behand-

(Dr. Ulrich Goll)

lungs- und Wohngruppenkonzepts. Das wird alles gut möglich sein.

Insofern glaube ich schon, dass wir – natürlich im Rahmen der Möglichkeiten der früheren Rechtsprechung – das Problem ordentlich gelöst haben. Das ändert nichts daran, dass wir mit Ihnen bereit sind, diese neue Rechtsprechung umzusetzen.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/2450 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen und Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Polizeigesetzes – Drucksache 15/2451

Meine Damen und Herren, die Landesregierung verzichtet auf eine mündliche Begründung. Das Präsidium hat festgelegt, dass in der Ersten Beratung keine Aussprache geführt wird.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/2451 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen und Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe nun **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Situation der Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg – Drucksache 15/1504

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten, und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Zunächst erteile ich dem Kollegen Haller für die SPD-Fraktion das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hat der Verkehrsminister kein Interesse, oder was? – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der Verkehrsminister kommt gleich!)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

(Zuruf von der FDP/DVP: Wo ist der Verkehrsminister? – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Der Verkehrsverhinderungsminister!)

Unabhängig vom Ergebnis der Priorisierung möchte ich ... darauf hinweisen, dass ich – trotz ... Infrastrukturbe-

schleunigungsprogramm (IBP) – derzeit keine Spielräume für Neubeginne von Bedarfsplanmaßnahmen

– im Bundesfernstraßenbau –

in Baden-Württemberg sehe.

Es waren weder Verkehrsminister Hermann noch Ministerpräsident Kretschmann, die dies gesagt haben; nein, es war unser aller Bundesverkehrsminister Ramsauer.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hört, hört! – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Dieses Zitat macht, denke ich, das ganze Dilemma deutlich, in dem wir stecken. Mit diesen Worten hat der Bundesverkehrsminister das Bundesland Baden-Württemberg „beglückt“ – ein Bundesland, das Konjunkturmotor ist, das Meister bei den Zahlungen in den Länderfinanzausgleich ist, das das Transitland Nummer 1 ist, ein Bundesland, das nicht beim Aufbau Ost und bei den entsprechenden Straßenbaumaßnahmen teilnehmen konnte und das deswegen einen sehr hohen, einen riesigen Nachholbedarf bei der Verkehrsinfrastruktur hat.

Schiene, Wasser, Straße – es ist nicht zu kurz gegriffen, an den Bund die Forderung nach einem Aufbauprogramm Südwest zu richten. Wir haben große Projekte beim Schienenbau, für die das Land Milliarden an den Bund zahlt, ihm schenkt, weil der Bund seinen Verpflichtungen nicht vollumfänglich nachkommt. Baden-Württemberg leistet als Bundesland Ungeheures für den Schienenausbau.

Deswegen, meine Damen und Herren, kann diese Form der Mischfinanzierung nicht auch noch auf den Straßenbau übertragen werden. Daher bleiben die dringende Aufforderung an den Bund und die Verpflichtung des Bundes bestehen, endlich – endlich! – zu Potte zu kommen, um die Verkehrsinfrastruktur auf den Straßen in diesem Bundesland besser anzugehen und sie besser auszubauen,

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

als dies bislang der Fall ist. – Ich sehe, dass mir hierfür der Beifall aller Fraktionen gewiss ist. Jetzt müssen wir nur noch von der Idee zur Tat kommen.

(Abg. Winfried Mack CDU: So!)

Da sind natürlich Sie, meine Damen und Herren von der CDU, gefordert,

(Abg. Winfried Mack CDU: Ich werde nachher etwas dazu sagen!)

bei Ihrem sehr verehrten Kollegen Ramsauer mehr Geld für unser Bundesland lockerzumachen. Denn wir stellen einfach ein krasses Missverhältnis zwischen dem fest, was Ihre Forderungen, Ihre Versprechungen vor Ort betrifft, und dem, was hinterher dabei herauskommt. Ihre Versprechungen sind, meine Damen und Herren von der CDU, meist ebenso zahlreich wie frei von Folgen – bedauerlicherweise.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ja!)

Sagen Sie einmal der Frau Bundeskanzlerin, sie solle nicht nur zu Wahlkampfauftritten nach Stuttgart kommen.

(Glocke der Präsidentin)

(Hans-Martin Haller)

Wenn sie denn überhaupt nach Stuttgart kommt, dann soll sie wenigstens einen Sack voll Geld für unsere Straßen mitbringen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Bullinger?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er hat darauf gewartet!)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Von Herrn Bullinger? Ja, natürlich. – Bitte, Herr Kollege.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ich bin gespannt, was jetzt kommt!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Kollege, sind Sie mit mir der Meinung, dass es nicht schlecht wäre, wenn der zuständige Verkehrsminister Ihnen zuhören würde?

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Das wäre nicht schlecht, denn von mir kann man immer etwas lernen. Daran kann wohl überhaupt kein Zweifel bestehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi CDU: Bravo! – Abg. Volker Schebesta CDU: Wir können gern warten! – Zuruf: Vielleicht könnte er etwas von Ihnen lernen!)

– Er ist doch selbst schuld, wenn er so bedeutende Worte versäumt.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Schicken Sie ihm das Protokoll zu!)

Der Herr Minister braucht diesbezüglich keine Fürsorge durch die CDU, denke ich.

(Abg. Winfried Mack CDU: Da ist Hopfen und Malz verloren! – Abg. Volker Schebesta CDU: Wir würden Wert darauf legen, dass er uns zuhört! – Unruhe)

Noch einmal ein Wort zum Missverhältnis. Allein die derzeit im Bau befindlichen Straßen – –

(Anhaltende Unruhe)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Abg. Haller hat das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gibt es noch eine Landesregierung? – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Öney spricht gleich! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu CDU und FDP/DVP: Jetzt habt euch doch nicht so! – Unruhe)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Besten Dank, Frau Präsidentin. – Herr Bullinger, ich habe Ihnen zugehört. Nun schlage ich vor, Sie hören mir zu.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es gibt auch einen Anstand gegenüber dem Parlament, Herr Kollege! – Minister Winfried Hermann betritt den Plenarsaal.)

– Der Verkehrsminister kommt. Er ist gut, was last minute angeht. – Grüß Gott, Herr Verkehrsminister.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Er kommt schneller als die Straße!)

Um das Missverhältnis zu illustrieren, nenne ich ein paar Zahlen: Derzeit befinden sich in Baden-Württemberg Bundesstraßen in einer Größenordnung von ca. 900 Millionen € im Bau. Priorisiert im Vorrangigen Bedarf sind 3,5 Milliarden €, und wir erhalten nach Plan jährlich 120 Millionen €, durch weitere Zuführungen insgesamt meist Beträge in einer Größenordnung zwischen 200 und 250 Millionen €. Ich denke, allen wird an diesen mageren Zahlen sehr schnell deutlich, dass dies viel zu wenig ist und nicht ausreicht.

Aktuell steht die Beratung des Bundeshaushalts für 2014 an. Geplant sind in diesem Bereich ca. 10 Milliarden €. Jetzt findet – glücklicherweise auch bei der CDU – die Diskussion darüber statt, ob nicht 1 Milliarde € mehr nötig wären. Wir hoffen, dass Sie das erreichen. Wir sind auch ein bisschen optimistisch. Denn eines schafft die CDU – das hat sie immer auch im Land geschafft, Hut ab! –: In einem Wahljahr sind die Mittel für den Straßenbauetats immer ausreichend hoch, aber danach kommt der große Absturz. Das ist natürlich keine sinnvolle Straßenbaupolitik – rein in die Vollen, wieder raus –, sondern was wir hier brauchen und einfordern, ist eine Verstetigung der Bundesmittel für die Straßen in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Diese Forderung – das muss ganz deutlich sein – steht auch nicht im Widerspruch zum Sparen, zur Haushaltskonsolidierung, sondern ganz im Gegenteil. Die Folgen des langjährigen Raubbaus, der langjährigen Unterfinanzierung im Straßenbau sind hohe volkswirtschaftliche Kosten: Staus, zum Teil Unfälle, Engpässe, Umwege, Luftverschmutzung. Im Endeffekt sind diese Folgekosten viel höher, als wenn wir rechtzeitig in diese Verkehrsinfrastruktur investieren. Deshalb fordern wir diese Investitionen ein.

Herr Mack, wenn Sie es schaffen, aus der Verkehrsprosa bei Herrn Ramsauer Verkehrstaten zu machen, dann können Sie des Dankes auch dieser Koalition gewiss sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Mindestens Ihrer Fraktion!)

Ich komme noch zu einem zweiten Aspekt, der sich in der Großen Anfrage widerspiegelt: zur Straßenbauverwaltung. Der Straßenbau braucht eine leistungsfähige Verwaltung. Hier bin ich schon vorab allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dankbar, dass sie in den letzten zehn Jahren trotz schwieriger Umstände die Leistungsfähigkeit aufrechterhalten haben.

Die schwierigen Umstände will ich noch einmal schildern: 2003 haben der damalige Verkehrsminister, Herr Ulrich Müller, und sein Staatssekretär, Herr Stefan Mappus – Ihnen allen bekannt als späterer Ministerpräsident –,

(Abg. Walter Heiler SPD: Wer?)

mit der Aussage „Weniger Straßenbauämter bedeuten mehr Effektivität“ eine Reform angefangen, die wir mitgetragen haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Hans-Martin Haller)

Dann 2005 eine Drehung um 180 Grad: Auf Anweisung von Erwin Teufel erfolgte die Zerschlagung in 44 Straßenbauämter – ein Schlag, von dem sich die Verwaltung bis heute nicht erholt hat. Es gab eine Schaffung unnötiger Schnittstellen, unterschiedliche Kriterien und anderes mehr.

Parallel dazu gab es einen Stellenabbau, der dann durch die private Vergabe von Planungen, Bauausführung, Baukontrolle kompensiert wurde. Wir zahlen aktuell 40 bis 42 Millionen € an private Büros, damit Straßen überhaupt noch gebaut werden können, meine Damen und Herren. Das ist eine falsche Ideologie, ein falscher Weg, beruhend auf einem Dogma: Personal ist schlecht, Sachleistungen sind gut. Das kommt uns viel zu teuer. Das kann ich mit zwei Beispielen unterstreichen.

Wenn Sie die 42 Millionen € durch 100 000 € – die Kosten pro Ingenieur – teilen, dann können Sie damit etwa 13 Ingenieure für den gesamten Zeitraum bezahlen. Oder noch krasser: Für die private Bauleitung des Projekts A 8 werden sechs Jahre lang 8 Millionen € an private Büros bezahlt plus drei Ingenieure zur Überwachung des Ganzen. Wenn Sie diese Zahlen nehmen: Damit könnten Sie 13 Bauingenieure für die gesamte Zeit bezahlen. Das käme uns viel kostengünstiger als die Vergabe an Dritte.

Wir müssen hier nachdenken. Wir glauben, dass der avisierte Landesbetrieb Straßenbau hier ein wichtiges Ziel sein kann.

Meine Damen und Herren, wir sind bereit, hier einzusteigen. Wir müssen die Möglichkeit einfach überprüfen, die für den Straßenbau zuständige Landesverwaltung zu konzentrieren, Fachkompetenz anzusiedeln, z. B. für den Tunnelbau. Auch hier ist eine gewisse Konzentration erforderlich, damit das alles nicht in viele Teile zerfleddert.

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, wir fordern Sie auf: Machen Sie mit, wenn wir das Thema angehen wollen, einen Landesbetrieb Straßenbau zu schaffen. Denn es gibt natürlich auch andere Meinungen. Das betrifft vermutlich die Herren Landräte. Aber genau an diesem Beispiel zeigt sich, dass, je länger diese Zerfledderung andauert, auch kreisweit unterschiedliche Normen im Straßenbau entstehen. Deswegen müssen wir die knappen Mittel, die wir für den Straßenbau haben, möglichst effektiv einsetzen. Das ist wirtschaftlich sinnvolles Handeln, das ist sparsames Handeln. Dafür steht diese Koalition.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Haller, Ihnen nehmen wir ab, dass Sie in Baden-Württemberg Straßen bauen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Martin Haller SPD: Danke!)

Aber dafür sind Sie in der falschen Koalition. Das ist das Problem, das wir in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Worum geht es denn? Wir diskutieren heute über Bundesstraßen in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Was müssen wir dem Bund klarmachen, egal, wer auch immer im Bund regiert? Wir müssen dem Bund sagen, dass südlich des Mains, in Baden-Württemberg, in Bayern, aber auch in Hessen, das wirtschaftliche Herz dieser Republik schlägt. Dort, wo ich überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum habe, muss ich auch Verkehrswege bauen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Deswegen ist der Bund in der Pflicht, bei uns in Baden-Württemberg zu investieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wieso kürzt dann der Ramsauer? – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

– Warten Sie, ich komme zu Ihnen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer regiert denn in Berlin? – Unruhe)

– Regen Sie sich doch nicht auf. Es geht doch darum, einmal die Interessen des Landes Baden-Württemberg zu definieren.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das macht der Minister doch die ganze Zeit!)

Baden-Württemberg ist ein Land, das vom Export abhängig ist. Baden-Württemberg ist ein Land in der Mitte Europas, ein Transitland. Baden-Württemberg ist ein Land mit einem starken ländlichen Raum.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Deshalb brauchen wir neue Verkehrswege für Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben den falschen Mann in Berlin! – Unruhe bei der SPD)

– Warten Sie doch. Wir kommen noch dazu. – Wenn wir jetzt die Straßenkarte von Baden-Württemberg und insbesondere die Autobahnkarte von Deutschland anschauen, dann sehen wir das Autobahnnetz in Deutschland: A 2, A 4, A 6, A 8.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: A 3!)

Als dieses Autobahnnetz in Deutschland gemacht wurde, war zwischen Deutschland und der Schweiz ein Grenzzaun. Zwischen Deutschland und Frankreich gab es eine fast unüberwindbare Grenze. Es gab nach dem Ersten Weltkrieg die Deindustrialisierung im Rheingraben und dergleichen mehr. Heute haben wir Gott sei Dank eine andere Situation.

Was folgt daraus? Uns in Baden-Württemberg fehlen mindestens drei Ost-West-Achsen. Die fehlen in diesem Netz.

(Zurufe der Abg. Thomas Marwein und Daniel Andreas Ledebal GRÜNE)

– Aber natürlich, liebe Freunde von den Grünen.

(Unruhe)

(Winfried Mack)

Entlang des Bodensees, von Freiburg, Tuttlingen bis Ulm und auch zwischen der A 6 und der A 8 fehlt eine Mittelachse. Genauso brauchen wir Nord-Süd-Achsen. Die brauchen wir, damit bei uns der Verkehr fließen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer ist dafür zuständig?)

Jetzt kommen wir zu dem Punkt: Seit Jahren fehlt das Geld aus Bonn, aus Berlin. Aber jetzt kann man an die Sache herangehen wie Sie

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Richtig!)

und sagen: „Wir wollen keine Straßen.“ Man kann aber auch sagen: „Wir kämpfen um mehr Mittel für das Land Baden-Württemberg.“ Das tun wir.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist ein klarer Unterschied in der Herangehensweise.

Was wollen die Grünen? Sie wollen keinen Straßenbau. Der Ministerpräsident ist am 13. Oktober 2011 laut den „Stuttgarter Nachrichten“ bei einer Veranstaltung mit der IHK gefragt worden:

Was wollen Sie für den Ausbau der Straßen tun?

Was hat er geantwortet?

Nix.

„Nix“, hat er gesagt. Nichts will er tun!

(Unruhe bei der SPD)

Dann war Herr Hermann, unser Verkehrsminister,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Unser aller!)

in Heilbronn bei der „Heilbronner Stimme“. Dort wurde er von der Firma Layher in Güglingen-Eibensbach gefragt,

(Unruhe bei der SPD)

wann denn die Verkehrsverbindung komme. Dann hat er denen gesagt, sie seien selbst schuld, wenn sie in der Pampa bauten. Sie müssten sich halt dort ansiedeln, wo schon eine Straße sei.

(Beifall bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Unglaublich! Unglaublich arrogant!)

Das ist die Auffassung und Herangehensweise der Grünen und besonders von Verkehrsminister Hermann, der immerhin jetzt schon bei dieser Debatte eingetroffen ist. Das ist doch bemerkenswert.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bei Ihrer Rede hat er nichts versäumt! Gar nichts!)

Dann sagt er immer: „Wenn ich das Geld von Berlin bekomme, dann baue ich Straßen.“ Dann vergießt er seine Krokodilstränen. Wer hat denn im Deutschen Bundestag gegen die

Zusatzmilliarde gestimmt, die wir alle in diesem Jahr 2012 bekommen haben? Die Grünen im Deutschen Bundestag.

(Zuruf: Aha!)

Dann ist es doch logisch, dass er als grüner Verkehrsminister nicht gleich Projekte für Baden-Württemberg melden kann. Also hat er auf die 1 Milliarde € nichts gemeldet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört, hört!)

Also beginnt kein Neubau in Baden-Württemberg. Glauben Sie, so können Sie zum Bundesverkehrsminister kommen und sagen: „Ich brauche jetzt Geld für Straßen in Baden-Württemberg“? Nein. Jeder Bundesverkehrsminister, ob von der CSU oder von der Linkspartei,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Um Gottes willen!)

wird einem Verkehrsminister aus einem Land sagen, in dem man keine Straßen bauen will: „Danke! Du bist mein Freund. Du bekommst kein Geld von mir.“ Das ist die Situation, die wir in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Nichts wolle er für den Straßenbau machen, hat der Ministerpräsident gesagt, der bei dieser Debatte im Moment auch nicht anwesend ist.

Als es neulich um das Alkoholkonsumverbot in Städten ging, hat der Ministerpräsident aber immerhin gesagt: „Man kann nicht nur sagen, was nicht geht. Wir regieren und müssen sagen, was geht.“ Herr Hermann sagt aber: „Ich beginne ja nicht. Ich will keine Straßen bauen.“

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

– Ja, das stimmt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist doch nicht wahr, was Sie hier sagen!)

– Jawohl, das stimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist CDU-Kreisparteitag! – Unruhe)

Jetzt rechne ich Ihnen das vor.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Abg. Mack hat das Wort.

Abg. Winfried Mack CDU: Vielen Dank. – Wie viele Zuschüsse aus dem GVFG gewähren Sie den Kommunen für den Straßenbau? Antwort: null.

Was machen Sie im Bereich der Landesstraßen? Sie haben gesagt, bis zum Jahr 2025 würden Sie jährlich 38 Millionen € für den Aus- und Neubau in Baden-Württemberg zur Verfü-

(Winfried Mack)

gung stellen. Wir waren am Montag in München. Dort ist uns ein Programm für Kommunen vorgestellt worden, die im Zuge des Baus von Staatsstraßen Ortsumfahrungen bauen wollen. Mit diesem Programm wird ein Zuschuss von 75 % bis 85 % gewährt. Somit werden in Bayern jährlich 30 Millionen € allein für Ortsumfahrungen bereitgestellt.

Was machen Sie bei uns? Keine Ortsumfahrungen. Gar nichts.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Warum haben Sie das in der Vergangenheit nicht gemacht? Sie hätten das doch machen können!)

Jetzt zum Thema Tempo 30. Jetzt will ich einmal etwas zu Ihrem Tempo 30 und Tempo 40 in Stuttgart sagen, wozu heute auch etwas in der Zeitung steht. Das können Sie alles vergessen. Damit kann man keine Verkehrspolitik machen. Das ist pseudointellektueller grüner Quatsch, mit dem Sie da kommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Heute steht dazu etwas in der „Stuttgarter Zeitung“, was auch mein viereinhalbjähriger Sohn weiß: Es ist völliger Quatsch, Tempo 30 vorzuschreiben, wenn man Abgase vermindern will; denn ein Lastwagen stößt weit mehr Abgase aus, wenn er Tempo 30 fährt.

(Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Ich will Ihnen nur sagen: Damit kommen Sie nicht weiter.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich habe ja Mitleid mit Ihnen! Der Frust vom Sonntag muss raus!)

Entlang einer Landesstraße in meinem Wahlkreis ist bereits Tempo 30 für Lkws vorgeschrieben, weil die Anwohner den Lärm nicht aushalten. Der Verkehrsminister begründet seine Haltung, warum er keine Umfahrung bauen will, mit einer angeblich unterdurchschnittlichen Verkehrsbelastung. Deswegen baut er keine Ortsumfahrung und schreibt Tempo 30 vor. So kommen wir nicht weiter. Wir brauchen Straßenbau bei uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe)

Herr Haller hat die Stellen bei der Straßenbauverwaltung angesprochen. Wir sind auch dafür, mehr Stellen bei der Straßenbauverwaltung zu schaffen. Was aber macht diese Regierung?

(Zurufe, u. a.: Sie haben die Stellen in der Straßenbauverwaltung abgebaut! – Unruhe)

Im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur haben Sie seit dem Regierungswechsel im Zuge grün-roter Ämterpatronage 64 Stellen geschaffen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Mack, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit bereits überzogen.

Abg. Winfried Mack CDU: Jawohl. – Sie haben 64 Stellen geschaffen. Warum schaffen Sie Stellen im Bereich des Ministeriums, aber nicht in der Straßenbauverwaltung? Weil die

Straßenbauer nicht die Grünen wählen, Sie aber die Grünen im Ministerium einstellen wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb fordere ich Sie auf, umzusteuern. Seien Sie ehrlich! Entweder Sie tun etwas für den Straßenbau und steuern um, oder Sie machen Politik wie bisher. Dann ist die SPD aber dafür verantwortlich, dass in diesem Land nichts mehr geht und wir kein Verkehrsministerium haben, sondern ein Verkehrsverhinderungsministerium.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich dem Kollegen Raufelder das Wort.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was kann ich dazu sagen?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ja eben! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Nebelschwaden ohne Ende.

Jetzt aber zurück zu den Tatsachen. Wir haben in Baden-Württemberg Bundesfernstraßenbauprojekte im Umfang von 900 Millionen €, die von Ihrem Minister nicht finanziert werden. Deswegen werden Straßen zum Teil auf längere Zeit Baustellen haben, wofür Ihre Kollegen auf Bundesebene die Verantwortung tragen. Es kann doch nicht sein, dass Sie zustimmen können, dass die Finanzierung von 900 Millionen € auf sieben Jahre gestreckt wird. Dem Bundesverkehrsminister und der CDU muss klargemacht werden, dass sie mit dem Land Baden-Württemberg so nicht umgehen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Eine Zahl ist in der Debatte noch nicht gefallen: 60 % des Fahrzeugverkehrs auf den Bundesautobahnen in Baden-Württemberg sind Transitverkehr. Dieser wird sozusagen durch das Land hindurchgeschleust, und dem Bund ist völlig egal, auf was für maroden Bundesautobahnen diese Autos fahren müssen. Wie lautet Ihre Antwort darauf? Sie können natürlich gern auf den Bundesverkehrsminister schimpfen, aber nicht auf den Landesverkehrsminister, weil er gerade derjenige ist, der ein Konzept hat.

Die Konzeptlosigkeit auf Bundesebene müssen wir immer wieder anprangern. Der Bund eröffnet weder Ansätze zum Thema „Intelligente Straße“, an die man anknüpfen kann, noch gibt es verkehrslenkende Maßnahmen, Umsteuerungen des Güterverkehrs auf Schiff und Schiene usw. Sie sehen ja, was für ein Desaster wir bei der Bundeswasserstraße Neckar haben. Bei der Güterumverteilung sehen wir genau dasselbe Problem, dass der Bund nicht zu Potte kommt, dies nicht richtig umsetzen kann und keine klaren Konzepte hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unser Landesminister Hermann hat klare Konzepte, hat klare Aufstellungen gemacht.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

(Wolfgang Raufelder)

– Das müssen Sie sich auch einmal anhören. Mir ist klar, dass Sie erregt sind, da die Nebelbomben, die Sie geworfen haben, nicht gezündet haben. Das ist ganz klar.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie können sich ganz klar hinstellen und äußern. Ihre Partei hat auf Bundes- und auf Landesebene versagt. Das muss man ganz deutlich sagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Im Bereich Verkehr können wir das ganz deutlich nachweisen. Wenn Sie den Transitverkehr in Baden-Württemberg weiter durch Baustellen behindern, dann sind Sie eigentlich die Partei, die keine fortschrittlichen Zukunftsperspektiven in der Europapolitik hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU – Unruhe)

Ich habe von Ihnen keine Konzepte gesehen, über die man sagen kann: Darauf kann man aufbauen; die könnte man tatsächlich umsetzen.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Werden Sie konkret!)

Lassen Sie mich noch einmal sagen: Das Investitionsvolumen von 900 Millionen € für in Bau befindliche Straßen, deren Bau wir weiterführen wollen, wird durch Erlasse der Bundesregierung, wird von Ihrer Seite aus auf sieben Jahre gestreckt. Sieben Jahre Baustellen auf den Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg! Machen Sie das einmal der IHK klar, machen Sie das dem ADAC klar, machen Sie das allen Autofahrerinnen und Autofahrern in Baden-Württemberg klar. Herzlichen Dank! Denn wenn Sie das machen, dann kann das nur uns Grünen guttun. Wir sind die Partei, die tatsächlich für Verkehrswege in Baden-Württemberg steht. Wir sind die Grünen.

(Beifall bei den Grünen – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Lassen Sie uns in Berlin gemeinsam dafür werben, dass Baden-Württemberg genügend Geld bekommt, um die Bundesfernstraßen auszubauen. Aber lassen Sie uns auch für andere Verkehrsträger werben, weil ganz wichtig ist, dass die Straßen entlastet werden. Sie wissen selbst, was all die Staus für die Umwelt bedeuten; Sie haben es ja vorhin angedeutet. Lassen Sie uns zu einem Umdenken im Verkehrsbereich, bei der Mobilität insgesamt kommen, und gehen Sie mit uns zusammen. Wir haben gute Ideen.

(Zuruf von der CDU: Sie haben keine einzige Idee hier vorgestellt! – Unruhe bei der CDU)

Ich kann Sie nur dazu einladen, unsere Ideen auf Bundesebene zu unterstützen. Sie werden sehen, dass der Landesminister tatsächlich einen sehr guten Job macht und Sie nur aufspringen müssten, um eine gute Politik mitzutragen.

Dafür vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst danke ich der SPD, dass sie die Große Anfrage gestellt hat, das Thema auf die Agenda gesetzt hat, und ich danke für die Begründung, die der Großen Anfrage zugrunde liegt. Darin wird darauf hingewiesen, wie wichtig der Straßenbau in Baden-Württemberg ist. Ich habe in meinen Vorbereitungen noch einmal in dem Bericht zum Staatshaushaltsplan zu diesem Thema nachgelesen. Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur schreibt:

Das Flächenland Baden-Württemberg braucht ein gut erhaltenes, leistungsfähiges, sicheres und umweltgerechtes Bundesfern- und Landesstraßennetz, das den Anforderungen der Wirtschaft entspricht.

Ich glaube, wir sind uns hier über alle Fraktionen hinweg einig, dass man dem Thema Straßenbau – sowohl bei den Bundesfernstraßen als auch bei den Landesstraßen und den kommunalen Straßen – eine hohe Priorität einräumen sollte.

Laut einer ADAC-Statistik werden immerhin 18 % der Bruttowertschöpfung – 382 Milliarden € – durch das Steueraufkommen im Bereich des Straßenverkehrs erbracht. Wenn man ferner sieht – das ist dem Bericht auch zu entnehmen –, dass wir 655 Brücken bei den Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg auf ihre Statik prüfen, dann weiß man, dass die Mittel notwendig sind. Denn allein für die Brückensanierungen rechnet man bis 2028 mit einem Mittelbedarf von jährlich 100 Millionen €.

Sie erinnern sich hier alle noch an unseren interfraktionellen Antrag vom 14. Februar 2012,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, genau!)

in dem wir über alle Fraktionen hinweg die Forderung an die Landesregierung gestellt haben, sich dafür einzusetzen, dass der Bund mehr Mittel bereitstellt. Sie erinnern sich aber sicherlich auch noch daran, dass es die FDP/DVP- und die CDU-Fraktion waren, die dann auch noch einen Antrag gestellt hatten, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, sich auch mit dem Thema Nutzerfinanzierung zu beschäftigen. Bemerkenswert daran war, dass Grün-Rot diesen Antrag abgelehnt hat. Daher sagen wir – die Verkehrsministerkonferenz in Cottbus hat das auch noch einmal bestätigt –, dass wir uns mit dem Thema Nutzerfinanzierung auseinandersetzen sollten. Uns haben Sie auf diesem Weg an Ihrer Seite.

Das gilt auch für das Thema ÖPP. Wir haben ein gutes Projekt auf der A 5, wo über 40 km als ÖPP-Projekt laufen. Auch hier ist unser Wunsch, dass man nicht von vornherein sagt, dass das überhaupt nicht infrage komme, sondern dass man dem offen begegnet. Da wird es Projekte geben, die vielleicht nicht dafür geeignet sind, aber es wird auch viele Projekte geben, für die das sinnvoll ist.

Lieber Herr Kollege Haller, es ist halt immer so: Wenn man mit dem Finger auf jemanden zeigt, dann gucken einen drei Finger selbst an. Das ist immer die Schwierigkeit. Wenn man sich jetzt einmal die Mittel anschaut, die die Große Koalition in Berlin für den Bundesfernstraßenbau in Baden-Württemberg bereitgestellt hat, dann stellt man fest, dass das auch weniger war,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Tiefensee lässt grüßen!)

(Jochen Haußmann)

als die jetzige Koalition bereitgestellt hat. Es ist uns immer noch zu wenig. Aber man muss immer aufpassen: Wenn man mit dem Finger auf jemanden zeigt, dann holt einen das immer wieder schnell ein.

Das will ich auch noch an ein paar Beispielen, die der Kollege Mack angesprochen hat, bestärken. Ich weiß, dass Sie, die SPD, in dieser Koalition dem Thema Straßenbau den Rücken stärken, aber ich halte es für schwierig, immer nach Berlin zu gehen und Forderungen zu stellen, wenn man gleichzeitig – es wurde angesprochen – beim Umweltverbund die Mittel für den kommunalen Straßenbau kürzt. Das sind 90 Millionen €, und es werden ab 2014 nur noch 66 Millionen € sein.

Ich halte es für schwierig, wenn man hier immer Forderungen an den Bundesverkehrsminister stellt, aber für den Landesstraßenbau in den nächsten zehn Jahren nur 38 Millionen € pro Jahr ausgeben will, obwohl im Grunde genommen selbst in schwierigeren Zeiten die alte Landesregierung über zehn Jahre im Durchschnitt 55 Millionen € jährlich dafür ausgegeben hat. Wenn man dann die Inflationsrate hinzurechnet, die Anforderungen dazurechnet, die im Straßenbau dazugekommen sind, dann muss ich mir schon folgende Frage stellen: Wenn wir 4 Milliarden € mehr Steuereinnahmen haben,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

wieso bleibt es dann bei 38 Millionen €? Da wirkt es einfach unglaublich, wenn man hier nur mit dem Finger auf Berlin zeigt. Fangen Sie doch bitte einfach an, auch hier zu zeigen: Wir setzen ein Zeichen im Landesstraßenbau und kürzen hier die Mittel nicht so deutlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau! Vor der eigenen Haustür kehren!)

Zur Priorisierung der Bundesfernstraßen sagen wir: Es ist grundsätzlich in Ordnung, dass man die Priorisierung vornimmt. In der Drucksache betreffend die Ortsumfahrung Mögglingen stand dann drin: Es wurde eine Anhörung durchgeführt; es ist alles in Ordnung. Hier ist unser Hinweis: Bitte noch einmal die Reaktionen des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags, des Städtetags und des LVI und auch die Ausbaustandards prüfen. Wenn man eine zweispurige Ortsumfahrung von Schwäbisch Gmünd macht, dann muss man auch darüber nachdenken, ob eine Ortsumfahrung von Mögglingen vierspurig geführt werden muss oder ob man auch hier vielleicht neue Wege sucht.

Genauso ist es beim Thema A 3, deren Ausbau einen Lückenschluss über 6 km darstellt. Auch hierauf sollte man noch einmal hinweisen.

Ich will nur noch zwei Punkte kurz ansprechen. Beim Thema „Intelligente Verkehrssteuerung“ vermissen wir Aktivitäten über die entsprechenden Streckenbeeinflussungsanlagen hinaus, und beim Thema Straßenbauverwaltung interessieren uns Ihre Vorstellungen. Ich sage, dass man mit Sicherheit aufpassen muss, was man bei der Bauüberwachung nach außen gibt, weil die Bauüberwachung von zentraler Bedeutung hinsichtlich der Frage ist, ob ein Projekt wirtschaftlich realisiert werden kann. Über die Planung selbst kann man, denke ich, mit externen Partnern leichter sprechen.

Schließen möchte ich mit dem, worauf der Kollege Schwarz gestern gegenüber der Presse hingewiesen hat. Er hat beim Thema Schienenverkehr die Hoffnungen auf den neuen Bundesratspräsidenten gelegt. Dann verbinden wir mit dem neuen Bundesratspräsidenten die Hoffnung, dass er auch für den Straßenbau, für den Bundesfernstraßenbau neue Mittel bereitstellenden möge.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Für Baden-Württemberg! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Minister für Verkehr und Infrastruktur Hermann.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man hat an dieser Debatte, glaube ich, gemerkt: Immer, wenn es um Straßen geht, geht es hoch her.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Man könnte auch sagen: Sie haben einen schönen Einblick über die Arbeit im Verkehrsausschuss bekommen, darüber, auf welch „hohem“ Niveau wir über Verkehrspolitik diskutieren.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt! – Abg. Winfried Mack CDU: Wer hat zum Verhalten im Verkehrsausschuss eine Rüge vom Präsidium bekommen? Das waren Sie!)

Ich will Ihnen, Herr Mack, gleich vorweg eines ganz grundsätzlich sagen: Wer auch immer auf Zitate zurückgreift, die irreführend sind oder nicht der Wahrheit entsprechen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich diese Koalition im Koalitionsvertrag einen klaren Auftrag gegeben hat. Dazu steht der Minister genauso wie der Ministerpräsident. Dieser Auftrag heißt: Wir stehen für eine moderne Verkehrsinfrastruktur in einem modernen Industrie- und Dienstleistungsland.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Es ist unser Auftrag, die Verkehrsinfrastruktur zu erhalten, zu sanieren und zu modernisieren und da und dort, wo ein Bedarf besteht – der aber genau zu prüfen ist –, auch neu zu bauen und auszubauen. Das ist unsere Handlungslinie. Da können Sie noch so oft reden und immer wieder behaupten: „Der Verkehrsminister will nicht bauen. Deswegen fordert er kein Geld ein.“

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was steht denn im Koalitionsvertrag, Herr Minister?)

Das ist alles Quark, weil es von der Realität weit weg ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Große Anfrage ist ein gutes Beispiel und ein Feld, auf dem man klarmachen kann: Was läuft in Baden-Württemberg im

(Minister Winfried Hermann)

Bereich des Straßenbaus, insbesondere im Bereich des Bundesfernstraßenbaus? Sie behaupten landauf, landab, wir würden nicht bauen oder würden keine Mittel beantragen. Wir bauen derzeit an vielen Stellen in einem Kostenvolumen von insgesamt 900 Millionen €. Es ist nicht sicher – –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Weiter! – Abg. Manfred Groh CDU: Weiterbau ist das!)

– Wir bauen weiter, weil Sie die Projekte nicht zu Ende geführt haben. Deswegen bauen wir sie weiter. Es gab an keinem Tag einen Baustopp, im Gegenteil. Wir haben beschleunigt.

Jetzt komme ich zu Ihrem Einwand: „Sie haben ja nicht einmal Geld beantragt, als es die Sondermittel gab.“

(Zurufe von der CDU)

Auch das ist falsch. Ich habe es Ihnen im Ausschuss schon mehrfach gesagt. Ich sage es auch hier in aller Öffentlichkeit noch einmal: Wir haben, als klar war, dass es zusätzlich Geld gibt, sofort gesagt: Wir wollen das Geld haben. Auf Ihre Frage, welche neuen Projekte wir damit einleiten, habe ich gesagt: Die laufenden Projekte sind nicht durchfinanziert. Wir werden alles in die laufenden Projekte stecken, damit sie schneller durchfinanziert, schneller realisiert werden, damit wir schneller wieder funktionsfähige Autobahnen haben und nicht immer überall Baustellen antreffen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Mack?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein, er soll die Frage am Ende stellen, wenn er sie dann noch hat.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gut.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Wir haben das also genutzt. Übrigens will ich Ihnen auch einmal sagen: Bundesverkehrsminister Ramsauer hat mir in einem Schreiben bestätigt, dass unsere Strategie, wenn das Geld nicht reicht, genau die richtige ist.

Außerdem haben wir 19 baureife, fertig geplante Maßnahmen priorisiert, weil Sie unendlich viele Maßnahmen versprochen haben, die alle nicht finanziert waren. Wir haben sie priorisiert – inzwischen übrigens unter dem Beifall der Wirtschaft, der Landräte, der Bürgermeister. Überall hat man gesagt: „Dieses Verfahren war einmalig, es war transparent, es war gut.“ Wir haben selbst vom Bundesverkehrsminister und von anderen Verkehrsministern den Hinweis erhalten: „Das war mutig, aber es war gut. Das bringt die Sache weiter und schafft Klarheit.“

Schluss muss auch einmal damit sein, Herr Mack, nachdem man in der Zeit, in der man an der Macht war, nichts bekommen hat, starke Reden zu halten und alles zu versprechen, wenn man nichts mehr zu sagen hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir reden heute über Bundesstraßen. Aber Sie haben uns wiederum den Vorwurf gemacht, wir würden im Bereich der Landesstraßen wenig tun. Das stimmt nicht. Wir haben jetzt zum zweiten Mal die Sanierungsmittel verdoppelt, weil Sie einen Sanierungsstau hinterlassen haben. Wir haben insgesamt immer noch relativ hohe Mittel im Neu- und Ausbaubereich; Sie hatten über viele Jahre auch weniger. In der Summe müssen wir uns überhaupt nicht schämen, im Gegenteil: Es gab viele Jahre, in denen Sie insgesamt schlechter waren. Wer das über viele Jahre zu verantworten hat, der sollte nicht so laut reden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Reinhart?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein. Das machen wir wie bei Herrn Mack am Ende. Dann passt es. Dann können Sie einmal die Gedanken im Zusammenhang hören.

Ich will Ihnen noch etwas zu Ihrer Verantwortung sagen. Wer 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg entdeckt, nachdem er 58 Jahre lang hier die Macht hatte, dass man drei zusätzliche Ost-West-Achsen braucht, der muss sich fragen lassen: Was haben Sie in den letzten 70 Jahren getan, und was haben Sie gedacht? Entweder Sie haben 70 Jahre lang in dieser Einsicht keine Politik gemacht, oder Sie stecken sozusagen geistig noch in der Nachkriegszeit, was die Verkehrsinfrastruktur anbelangt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist wahrscheinlicher!)

Ich glaube, beides ist kein guter Ausweis für Sie, sondern eher das Gegenteil.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie verbreiten landauf, landab und auch heute immer wieder, wir würden nicht oder nicht rechtzeitig planen. Ich kann Ihnen sagen: Wir haben ca. 50 Projekte in Planung. Das heißt, wir sind, wenn wir mehr Geld bekommen, jederzeit in der Lage, das auch umzusetzen. Das ist überhaupt keine Frage. Obwohl wir begrenzte Planungskapazitäten haben, machen wir das weiter. Wir haben das in der Antwort auf die Große Anfrage auch sehr detailliert nachgewiesen.

Nächster Punkt. Es wird immer wieder gefragt: Warum nutzt ihr nicht mehr PPP, Public Private Partnership, als Finanzierungsquelle? Bei der A 6 ist ein solches Projekt jetzt geplant, aber es läuft erst einmal die Ausschreibung. Diese Ausschreibung muss ausgewertet und entschieden werden. Dann muss der Bund noch eine endgültige Wirtschaftlichkeitsberechnung machen, und dann kann es vorangehen.

Sie sehen, auch in diesem Bereich liegt es nicht an uns, sondern der Bund muss schneller reagieren. Die Philosophie, man müsse möglichst viel planen, dann komme auch viel Geld, hat jahrelang nicht funktioniert, und sie funktioniert weiterhin nicht. Es liegt nicht wirklich daran, dass wir zu wenige Pläne hätten, sondern das Problem mit dem langsamen Bauen oder das Problem, nicht neu anfangen zu können, besteht darin, dass wir zu wenig Geld haben. Das ist der eigentliche Punkt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Minister Winfried Hermann)

Gestatten Sie mir eine Bemerkung zu den Verkehrszahlen, die in dieser Großen Anfrage auch angesprochen wurden. Wenn man sich die Entwicklung in den letzten fünf Jahren ansieht, dann stellt man fest: Es gibt immer noch eine Zunahme des Verkehrs, vor allem des Schwerverkehrs. Aber sie ist nicht mehr so drastisch, wie sie in früheren Jahren war. Es ist sozusagen eine mäßige Steigerung. Das deutet an, dass vermutlich auch die demografische Entwicklung einen Einfluss darauf hat.

Was in Baden-Württemberg auffällig ist – da gebe ich Herrn Mack recht –, ist, dass wir ein Transitland sind. Wir haben einen hohen Transitverkehrsanteil. Das belastet unsere Straßen in besonderer Weise. Deswegen kommt von uns auch der Vorschlag, beim nächsten Bundesverkehrswegeplan die großen Achsen, die deutschland- und europaweit von Bedeutung und keine Regionalstraßen von Baden-Württemberg sind, verstärkt auszubauen und die Mittel des Bundes vorab und nicht nach Länderproporz in diese Hauptachsen zu stecken. Denn dort haben wir große Versäumnisse. So muss z. B. die A 8 endlich schnell weitergebaut werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU meldet sich.)

Zum Thema Straßenbauverwaltung. Herr Haller hat es zu Recht angesprochen: Wenn man wenig Geld hat, muss man schauen, dass man in der Verwaltung intelligent und effizient damit umgeht. Deswegen überlegen wir und prüfen auch, ob ein Landesbetrieb Straße am Ende dem Straßenbau mehr nutzt und die Mittel besser umsetzen kann. Ich sage jedoch dazu: Vermutlich werden wir das in dieser Legislaturperiode nicht entscheiden, aber wir prüfen es sehr sorgfältig. Denn am Ende wollen wir einen Beitrag zum strukturellen Sparen oder zur effizienten Verwaltung leisten.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Razavi?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber am Schluss!)

– Am Schluss. Jetzt habe ich es dreimal gesagt, jetzt müsste es bei jeder und jedem angekommen sein.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Man kann doch mal eine Zwischenfrage zulassen! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber am Schluss!)

Jetzt zu dem Thema: Was haben Sie gemacht? Sie haben heute über den „Wasserkopf“ und die vielen Stellen im Verkehrsministerium geschimpft, aber Sie haben über viele Jahre hinweg konsequent in diesen Bereichen, vor allem im Straßenbau, Stellen abgebaut mit dem Effekt, dass man sich die Leistungen, die man eigentlich gebraucht hat, heute fremd einkaufen muss. 42 Millionen € pro Jahr geben wir für Fremde aus, die für uns Leistungen erbringen, die bisher die Landesverwaltung erbracht hat, also Planer, Ingenieure, Projektbegleiter, Controller usw.

(Abg. Bernd Hitzler CDU: Pensionslasten!)

Das Problem ist, dass es inzwischen teurer ist, als würden wir es selbst machen, und dass wir uns nicht genügend leisten können, insbesondere was Kostenkontrolle und Projektsteuerung angeht. Dem muss ein Ende gemacht werden. Es muss Schluss sein mit dem Abbau von Landesverwaltung in diesem Bereich. Da ist nichts mehr zu holen; wir sind wirklich an der Kante. Ich habe das schon oft gesagt.

Manche wundert es, dass das ein Grüner sagt. Aber ich bin der Meinung: Wir sind, was die Verwaltung angeht, an einem Punkt, unter den man nicht mehr herunter gehen kann, es sei denn um den Preis von schlechter Leistung oder der Aufgabe der Finanz- und Kostenkontrolle, was am Ende dann teurer würde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vom Ministerium ins Regierungspräsidium abordnen! So einfach geht es!)

Jetzt komme ich zur eigentlich zentralen Frage, nämlich zur Finanzierungsfrage. Die Situation ist prekär. Ich habe Ihnen immer und immer wieder gesagt: Sie haben über Jahre hinweg alle Ihre Versprechungen, Kalkulationen gemacht, ohne über eine mittelfristige Finanzplanung und Finanzierung nachzudenken.

Wir haben die Priorisierung vorgenommen in der Annahme, dass wir vom Bund entsprechend seiner Zusage zur mittelfristigen Finanzplanung in den nächsten Jahren 120 oder 130 Millionen € – in diesem Korridor – bekommen. Sie haben uns beschimpft, das wäre konservativ, das würde schon wieder zeigen, dass wir das Geld nicht wollten. Aber wir haben so gerechnet, weil das die Zahlen waren, die uns der Bund gegeben hat.

Inzwischen gibt es aber neue Zahlen. Wir haben im Jahr 2012 nur noch 185 Millionen €, 2013 108 Millionen €, 2014 65 Millionen €, 2015 56 Millionen €. Wir haben also im Bereich des Aus- und Neubaus im Jahr 2013 ein Defizit von sage und schreibe 155 Millionen €, im Jahr 2014 von 127 Millionen €. In dieser Situation schreien Sie noch, ich solle noch weitere Baustellen eröffnen – dabei weiß ich noch nicht einmal, wie ich die laufenden weiter finanzieren kann. Der Bundesverkehrsminister hat mir persönlich gesagt und mir in einem Schreiben auch dargelegt: „Ich weiß nicht, ob Ihre Priorisierung funktioniert. Ich kann sie eigentlich nicht bestätigen. Wahrscheinlich müssen Sie es zwei oder drei Jahre hinauschieben.“ Die Zahlen sind aber so, dass vielleicht noch nicht einmal das reicht.

In dieser Situation reißen Sie hier wirklich groß den Mund auf und schreien mich an. Da muss ich Ihnen erst einmal sagen: Sie sitzen hier im Landtag von Baden-Württemberg. Wenn es um Bundesstraßen, Bundesmittel geht, dann schreien Sie einmal in Berlin. Ich kann daraus nur schließen, dass Sie dort nichts zu sagen haben. Denn sonst würden Sie woanders schreien, aber nicht hier.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Jetzt ist es aber ruhig geworden da drüben! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Noch etwas: Der Bundesverkehrsminister hat mir heute – – Das war übrigens auch der Grund, weshalb ich hier zu spät

(Minister Winfried Hermann)

gekommen bin. Ich habe gerade aktuell noch ein Schreiben von ihm bekommen, in dem er sich genau darauf bezieht,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Oje!)

in dem er sich damit auseinandersetzt und sagt, es sei in der Öffentlichkeit so herausgekommen, als würde er immer weniger Geld geben. Das hat er dann klargestellt und gesagt: „In den nächsten Jahren müssen wir die Mittel für Erhalt und Sanierung drastisch erhöhen, weil wir ein solches Defizit haben.“ Dann sagt er: „Sie haben das doch von mir immer eingefordert, wir machen das jetzt.“ Tatsächlich ist es so: Wir bekommen in den nächsten Jahren im Bereich der Erhaltung und Sanierung 335 Millionen €, 350 Millionen €, 360 Millionen €. Das ist die Marge, von der wir gesagt haben, dass wir sie brauchen,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist ja doch keine Kürzung!)

um den Bestand zu erhalten und Vermögen aufrechtzuerhalten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das war ja keine Kürzung! – Abg. Nicole Razavi CDU: Warum reden Sie dann von Kürzung?)

Das ist keine Kürzung, sondern ein Aufwuchs – beim Erhalt ein Aufwuchs, aber beim Aus- und Neubau ein „Abwuchs“. Leider deckt es sich nicht ganz, und es ist insgesamt immer noch weniger, als versprochen war.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Also! – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr interessant!)

Aber was damit klar ist: Der Bundesverkehrsminister hat begriffen, dass man nicht immer nach Neuem schreit, sondern schauen muss, den Bestand zu erhalten. Er hat mir auch sehr deutlich gesagt, auch ihn beunruhige dieses große Defizit. Er sagt aber, er müsse im Haushalt deutlich mehr Mittel bekommen, sonst hätten wir wirklich eine ziemlich schwierige Situation. Das ist die eigentliche Herausforderung.

Ich beschimpfe den Bundesverkehrsminister nicht. Denn entscheidend und verantwortlich für die Finanzierung von Bundesverkehrsinfrastruktur ist der Bundestag.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Haushaltsausschuss!)

Da sitzen Sie, CDU und FDP, an den Schalthebeln. Sie haben die Mehrheit. Sie können das beschließen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Und Sie stimmen dagegen!)

– Herr Mack, auch da noch einmal eine kleine Aufklärung: Wenn im Bundestag Schwarz-Gelb die Mehrheit hat und etwas beschließt, dann ist es völlig wurscht, ob die Grünen dafür oder dagegen sind, dann kommt es heraus, wie Sie es wollen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gott sei Dank! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Da brauchen Sie nicht immer die Grünen zu beschimpfen.

Aber noch einmal zu der Haltung der Grünen. Die Grünen haben das ja nur deshalb abgelehnt, weil es zu einseitig nur auf Straßenbau ausgerichtet ist.

Damit komme ich zum Schluss meiner Rede.

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank!)

Wir haben sicherlich die Gemeinsamkeit in diesem Haus, dass wir sagen: Wir haben einen Sanierungsstau, der abgebaut werden muss. Wir haben die Gemeinsamkeit, dass man auch im Straßenbau etwas machen muss. Wo sich der Weg wirklich scheidet, ist, dass bei Ihnen – bei mir entsteht jedenfalls dieser Eindruck – Verkehrspolitik im Wesentlichen aus Straßenbau besteht, vor allem aus Neubau. Unsere Einsicht ist: Erste Aufgabe ist, ein Verkehrssystem als gut funktionierendes System zu erhalten, zu sanieren, zu modernisieren, die Verkehrsträger als System zu begreifen, alle Verkehrsträger gut miteinander zu vernetzen und mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Hört, hört! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, es liegen noch zwei Nachfragen vor. Kollege Dr. Reinhart ist in der Zwischenzeit gegangen. Dann gibt es noch die Nachfrage des Kollegen Mack und die Nachfrage der Kollegin Razavi.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Minister, Sie haben mir gerade in Ihrer Rede vorgeworfen, ich hätte nicht korrekt zitiert. Ich habe zwei Zitate verwendet. Das erste Zitat stammt aus der „Heilbronner Stimme“ vom 25. November 2012. Da haben Sie ausgeführt, Betriebe – –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Der 25. November 2012 liegt in der Zukunft! – Unruhe)

– Vom 25. November 2011, Entschuldigung. – Da haben Sie ausgeführt, Betriebe wie Layher in Güglingen-Eibensbach seien selbst schuld, wenn sie sich in der Pampa ausdehnten.

Ein zweites Zitat: Der Ministerpräsident hat bei der IHK am 13. Oktober 2011 auf die Frage, was er für den Ausbau der Straßen zu tun gedenke, geantwortet: „Nix.“

Können Sie mir bitte sagen, welches der beiden Zitate – oder vielleicht auch beide – nicht stimmt?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Sehr geehrter Herr Kollege Mack, ob die Zitate richtig vorgelesen sind oder nicht, kann ich erst überprüfen, nachdem Sie sie mir in die Hand gegeben haben.

(Oh-Rufe von der CDU)

Aber man sollte auch als Politiker vielleicht wissen, dass Journalisten bisweilen nicht korrekt oder aus dem Kontext gerissen zitieren oder Zitate erfinden.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU – Zuruf von der CDU)

(Minister Winfried Hermann)

Wenn man nur mit Zitaten von Medien arbeitet, handelt man unter Umständen kurzfristig. Dieses angebliche Zitat der „Heilbronner Stimme“ ist mir schon beliebig oft vorgehalten worden, weshalb ich mich auch genau daran erinnere. Da habe ich sehr deutlich gesagt, dass Betriebe und Kommunen schon bei der Planung auch schauen müssen, wie die Verkehrsinfrastruktur ist, wenn das Unternehmen eine verkehrsträchtige Ansiedlung vornehmen will. Das habe ich damit gemeint.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und was haben Sie gesagt?)

Im Übrigen will ich nur eines sagen: Ich habe mich mit den Bürgermeistern aus dieser Region heute getroffen. Wir denken darüber nach, wie wir eine Lösung finden. Mir ist es nicht egal, wenn dort nichts funktioniert. Aber ich finde, es ist eine Selbstverständlichkeit der Verkehrspolitik – das macht jede Kommune –, bei der Errichtung eines Gewerbegebiets zu schauen, wie es am besten angeschlossen ist, ob es neu angeschlossen werden muss und ob es irgendwohin gelegt werden kann, wo schon entsprechende Infrastruktur vorhanden ist und genutzt werden kann. Diesen Gedanken wollte ich damit äußern. Das ist in diesem Zitat leider nicht zum Tragen gekommen.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das haben Sie dann aber verkürzt gesagt!)

Stattdessen wird da schräg zusammengeschrieben und dann eben auch so zitiert, was in die Irre führt.

(Zuruf von der CDU: Haben Sie das gesagt oder nicht?)

Als der Herr Ministerpräsident bei der IHK gesprochen hat, war ich nicht dabei. Ich kann Ihnen aber sagen, dass ich schon auf vielen IHK-Veranstaltungen war und immer und immer wieder sage, dass ich jederzeit anerkenne, dass wir, wenn es einen Bedarf gibt, auch prüfen, dass aber auch für die IHK gilt, dass das Geld nicht vom Himmel fällt. Kein Unternehmer investiert gleichzeitig in 100 Baustellen, wenn er erst in 100 Jahren einen Nutzen davon hat. Vielmehr konzentrieren sich auch die Unternehmer auf einzelne Vorhaben, setzen die Investitionen dafür in Gang und bringen sie dann rasch zu Ende, damit sie bald einen Nutzen davon haben.

Wir haben im Verkehrsbereich bisher zu viele Baustellen – keinen Nutzen, aber viel Stau. Das machen wir so nicht mehr weiter. Wir wollen weniger Baustellen, eine schnellere Abwicklung und weniger Stau. Das ist meine Philosophie.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollegin Razavi, bitte.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Minister, ich bin Ihnen dankbar für Ihre gerade getroffene Klarstellung, dass der Bund die Mittel für den Bundesfernstraßenbau nicht in großem Umfang gekürzt hat, sondern dass eine Umschichtung von Neubau- in Erhaltungsmaßnahmen stattfindet und damit die Behauptung, es würde massiv gekürzt, die Sie bisher immer von sich gegeben haben, so nicht stimmt.

Ich habe zwei Fragen. Zum einen: Können Sie uns den Begriff „Swing“ erklären,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ein zinsloser Überziehungskredit!)

und können Sie uns einmal erklären, warum das Land Baden-Württemberg im Gegensatz zu den anderen Bundesländern in den vergangenen Jahren von diesem Swing und auch von den Konjunkturprogrammen der letzten Jahre profitieren konnte? Das ist meine erste Frage.

Die zweite ist eine Frage zum Thema „Stellen in der Straßenbauverwaltung“. Warum hat die neue Landesregierung gleich zu Beginn ihrer Amtszeit die Stellen, die die vorherige Landesregierung noch für den Straßenbau geschaffen hatte, gestrichen? Das macht, wenn ich richtig informiert bin, allein im Regierungspräsidium Stuttgart 30 Stellen aus. Mich würde interessieren, warum Sie das gemacht haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr schön!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Erstens: Wir haben keine Stellen gestrichen, die Sie nicht schon gestrichen hatten.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ich weiß nicht, auf was genau Sie jetzt abzielen. Aber in der Regel handelt es sich um die Umsetzung von alten Beschlüssen, wenn überhaupt Stellen wegfallen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nein, nein, nein!)

Ich habe keine Stellen im Straßenbau gestrichen. Ich habe keine neuen Stellen gestrichen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Die hätten Sie verlängern können!)

Dann zum Thema „Erhalt und Neubau“ und zu dem Mittelverhältnis. Ich habe Ihnen mehrfach gesagt: In der Summe sind es trotzdem weniger Mittel. Aber man muss doch zur Kenntnis nehmen: Wenn man zunehmend mehr Geld für Erhalt und Sanierung braucht, dann kann man nicht auf dem gleichen Niveau die Neubaumaßnahmen fortführen; das geht dann nicht. Dann müssen Sie sich einmal entscheiden: Entweder Sie wollen deutlich mehr Geld bereitstellen, oder Sie sagen: „Wir müssen uns etwas bescheiden.“

(Abg. Winfried Mack CDU: Also sind Sie damit zufrieden! – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

– Ja, ich glaube, dass man in dieser Zeit, in einer Zeit knapper Mittel, die Frage beantworten muss:

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das war jetzt wieder klar! – Abg. Winfried Mack CDU: Vielen Dank!)

Was können wir uns noch leisten? Wie viel können wir uns pro Jahr leisten? Dieser schwierigen Aufgabe stellen Sie sich nicht. Vielmehr sagen Sie: „Alles ist wichtig.“ So kommt man aber in der Politik nicht weiter.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nun zu den Themen Konjunkturprogramme und Swing. Es ist ein Märchen – auch wenn Sie es noch so oft erzählen –, zu sagen, wir würden davon nicht profitieren.

(Minister Winfried Herrmann)

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das habe ich doch gesagt!)

Wir haben das Konjunkturprogramm voll ausgeschöpft, und wir haben zum Ende eines jeden Jahres über Umschichtungen mehr Mittel vom Bund bekommen. Wir arbeiten seit Jahren – das war früher so, und das gilt heute immer noch – mit dem Swing. Das ist nichts anderes, als Geld auszugeben, bevor man es hat. Man setzt dabei Mittel, die man erst im Folgejahr bekommt, bereits im laufenden Jahr ein, und zwar deshalb, weil das zur Verfügung stehende Geld nicht reicht.

Ich sage Ihnen aber: Diese Politik hat Grenzen. Denn damit wird das Geld nicht mehr, sondern die Mittel werden einfach nur hin- und hergeschoben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das war gar nicht meine Frage!)

Das Grundübel ist: Wir haben zu viele Baustellen im Verhältnis zu den Mitteln, die wir tatsächlich bekommen. Auf Dauer wird das so nicht gutgehen. Ich achte darauf, dass wir eine klare, transparente Finanzierung haben, sodass wir davon ausgehen können, dass wir das, was wir aufgrund des Bedarfsplans an Finanzierungsmöglichkeiten haben, auch bekommen. Denn wir können nicht ständig darauf hoffen, dass etwas hinzukommt.

Wir könnten zwar in diesem oder im nächsten Jahr die Hoffnung haben, dass aufgrund der anstehenden Bundestagswahl ein Straßenbauprogramm aufgelegt wird, durch das wir noch einmal zusätzliche Mittel bekommen könnten. Aber es gilt, was Herr Haller bereits gesagt hat: Solche Einzelprogramme haben den gravierenden Nachteil, dass damit eine Maßnahme anfinanziert, aber nicht zu Ende finanziert werden kann, weil die entsprechenden Mittel nicht durchlaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage der Frau Abg. Razavi?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Ja.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Minister, ich habe mich vielleicht missverständlich ausgedrückt. Ich hatte nicht daran gezweifelt, dass wir von den Konjunkturprogrammen und vom Swing profitiert haben. Natürlich haben wir profitiert. Zum Glück! Ich will jedoch von Ihnen wissen, warum wir anders als manche anderen Bundesländer davon profitiert haben.

Ich gebe Ihnen auch gleich die Antwort: Wir haben profitiert, weil wir Planungen in der Schublade hatten, die wir dann herausziehen konnten. Ihr Märchen stimmt einfach nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD – Abg. Martin Rivoir SPD: Um Gottes willen!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Wenn Ihnen das hilft: Wir hatten Planungen in der Schublade. Aber auch die anderen hatten solche Planungen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wir hatten ganze Schubladen voller Planungen!)

Gibt es noch weitere Fragen? – Offenbar nicht.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Haller das Wort.

(Abg. Winfried Mack CDU: Der hat es jetzt schwer!)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Ich stelle Gemeinsamkeiten fest, was die Notwendigkeit betrifft, den Ausbau zu fördern, und ich stelle auch Gemeinsamkeiten hinsichtlich eines Landesbetriebs Straßenbau fest. Aber es gibt einen Kernunterschied: Sie, meine Damen und Herren von der CDU, leben von der Autosuggestion.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und Sie von der Fahrrad-Suggestion!)

Sie glauben, wenn Sie nur genug fordern, dann komme auch schon das Geld. Das ist ein ganz, ganz großer Irrtum. Wir können Straßen nur von dem Geld bauen, das da ist, und nicht von dem Geld, das noch in den Sternen steht.

Der Swing ist richtig. Das Geld gibt es. Auch die Schublade mit den Planungsunterlagen ist gut gefüllt. Aber eine volle Schublade nützt nichts; das kann nicht abgearbeitet werden, wenn das Geld hierzu fehlt. Straßenbau hat nun einmal in hohem Maß und vorrangig etwas mit Geld zu tun, das wir vom Bund brauchen.

Noch einmal zur Dimension und zum Stichwort „Letzte Milliarde, die im Rahmen der Investitionsförderung hinzukam“: Bei uns im Land sind für den Straßenbau vielleicht 60 bis 100 Millionen € von dieser einen Milliarde angekommen. Allein die Preissteigerungen fressen diesen Betrag aber locker auf. Denken Sie nur einmal an den Tunnel in Schwäbisch Gmünd. Dort ist anfangs von Kosten in Höhe von 120 Millionen € ausgegangen worden. Inzwischen kostet dieser Tunnel fast 300 Millionen €. Dieses Beispiel macht die Dimensionen deutlich, um die es geht. Selbst wenn der Bund zusätzlich 1 Milliarde € als Wahlkampfbeitrag der CDU bereitstellen sollte, würde dies im Land hinten und vorn nicht reichen.

Deswegen, meine Damen und Herren, bleiben Sie – ich sage es nochmals – doch bitte realistisch. Jeder Cent, der vom Bund kommt, wird von dieser Koalition verbaut – mit Wonne verbaut!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Aber halten Sie doch nicht an Ihrem Wunschdenken fest, dass mehr Geld fließt. Dieses Geld fließt dann, wenn Sie sich durchsetzen, und zwar beim Bundesverkehrsminister wie auch – jetzt sage ich das auch einmal – beim Bundesfinanzminister, der aus diesem Bundesland kommt. Auch er trägt hier eine Verantwortung.

In diesem Sinn herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Raufelder das Wort.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte gern noch einen Aspekt darlegen, der mir ebenfalls wichtig scheint: Die Verkehrsministerkonferenz hat ein Finanzierungskonzept in Auftrag gegeben bzw. hat selbst darüber diskutiert. Herr Minister Hermann ist Mitglied in dieser Kommission.

Es ist, denke ich, sehr interessant, zu schauen, was es denn überhaupt an neuen Wegen gibt. Dass diese PPP-Modelle nicht das Gelbe vom Ei sind, hat man inzwischen auch beim Bundesrechnungshof mitbekommen; dies wurde einer Prüfung zugeleitet. Daher sind auch solche Finanzierungsmodelle tatsächlich noch einmal auf den Prüfstand zu stellen.

Aber grundsätzlich – das ist, denke ich, auch ganz wichtig – müssen wir Wege finden, sei es über das GVFG, das vorhin angesprochen wurde, also im Rahmen von Gemeindefinanzierungskonzepten, sei es über Konzepte zu der Frage, wie man den Straßenbau weiter voranbringen kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf die Mobilitätszentren zu sprechen kommen, in deren Rahmen die Straße gleichrangig mit anderen Verkehrsträgern bewertet wird. Dieses Thema hat einen hohen Stellenwert, und es wird auch weiterhin einen hohen Stellenwert in der Verkehrspolitik einnehmen. Denn tatsächlich kann man heutzutage nicht mehr nur auf einen Verkehrsträger setzen.

Deswegen die Bitte von meiner Seite, von grüner Seite: Lassen Sie uns diese Modelle anschauen; lassen Sie uns gemeinsam beim Bund vorsprechen, damit diese Mittel dann auch dahin fließen, wo sie gebraucht werden, nämlich in Transitländer wie Baden-Württemberg.

Ich kann für diesen Gedanken nur werben, und ich hoffe, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen sowie die entsprechenden Parteifreunde im Land die nötige Unterstützung leisten, damit das Land Baden-Württemberg tatsächlich auch den Anteil bekommt, den es braucht und den es auch verdient.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. September 2012 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksachen 15/2305, 15/2478

Berichterstatter: Abg. Claus Paal

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Frau Kollegin Gurr-Hirsch.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es jüngst auf den Punkt gebracht: Der Friedensnobelpreis, der der EU vor Kurzem zugesprochen wurde, ist ein Ansporn, und der Euro ist ein Bekenntnis. So weit die Worte der Frau Bundeskanzlerin.

Ich freue mich, dass das Nobelpreiskomitee den in die Zukunft weisenden Beitrag der europäischen Einigung für den Frieden in dieser Weise gewürdigt hat. Einen aufrechten Europäer muss dies zufriedenstellen.

Der Preis erinnert uns allerdings auch daran, dass die Friedensidee das Kernstück der Europapolitik war, das Kernstück der Europäischen Union. Das soll auch weiterhin so bleiben.

Gleichzeitig mahnt uns der Friedensnobelpreis aber auch, die Errungenschaften, die Werte Europas wieder mehr wahrzunehmen und auch mehr wertzuschätzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde erstmals eine Grundrechtecharta als rechtsverbindlicher Bestandteil der EU-Verträge geschaffen. Gerade angesichts der aktuellen Debatten um die Staatsschuldenkrise brauchen wir eine Rückbesinnung auf die Grundwerte. Ein Blick in die Charta der Grundrechte zeigt uns das gesamte Panorama auf. Da gibt es in Artikel 4 das Verbot der Folter. Artikel 10 sichert die Gedanken-, die Gewissens- und die Religionsfreiheit zu. Artikel 11 befasst sich mit der Freiheit der Meinungsäußerung.

Auf diesen Werten gründet die Europäische Union. Jeder Staat, der ihr beitreten möchte, muss sich nicht nur zu diesen Werten bekennen, sondern muss sie auch aktiv umsetzen. Diese politischen Kriterien dürfen nicht gering geschätzt werden; daran müssen sich auch assoziierte Staaten wie etwa die Türkei messen lassen.

Im jüngsten Strategiepapier der Kommission zur Erweiterung, das sich auch mit den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auseinandersetzt, heißt es:

Die Besorgnis wegen des Mangels an substanziellen Fortschritten der Türkei bei der vollständigen Erfüllung der politischen Kriterien wächst.

Ich frage mich, wie angesichts einer solchen Einschätzung Herr Ministerpräsident Kretschmann eine klare, ja eine ausdrückliche Beitrittsperspektive für die Türkei fordern konnte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Kommission kommt in ihrem Bericht zu eindeutigen Schlüssen. So heißt es weiter – ich zitiere –:

Erhebliche Bedenken bestehen weiterhin hinsichtlich der Achtung der Grundrechte im Land.

– In der Türkei. –

Weitere Einschränkungen der Medienfreiheit in der Praxis und eine wachsende Zahl von Gerichtsverfahren ge-

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

gen Schriftsteller und Journalisten geben Anlass zu ernster Sorge.

In Gesprächen, die wir gerade mit NGOs geführt haben, wurde gesagt, dass derzeit zwischen 70 und 100 Journalisten in den Gefängnissen sind.

(Abg. Winfried Mack CDU: Hört, hört!)

Weiter heißt es in dem Bericht:

Bei den Menschenrechten und beim Minderheitenschutz bedarf es erheblicher Anstrengungen in den meisten Bereichen, vor allem bei der Meinungs-, Vereinigungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit.

Wörtlich schreibt die Kommission:

Der Abwärtstrend bei Folter und Misshandlung in Haftanstalten hat sich fortgesetzt.

Das heißt, es ist schlimmer geworden.

Diese Zitate ließen sich weiter fortsetzen. Eines ist ihnen jedoch gemeinsam: Offensichtlich ist die Türkei derzeit weit davon entfernt, die Beitrittskriterien zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Vor diesem Hintergrund sind die Aussagen von Herrn Ministerpräsident Kretschmann, die EU müsse auf die Türkei zugehen, noch unverständlicher.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie, ob Sie die Erkenntnisse der Kommission bewusst ignorieren oder am Ende aus kurzfristigen Überlegungen gar eigene Werte über Bord werfen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang allerdings ausdrücklich sagen, dass ich einen hohen Respekt vor Ihrer Rede habe, in der Sie auch festgestellt haben, dass die Türkei noch sehr viel tun müsse, um vor allem den religiösen Minderheiten ihre Entwicklung zu sichern.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Einigermaßen bizarr wird es dann, wenn der Bundesratspräsident, der Sie in einigen Tagen sein werden, auf seiner ersten Auslandsreise nach seiner Wahl eine fundamental andere Position einnimmt als etwa die Bundesregierung. Sie setzen sich damit nicht nur über eine bundesstaatliche Kompetenz der Außenvertretung hinweg, sondern Sie ignorieren das Demokratieprinzip.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Man muss es ganz klar sagen: Die von einer Mehrheit der Bundesbürger gewählte Bundesregierung wird damit außenpolitisch brüskiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

Mir stellt sich die Frage, ob Sie den wahren Effekt Ihrer Äußerungen überhaupt erkennen konnten.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Aber Sie?)

Die Kräfte in der Türkei, die den Trend der wachsenden Islamisierung kritisch sehen, die für Meinungsfreiheit und Menschenrechte eintreten, werden durch diese Positionierung sicherlich nicht gestärkt. Vielmehr sind solche Äußerungen als Freifahrtschein für die türkische Regierung in Richtung EU zu verstehen, und sie tragen sicher nicht dazu bei, dass die Türkei engagiert notwendige Reformen in Richtung Demokratie und Menschenrechtsgewährung fortsetzt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war der europapolitische Beitrag der CDU! Vielen Dank!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Kollegen Frey.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin, Sie erlauben, dass ich zur Tagesordnung spreche.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Europapolitik!)

Punkt 6: „Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung – Bericht über aktuelle europapolitische Themen“.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Landesregierung und Europapolitik! Aktuelle europapolitische Themen!)

Die Vorlage ist die Drucksache 15/2305, die in den entsprechenden Ausschüssen vorberaten wurde. Fälschlicherweise steht hier, dass der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zuständig sei. Zuständig ist normalerweise der Europaausschuss. Aber ich gehe davon aus, dass, weil der Schwerpunkt bei den Finanzen lag, hier der Finanzausschuss federführend tätig war.

Europa ist mehr als Krisenbewältigung, und die Landesregierung hat das in dem Bericht sehr gut dargestellt: die vielfältigen Aktivitäten im Donauraum, bei den „Vier Motoren“, in der Entwicklungszusammenarbeit, die neuerdings in diesem Ausschuss angesiedelt ist. Wir bedanken uns sehr für diesen ausführlichen Bericht, weil er deutlich macht, wie Europa lebt und wie Europa erlebbar wird, auch konkret hier mitten im Land.

Gleichzeitig geht es noch um die Frage der Förderperiode 2014 bis 2020, die in allen Ministerien vorbereitet werden muss und langwierige Verhandlungen mit sich bringt.

Der Quartalsbericht macht deutlich, dass Europa in der Finanz- und Sozialpolitik, aber auch in der Strukturpolitik ein Querschnittsthema ist. Diese Schwerpunktthemen spielen nicht nur bei EU-Gipfeltreffen eine Rolle, sondern sind auch hier bei uns auf der Landesagenda, weil wir im Landtag dafür sorgen müssen, dass Europa und seine Themen hier erlebbar und transparent dargestellt werden. Dieser Bericht ist ein hervorragender Beitrag dazu.

Das Bundesverfassungsgericht hat in den letzten Urteilen die Rechte der Parlamente, auch der Landesparlamente und des Bundesrats, gestärkt. Wir betrachten diese Urteile als einen großen Erfolg für unseren Landtag und für die demokratischen Strukturen des föderalen Systems. Damit können wir nämlich

(Josef Frey)

sicherstellen, dass völkerrechtliche Verträge, die Europa betreffen, im Zweifelsfall formal europarechtlichen Angelegenheiten im Sinne von Artikel 23 des Grundgesetzes gleichzustellen sind. Damit stehen dem Bundesrat die gleichen Informationsrechte zu wie dem Bundestag.

Damit haben wir aber auch eine Mitverantwortung, was Europa betrifft, und eine Mithaftung, nicht nur finanziell, sondern auch Wege aufzuzeigen, die in eine neue Zukunft für Europa führen, und hierzu eine parlamentarische Diskussion zusammen mit der Zivilgesellschaft zu entfachen.

Die parlamentarische Kontrolle wurde mit den Bundesverfassungsgerichtsurteilen gestärkt. Umso mehr unterstützen wir, dass der Kommissar für Finanzen und Wirtschaft – das ist im Gespräch – zukünftig vom Europäischen Parlament gewählt werden soll und von ihm abgewählt werden kann und nicht in irgendeiner Form bestimmt wird, genauso wie die Bankenaufsicht in der EZB nicht durch den EZB-Rat beaufsichtigt wird, sondern durch ein eigenständiges Gremium.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Auf der Bundesratsebene wird im Augenblick das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union überarbeitet. Für uns bedeutet dies, dass wir unser Gesetz dann ebenfalls überarbeiten müssen, das regelt, wie sich die Zusammenarbeit zwischen Landtag und Bundesrat und die Rolle der Länder darstellen soll.

Lassen Sie mich jetzt noch einen Satz zu dem Antrag sagen, der vor etwa einer Stunde eingegangen ist. Ich nehme an, Frau Gurr-Hirsch, Sie bringen ihn nachher noch ein.

(Abg. Peter Hauk CDU: Der ist schon eingebracht! Er liegt Ihnen hier vor! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der liegt vor! Grottenschlechter Antrag!)

Ich bin etwas verwundert. Sie haben ja hier den Bericht der Landesregierung zum zweiten Quartal vorliegen. Jetzt kommen Sie mit dem Versuch, hier polemisch darzustellen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Sagen Sie mal, wo hier ein polemisches Wort drinsteht! Das möchte ich jetzt mal wissen!)

dass der Ministerpräsident die Türkei zum Beitritt einlädt. Er hat sehr differenziert – das haben Sie ja auch anerkannt, Frau Kollegin – auf die Schwächen hingewiesen, aber auch auf die Wichtigkeit, Europa weiterzuentwickeln. Nachdem gerade jetzt die Länder in ihrem Selbstvertrauen vom Bundesverfassungsgericht unterstützt worden sind, sagen Sie: Die Ministerpräsidenten sollen ab sofort einen Maulkorb haben. Frühere Ministerpräsidenten haben sich natürlich auch geäußert. Sie wissen, dass Mappus dagegen war. Oettinger äußert sich jetzt jüngst wieder dafür. Er war immerhin auch einer Ihrer Ministerpräsidenten.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Genauso inkohärent ist Ihr Antrag. Sie sagen einerseits: „Verpasst dem Ministerpräsidenten einen Maulkorb.“ Andererseits sagen Sie: „Mischt euch ein.“

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie müssen sich schon entscheiden, ob sich der Landtag jetzt hier einmischen soll oder ob man dem Ministerpräsidenten einen Maulkorb verpasst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme gleich zum Schluss.

Sie berücksichtigen bei diesem Antrag nicht – da übernehmen Sie auch keine Verantwortung für die 430 000 Menschen, die aus der Türkei hierher nach Baden-Württemberg gekommen sind –, was Sie mit solchen Anträgen anrichten.

Sie haben wiederum eine Chance verpasst, sich von der Art und Weise der Politik des Vorgängers unseres Ministerpräsidenten zu distanzieren, und hätten diesen Bericht verabschieden können, ohne jetzt hier eine Debatte hochzuziehen, die am falschen Ort und zum falschen Zeitpunkt stattfindet. Beantragen Sie doch eine Aktuelle Debatte, oder gehen Sie mit einem Antrag in den Europaausschuss. Aber zu diesem Zeitpunkt ist dieser Antrag hier völlig fehl am Platz.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Haller-Haid das Wort.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Europaberichte sind ja derzeit schneller überholt, als die Regierung sie aktualisieren kann. Deshalb kommt die CDU auf die Idee, das mit unsinnigen Anträgen irgendwie aufzupeppen.

(Beifall des Abg. Josef Frey GRÜNE – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich will aber meine Rede nicht mit so etwas beginnen, sondern mit etwas Positivem.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mit Ignoranz kommen Sie auch nicht weiter!)

Ich möchte auf den Friedensnobelpreis eingehen, der uns alle daran erinnert, dass Europa für eine beispiellose Geschichte des Zusammenwachsens von ehemals verfeindeten Völkern steht. Im Alltag wird das leider häufig übersehen und vergessen, und deshalb ist das gut. Die „Bild“-Zeitung hat geschrieben: „Wir sind Nobelpreisträger“. Mir wäre es lieber, die Menschen in Europa würden sagen: Wir sind Europa. Deshalb ist dieser Preis auch ein Ansporn, genau dafür zu arbeiten.

Ich denke, alle, die beim Staatsakt in Ludwigsburg dabei sein konnten, haben erlebt, welche positive Stimmung dort geherrscht hat. Das haben wir ja ganz selten. Von der Begeisterung vor 50 Jahren, der Begeisterung der Jugend bei der Rede de Gaulles, der Begeisterung, dass es dieses Europa überhaupt gibt, können wir heute nur noch träumen.

Aber Träume sind manchmal nicht das Schlechteste, nämlich dann, wenn man sich daranmacht, sie umzusetzen. Es war der Traum von einem Europa ohne Krieg, der Traum, dass sich das deutsche und das französische Volk nie wieder bekriegen, der die deutsch-französische Freundschaft entstehen und wachsen ließ. Es gab viele, die nach dem Zweiten Weltkrieg die

(Rita Haller-Haid)

sen Traum träumten, und einige, die sich mit politischem Mut und mit Hartnäckigkeit daranmachten, diesen Traum umzusetzen. Ohne diese Männer und Frauen auf beiden Seiten des Rheins hätte de Gaulle 1962 seine Rede nicht halten können und wäre der Elysée-Vertrag auch nicht unterschrieben worden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Der Südwesten und dabei insbesondere ein Mann haben bei dieser Entwicklung und bei der Völkerverständigung eine ganz wichtige Rolle gespielt, und zwar war es Carlo Schmid, der uns auf den Weg gegeben hat:

Wenn Europa werden soll, dann muss man aufs Ganze gehen ...

Man darf es nicht nur halb schaffen.

Ich bitte Sie, sich diesen Satz auf der Zunge zergehen zu lassen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Europa!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um Völkerverständigung geht es auch heute noch. Konkret geht es nämlich um das Verständnis für die Länder, die derzeit von den Problemen besonders gebeutelt werden. Europa darf aber nicht auseinanderbrechen. Wir sind Europa. In dieser Verpflichtung sieht sich nämlich die Landesregierung. Deshalb einige Stichworte zu den Herausforderungen, die sich uns stellen, vor allem jetzt, da Baden-Württemberg die Präsidentschaft der „Vier Motoren“ übernommen hat.

Weil wir wirtschaftlich wesentlich besser dastehen als unsere Partnerregionen, haben wir gerade auch die Chance, eine Art Lokomotivrolle zu übernehmen und damit die „Vier Motoren“ zu ziehen. Diese sind schon etwas in die Jahre gekommen und haben das auch nötig.

Deshalb ist es gut, dass die Landesregierung Prioritäten setzt: zum einen die Stärkung des regionalen Wettbewerbs und zum anderen – das ist genauso wichtig – die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Diesen beiden Prioritäten werden sämtliche Aktivitäten der Landesregierung untergeordnet.

Zum Ersten gehört natürlich die Innovationsförderung – z. B. auf dem Gebiet der Elektromobilität –, aber auch die Internationalisierungsstrategie. Stichworte in diesem Zusammenhang sind Mercosur und die Donaauraumstrategie. In diesem Jahr war die Vojvodina ein Schwerpunkt. Solche wirtschaftlichen Missionen in Zusammenarbeit mit den „Vier Motoren“ sind in den Balkanregionen auch deshalb wichtig, weil sie einen Beitrag dazu leisten, dass in diesen durch Kriege und nationalistische Abschottung geprägten Regionen die Einsicht wächst, dass man nur mit Europa weiterkommt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Meine Damen und Herren, mehr Chancen bietet auch die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Partnern. Nicht von unge-

fähr haben wir im Landtag beschlossen, dass wir die „Vier Motoren“ um eine polnische Partnerregion erweitern wollen. Ich freue mich sehr, dass sich die Landesregierung dem Vorschlag der SPD-Fraktion angeschlossen hat oder vorhat, dies zu tun, dass nämlich die Region Lodz eine weitere Partnerregion wird. Unser Arbeitskreis Europa hat sich die Region angeschaut, und wir haben festgestellt: Es gibt dort sehr viele Möglichkeiten für kleine und mittlere Betriebe. Es ist aber auch deshalb eine sehr gute Entscheidung, weil zwischen dieser Region und Baden-Württemberg bereits sehr viele Partnerschaften bestehen, und zwar sowohl auf kommunaler Ebene als auch zwischen Vereinen und in der Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich schaffe es leider nicht, die ganze Rede vorzutragen, aber ich muss noch auf den Antrag eingehen, den die CDU gestellt hat. Ich bin natürlich schon etwas verwundert über diesen Antrag. Denn wir alle gemeinsam sind für ein Europa der Regionen eingetreten, und heute fordern Sie, dass für die auswärtigen Beziehungen allein die Bundesregierung zuständig sei und sich die Landesregierung bundestreu zu verhalten habe. Sie meinen wahrscheinlich Vasallentreue.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nein! Sie brauchen nur in das Grundgesetz zu schauen! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Laienhaft! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es gibt ein Bundesbildungsministerium, aber kein Landesaußenministerium! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Diesen Vorschlag zu machen ist – –

(Unruhe bei der CDU)

Wir können heute, denke ich, diese Türkei-debatte nicht führen. Aber dieser Antrag ist doch so etwas von unsinnig. Ihre Landesregierung hat sich auch immer zu internationalen Fragen geäußert. Vorhin wurde Mappus zitiert; Oettinger hat es genauso gemacht.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Kollegin, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Vor allem Erwin Teufel hat sich ganz entscheidend für ein Europa der Regionen eingesetzt und natürlich auch Äußerungen in Richtung Türkei getan. Aber so einen Antrag hier einzubringen macht keinen Sinn. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Grimm das Wort.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die Botschaften zu Europa, welche die Regierung aufgezählt hat, hören wir wohl. Es fehlt nicht einmal der Glaube, guten Willen dahinter zu vermuten. Wir alle aber wissen: Oft ist gut gemeint noch lange nicht gut. Vieles müssen wir hier schlicht zur Kenntnis nehmen.

(Leopold Grimm)

Ein Bereich, in dem auch das Land sein Gewicht in die Waagschale werfen kann, ist die Aufsicht über das für die Volkswirtschaft verlässliche Bankensystem. Die Staats- und Regierungschefs haben sich auf einen Kompromiss geeinigt. Die EU will bis zum Jahresende einen Entwurf mit neuen Rechtsvorschriften für eine einheitliche Aufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank vorlegen. Diese Aufsicht soll das Euro-Währungsgebiet abdecken. Alle Mitgliedsstaaten könnten sich anschließen.

Wir halten es für richtig, dass die Europäische Zentralbank ihre Unabhängigkeit behält. Wir sind für eine klare Trennung zwischen den geldpolitischen und den aufsichtsrechtlichen Aufgaben der EZB. Die EZB als künftige Bankenaufsicht der Euroländer muss Zähne haben. Gegebenenfalls muss sie auch eine Bank schließen können, wie dies in Deutschland der BaFin möglich ist.

In der vergangenen Woche hatte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags in den Gesetzgebungsprozess gegeben. Hierbei sticht insbesondere die getroffene Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung der Betriebs- und Investitionskosten für 30 000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren hervor. Hierzu wird der Bund den Ländern über einen Festbetrag bei der Verteilung des Umsatzsteueraufkommens im Jahr 2014 einmalig 37,5 Millionen € und ab dem Jahr 2015 dauerhaft 75 Millionen € für die Betriebskosten und 585 Millionen € für zusätzliche Investitionen zur Verfügung stellen.

Dies ist begrüßenswert, weil der Bund erhebliche Lasten der Länder und Kommunen nicht nur in diesem Bereich übernimmt. Problematisch allerdings ist, dass sowohl Länder und Kommunen als auch die Träger beim Ausbau hinterherhinken. Daher sollte mit dem Gesetzentwurf auch der Ausbau der Betreuungsplätze beschleunigt werden. Deshalb sollte die Landesregierung die innerstaatliche Umsetzung des Fiskalvertrags unterstützen.

Auf der langen Liste der auf die Europapolitik bezogenen Taten der Landesregierung steht auch der Besuch des Ministerpräsidenten in der Schweiz. War es vornehme Zurückhaltung, weshalb dabei nicht die Probleme mit dem Staatsvertrag zum Fluglärm angesprochen wurden, oder sind diese vom Ministerpräsidenten erst entdeckt worden, nachdem die betroffene Bevölkerung ihre Unzufriedenheit lautstark öffentlich gemacht hatte?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was für ein Un-sinn!)

Mit Recht als herausragend bezeichnet die Regierung den vergangenen 50. Jahrestag der Rede an die deutsche Jugend von Charles de Gaulle in Ludwigsburg.

Alle Feiertage haben einmal ein Ende, die deutsch-französische Zusammenarbeit aber hoffentlich nie. Der deutsch-französische Alltag wird noch durch zu viele Grenzen wenn nicht getrennt, so doch behindert. Wir brauchen neben allen öffentlichen Beteuerungen, neben allen bi- und trinationalen Gremien, Arbeitskreisen, Geschäftsstellen und gegenseitigem Schulterklopfen mehr unbürokratische Zusammenarbeit. Dies muss nicht nur für den Feiertag, sondern auch für den Alltag taugen.

Für uns ist heute eine globale Wirtschaft selbstverständlich. Wenn es aber um Aus- und Weiterbildung geht, stößt diese Wirtschaft in Richtung Frankreich an lokale Grenzen, nur weil der Rhein dazwischen fließt. Fragen Sie einmal bei den betroffenen Industrie- und Handelskammern nach. Diese könnten Ihnen Romane erzählen über all das, was in diesem Bereich nicht funktioniert. Für die Landesregierung würde sich daher ein weites Feld an Herausforderungen öffnen.

Sie mögen mir verzeihen, wenn ich ein bisschen aus dem europäischen Alltag geplaudert habe. Das ist nicht das Europa der dramatischen Schlagzeilen, aber das Europa, um das wir uns heute mehr denn je täglich kümmern müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Friedrich das Wort.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Lieber Herr Grimm, vielen Dank für den Hinweis auf die duale Berufsausbildung am Oberrhein. Darüber hatten wir ja schon im Ausschuss diskutiert. Ich kann Ihnen versichern, dass wir dieses Thema im Blick haben und auch daran arbeiten. Wenn Sie sich beispielsweise anschauen, was wir im vergangenen Quartal zum Thema „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ als Kabinettsbeschluss zusammengetragen haben und welche Schwerpunkte wir setzen, dann stellen Sie fest, dass es genau um diese pragmatischen Dinge geht.

Im Bericht über das vergangene Quartal wurde die Beschlussfassung zum ESM und zum Fiskalpakt thematisiert. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass es meines Erachtens ein großer Erfolg war, den wir gemeinsam errungen haben – dabei danke ich für die Unterstützung des Landtags bei dieser Frage –, dass die Beteiligungs- und Autonomierechte der Länder in den Verhandlungen über den ESM und den Fiskalpakt gestärkt und gesichert worden und nicht durch den Rost gefallen sind. Das ist auch deswegen wichtig, weil wir ein föderales Europa brauchen. Deshalb muss der Föderalismus bei uns funktionieren. Daher ist es gut, dass es uns in den Verhandlungen über den Fiskalpakt gelungen ist, eine Stärkung der Länderrechte bzw. der Länderautonomie zu erreichen und keine Schwächung zu bekommen, wie sie ursprünglich von der Bundesregierung vorgesehen war.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben gerade von der Sechs-Länder-Arbeitsgruppe unsere Vorschläge zur Neuformulierung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union übermittelt. Auch hierbei geht es um die Schließung einer Rechtslücke. Gott sei Dank müssen bei intergouvernementalen Verhandlungen in Zukunft die Länder beteiligt werden. Was wir bereits bei EU-Vorhaben erkämpft haben, gilt nun in Zukunft auch bei internationalen Verträgen, die nicht von allen 27 Mitgliedsstaaten geschlossen werden. Die Länder sind daran zu beteiligen. Auch das ist ein wichtiger Fortschritt und eine wichtige Markierung der Position der Länder im Staatsaufbau und in der europäischen Politik.

Außerdem will ich unsere Maßnahmen zur grenzüberschreitenden europäischen Zusammenarbeit im Zusammenhang mit

(Minister Peter Friedrich)

der Donaunraumstrategie und den „Vier Motoren für Europa“ ansprechen. Wir beginnen jetzt damit – das funktioniert meines Erachtens auch gut –, Projekte aus den einzelnen Bereichen für die jeweils anderen Arbeitsgebiete zu öffnen. So können wir z. B. Projekte zum Aufbau von Verwaltungskapazitäten im Bereich des Donaunraums starten und beispielsweise für die Kooperation mit Griechenland öffnen, was vor zwei Tagen im Landtag ein Thema war. So können wir die Instrumente, die wir bei den „Vier Motoren“ zum Ausbau der dualen Berufsausbildung entwickelt haben, auch im Bereich der Donaunraumstrategie und in anderen Bereichen einsetzen und einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa leisten.

Es ist bereits angesprochen worden, dass Baden-Württemberg bei der dualen Berufsausbildung Marktführer ist. Wir öffnen diese Instrumente und arbeiten zusammen, damit die duale Berufsausbildung, wie es auf dem europäischen Gipfel am 28. Juni beschlossen worden ist, in allen europäischen Ländern ausgebaut wird und wir einen wichtigen Beitrag dazu leisten. So werden baden-württembergische Berufscurricula auch in anderen Ländern Grundlage der Berufsausbildung. Das ist ein wichtiger Beitrag.

Da die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei angesprochen worden sind, möchte ich ausdrücklich auf Kroatien hinweisen. Ich glaube, wir sind einer Meinung, dass wir daran arbeiten müssen, dass Kroatien der Europäischen Union beitrifft, und dass wir einen Beitrag dazu leisten wollen. Aber auch da gibt es noch Dinge, die sich entwickeln müssen. Deswegen werden wir die Donaunraumstrategie und die vorhandenen Instrumente nutzen, damit sich Kroatien den Beitritts- und Modernisierungserfordernissen der Europäischen Union anpassen und die Reformprozesse im eigenen Land vorantreiben kann.

Wenn man aber über den Friedensnobelpreis spricht, dann ist es schon ein wenig verwunderlich, wenn gleichzeitig von dem einen oder anderen eine Debatte losgetreten wird, mit der der Beitritt Kroatiens infrage gestellt wird. Norbert Lammert hat dies getan. Nirgendwo anders wird die Friedenskraft Europas im Moment so deutlich wie bei den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Die europäische Perspektive Kroatiens bedeutet, dass es in einer Region, in der vor zehn Jahren der letzte Krieg in Europa zu Ende gegangen ist, eine Friedensperspektive für alle gibt. Deswegen begleiten wir Kroatien aktiv auf dem Weg in die Europäische Union.

Außerdem wollen wir Beitrittsperspektiven für die anderen Länder des ehemaligen Jugoslawiens schaffen, um die Friedenskraft Europas auch für die Menschen dort erlebbar zu machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, obwohl dies nicht Teil des Berichts ist, will ich dennoch das Thema Türkei ansprechen. 1987 hat die Türkei einen Antrag auf Beitritt zur EU gestellt. Auf dem Luxemburger Gipfel am 1. Dezember 1997 – damals wurde die Bundesrepublik Deutschland vertreten durch einen Bundeskanzler namens Dr. Helmut Kohl – wurde beschlossen, dass der Türkei die Möglichkeit der Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wird. Am 1. Oktober 2005 wurden offizielle Bei-

trittsverhandlungen eröffnet, die in mehreren Kapiteln inzwischen weiterentwickelt worden sind. Deswegen gibt es die von Ihnen zitierten Fortschrittsberichte. Diese Perspektive hat in der Türkei Reformprozesse überhaupt erst ermöglicht und vorangetrieben. Mit dem Fortschritt dieser Prozesse sind auch wir nicht zufrieden, um das klar und deutlich zu sagen. Wir wünschen uns mehr Fortschritte.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es wird schlechter!)

– Dazu kommen wir gleich.

Die Beitrittsperspektive der Türkei ist die offizielle Beschlusslage der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es!)

Deswegen ist Bundestreue nicht so zu verstehen, dass wir eine Treue zur parteipolitischen Meinung der Bundeskanzlerin haben sollten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es!)

Vielmehr zeichnet sich Bundestreue dadurch aus, dass wir einen Prozess unterstützen und vorantreiben – auch wenn es dazu eine breite Debatte in der CDU und in der FDP sowie unterschiedliche Meinungen quer durch alle Parteien gibt –, der die offizielle Agenda der Europäischen Union und damit auch der Bundesrepublik Deutschland und nicht die parteipolitische Agenda einiger ist, die hier unterwegs sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Frau Abg. Gurr-Hirsch, wenn Sie schon die Rede des Ministerpräsidenten erwähnen und loben, dann bitte ich Sie, korrekt zu zitieren und auch zu erwähnen, was der Ministerpräsident zur Frage der Fortschritte gesagt hat. Der Ministerpräsident hat gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

Auch ich persönlich bin zutiefst überzeugt, dass eine moderne Türkei, die die wirtschaftlichen und politischen Kriterien für eine Mitgliedschaft erfüllt, unverzichtbares Mitglied der europäischen Staatenfamilie sein muss.

Er verweist dann auf Walter Hallstein, eine Persönlichkeit, die, glaube ich, auch hier in Baden-Württemberg bekannt ist. Dieser hat 1963 gesagt:

Die Türkei gehört zu Europa.

Dann ging die Rede von Ministerpräsident Kretschmann aber noch weiter – ich zitiere weiter –:

Ich rede dabei keinem Beitrittsautomatismus das Wort. Die Einhaltung der politischen und wirtschaftlichen „Kopenhagener Kriterien“ ist die Grundlage der Beitrittsverhandlungen. Trotz großer Erfolge sind hier weitere Anstrengungen der türkischen Seite erforderlich.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Erlauben Sie mir, dass ich hier auch einige Besorgnisse offen anspreche. Wie ich es auch für selbstverständlich

(Minister Peter Friedrich)

halte, dass türkische Politiker auf Defizite bei uns hinweisen, etwa bei der Integrationspolitik, so nehme ich manche Entwicklungen in der türkischen Innenpolitik der letzten Monate doch mit Sorge zur Kenntnis.

Dann folgen mehrere Seiten, auf denen die Themen Menschenrechte, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und dergleichen behandelt werden. Der Ministerpräsident hat sich hingestellt und hat die Kritikpunkte in der Türkei genannt.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es gehört dazu, dass eine Beitrittsperspektive ernst gemeint ist. Wenn man von der Türkei erwartet, dass die Reformprozesse vorangehen – das erwarten wir alle miteinander –, dann müssen diese Beitrittsperspektive und diese Verhandlungen auch ernst gemeint sein. Dazu gehört, dass man gegenseitig die Wahrheit offen anspricht, sich die Wahrheit ins Gesicht sagt.

Zum Thema „Lernprozesse bei europäischen Fragen“: Der Ministerpräsident a. D. Oettinger hat als Ministerpräsident gesagt: „Ein EU-Beitritt der Türkei überfordert das Abendland.“ Das hat er als Ministerpräsident gesagt. Er hat sich damals also auch zu außenpolitischen Themen geäußert, wie Sie feststellen können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie viele Jahre ist das her?)

Der EU-Kommissar Oettinger hat im Juni 2012 in Ulm gesagt – ich zitiere –:

In 15 Jahren werden wir auf Knien nach Ankara robben und bei der Türkei darum betteln, dass sie EU-Mitglied werden soll.

(Heiterkeit und anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

Wir wollen nicht betteln, wir robben nicht auf den Knien, und wir erwarten auch nicht, dass jemand vor uns auf die Knie geht. Vielmehr geht es um einen Dialog und darum, dass wir in der Gemischten Regierungskommission an genau den Defiziten arbeiten, die da sind. Überheblichkeit ist fehl am Platz. Es geht darum, der Türkei den Weg in die Europäische Union zu ermöglichen, diesen Prozess ernst zu meinen und dazu einen ernstzunehmenden, ehrlichen Dialog zu führen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann können Sie zustimmen! Dann können wir das gemeinsam verabschieden!)

– Nein, wir können Ihren Änderungsantrag nicht gemeinsam verabschieden, denn das, was Sie zur Bundestreue schreiben, entspricht schlicht und ergreifend nicht der Realität. Sie müssen die Position der Bundesrepublik, die offiziell beschlossen wurde, zur Kenntnis nehmen

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und nicht die parteipolitische Meinung einiger Vertreter der CDU.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wird der Antrag aufrechterhalten? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar!)

Ich lasse über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2478, sowie über den ebenfalls vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2554, abstimmen. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU abstimmen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Präsidentin, können wir über die Buchstaben getrennt abstimmen?)

– Dann stimmen wir getrennt ab.

(Zurufe: Nein!)

– Stimmen Sie einer getrennten Abstimmung zu?

(Zurufe)

– Nein. – Dann stimmen wir über den Änderungsantrag insgesamt ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU mehrheitlich abgelehnt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft schlägt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 15/2478 vor, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/2305, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Regierung,

(Unruhe)

bevor ich die Plenarsitzung schließe, darf ich Sie noch auf folgende Veranstaltung hinweisen: Im Anschluss an die Plenarsitzung wird die Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft der Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg eröffnet. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen besonders gelungene Fotografien aus dem Alltag der Arbeit der Jugendfreizeitstätten der vergangenen 60 Jahre. Zur Ausstellungseröffnung und zum anschließenden Empfang lade ich Sie herzlich ein.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 8. November 2012, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 13:05 Uhr